

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 3. März 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Zur macedonischen Frage.

II. (Schluß.)

Ed. B. Die macedonische Bewegung ist nach den Voraussetzungen unter zwei Gesichtspunkten zu betrachten: als ökonomisch-politische, d. h. als politische Bewegung, die durch ökonomische Mißstände oder Motive angetrieben wird, und als nationale Bewegung. In beide Bewegungen, vor allem aber in die letztere, spielt eine dritte Bewegung, die der Kirchen, hinein, die das Balkan-Problem nicht wenig kompliziert. Wir haben es da nicht nur mit dem großen geschichtlichen Gegensatz zwischen Mohammedanern und Christen zu thun, sondern auch mit sehr ausgesprochenen Gegensätzen oder selbst Feindschaften verschiedener christlicher Kirchen unter sich. Die große Masse der Balkan-Christen ist, dogmatisch betrachtet, griechisch-katholisch. Aber für die Vertreter dieser Religion gibt es nicht, wie für die des römischen Katholizismus, ein gemeinsames Religionszentrum, sondern eine ganze Reihe von Centren, die zwar meist für eine bestimmte Nationalität oder Nationalitätsgruppe eingerichtet sind, deren Gesetzmäßigkeit sich aber keineswegs mit der betreffenden Nationalität deckt. Es gibt eine große Anzahl von Bulgaren, die sich nicht zum bulgarischen Ärmel der griechisch-orthodoxen Kirche zählen, sondern von denen ein Teil (300 000) Mohammedaner sind, andre 50 000 der römisch-katholischen, wieder andre der griechisch-unierten Kirche angehören. Künftig steht es mit den Zugehörigen des serbischen Volksstammes.

Die Weisheit dieser verschiedenen Kirchen nun wacht sehr eifrig über ihre besonderen Domänen und würde, wo sie durch politisch-nationale Bewegungen ihre Interessen gefährdet sieht, alles daran setzen, dieselben zu hintertreiben. Das ist bei dem großen Einfluß, den durchgängig im Orient die Weisheit auf das Volk ausübt, ein sehr schwerwiegender Umstand und erklärt viele sonst unverständliche Erscheinungen. Hier ist der Apparat, dessen sich durch Beeinflussung von maßgebenden Kirchenfürsten der betreffenden Konfessionen die interessierten politischen Mächte gern bedienen, die stets latent vorhandenen Eifersüchteleien der Religionsgemeinschaften wider einander zu schüren und politisch ins Spiel zu bringen.

Die rivalität der Kirchen ist u. a. bisher einer der Faktoren gewesen, welche die Verwirklichung der Idee eines alle serbischen Volksstämme zusammenfassenden Staatswesens verhindert, sie macht sich auch in der macedonisch-bulgarischen Bewegung fühlbar. Inbetracht der nationalen Drang nach der Bewegung wieder einmal ein Feind in der Person des den Bulgaren Stammverwandten Serbenvolkes. Die Serben wollen kein vergrößertes Bulgarien, weil sie von ihm eine Verkürzung des ihnen nach ihrer Vorstellung gebührenden Stücks des jetzt türkischen Balkans befürchten, bezw. auf Stille, welche jeht jenem wahrscheinlich zufallen würden, geschichtlich oder auf Grund der Zusammenfassung der Bevölkerung Anspruch zu haben glauben. Es gibt natürlich allerhand Distrikte auf dem Balkan, wo das Völkergemisch so stark ist, daß keine einzelne Nationalität die absolute Mehrheit hat, während alle Nationalitäten dort Schulen und Kirchen als Organe ihrer Propaganda unterhalten. Da sind es nun je nachdem Griechen und Bulgaren oder Serben und Bulgaren, die einander diese Stille streitig machen. Während nun die Griechen der gegenwärtigen bulgarisch-macedonischen Bewegung gegenüber wohl ihre Ansprüche betont haben, sonst aber sich ziemlich abwartend verhalten, ist man auf Seiten der slavisch-stammverwandten Serben weiter gegangen und hat sich deutlich dahin vernehmen lassen, daß man entschlossen sei, gegebenenfalls den Bulgaren mit Waffengewalt in den Rücken zu fallen. Ein vergrößertes Bulgarien sei der Tod der serbischen Hoffnungen, dürfe also nicht gebildet werden. Gätten sie nur mit den Serben zu thun, so würden die Bulgaren indes wohl ähnlich wie 1885 sich dieses Gegners zu erwehren verstehen. Aber heute steht die türkische Regierung, wie jammervoll es auch sonst um sie bestellt ist, militärisch ganz anders da, als in den Jahren, die auf den russisch-türkischen Krieg folgten. Der griechisch-türkische Krieg von 1897 hat ihr militärisches Ansehen wieder hergestellt, die Truppen des Sultans sind auf dem Balkan keine zu verachtende Kleinigkeit, sie würden wahrscheinlich allein schon genügen, selbst der größten der verschiedenen Balkan-Nationalitäten, wenn diese auf sich allein angewiesen wäre, den Rücken auszurufen. Jedenfalls würden die Bulgaren gegen sie einen sehr schweren Stand haben, und mit den Serben als Feinde im Rücken wäre ihre Situation außerordentlich prekär. Hinter den Serben aber stehen als Deckung, wenn nicht als Antreiber, Oesterreich und Rußland.

Die beiden Großmächte haben sich dahin verständigt — wie verlaublich unter lebhafter Zustimmung und Beihilfe Deutschlands — sich als Schutzherrn des politischen status quo auf dem Balkan zu betätigen. Dem Petersburger Kabinett ist natürlich der gegenwärtige Zustand, der bloß ein langhingezogener Interimistatus ist, das die kleinen Balkanstaaten nicht zu innerer Ruhe, dieser Vorbedingung ihrer politischen Entscheidung, kommen läßt, so lange der angenehme, als es nicht in die Lage kommt, ein Definitivum ganz nach seinem Willen zu schaffen. Unter dem jetzigen Zustand wird den Balkanstaaten bei jeder Regung klar gemacht, daß sie sich nur etwas erreichen können, wenn sie die Gunst des allmächtigen, rechtgläubigen Jaren auf ihrer Seite haben, daß sie ohne ihn politisch zu nichts kommen. In Wien aber willigt man ein, weil man ebenfalls ein vergrößertes Bulgarien nicht haben mag.

Diese Abmachung zur Erhaltung der jetzigen politischen Gestaltung der Balkanverhältnisse soll durch das Reformprogramm des Grafen Lambsdorff dem großen Publikum mundgerecht gemacht werden. Das vom Sultan sofort angenommene Programm besteht in einer Reihe von Vorschlägen, welche die Verwaltung der macedonischen Vilajets im Sinne einer größeren Rechts-

sicherheit und besseren Finanzwirtschaft neugestalten wollen. Es soll ein mit größeren Vollmachten ausgerüsteter Generalinspektor zur Ausführung der Änderungen und Ueberwachung ihrer Durchführung eingesetzt werden, den die türkische Regierung innerhalb einer gewissen längeren Frist nur mit Zustimmung der Mächte abberufen darf, und dessen Anordnungen sich die Vilajets (die türkischen Gouverneure der einzelnen Vilajets) streng zu fügen haben. Weiter heißt es:

„Für die Reorganisation der Partei und Gendarmerie wird die osmanische Regierung sich des Beistandes auswärtiger Fachmänner zu bedienen haben. Die Gendarmerie wird aus Christen und Mohammedanern in einem der Zusammenfassung der Bevölkerung der betreffenden Ortschaften entsprechenden Verhältnis gebildet sein. Die Feldhüter werden dort den Christen entnommen werden, wo die Mehrheit der Bevölkerung christlich ist. Mit Rücksicht auf die Belästigungen und Ausschreitungen, unter welchen die christliche Bevölkerung von Seiten gewisser arabischer Uebelthäter nur zu oft zu leiden hat, sowie in Anbetracht dessen, daß die von den Amanten begangenen Verbrechen und Verschuldungen in der Mehrzahl der Fälle unbefristet bleiben, wird die osmanische Regierung ohne Verzug für die Mittel Sorge tragen, um diesem Zustand ein Ende zu setzen. Da durch die infolge der letzten Unruhen in den drei Vilajets vorgekommenen zahlreichen Verhaftungen die Gemüter dort erregt worden sind, wird die kaiserliche Regierung, um die Rückkehr zur regelmäßigen Lage zu beschleunigen, allen Personen, welche wegen politischer Vergehen angeklagt oder verurteilt worden sind, sowie den Ausgewanderten eine Amnestie gewähren. Um ein regelmäßiges Arbeiten der örtlichen Einrichtungen sicher zu stellen, wird in jedem Vilajet ein Budget der Einnahmen und Ausgaben aufgestellt werden, und die Einkünfte der Provinz, welche von der kaiserlich osmanischen Bank zu beaufichtigen sind, werden in erster Linie für die Bedürfnisse der Ortsverwaltung, einbezogen die Bezahlung der Civil- und Militärgehälter, bestimmt sein. Die Art der Erhebung des Zehnten wird abgeändert und die Generalverpachtung abgeschafft werden.“

Nach dem, was im ersten Artikel ausgeführt wurde, stellte dies Programm Befreiung der ärgsten administrativen Mißstände in Aussicht, unter denen bisher insbesondere die christliche Bevölkerung Macedoniens zu leiden hatte. Ob es aber diese Befreiung auch herbeiführen wird, ist eine andre Frage. Der Sultan hat es, wie erwähnt, angenommen und man nennt auch schon den Namen des zum Generalinspektor bestimmten Mannes. Aber wenn alle Reformen, zu denen man sich in Konstantinopel schon bereit erklärt, die ersten Schritte gehen hat, nur zum zehnten Teil Wirklichkeit geworden wären, dann wäre die Türkei gegen das, was sie heute ist, ein Paradies. Zwischen Versprechen und Ausführung ist im Orient ein sehr langer Weg. Außerdem hängt die Sache nicht allein vom Willen des Sultans oder selbst des zukünftigen Generalinspektors ab. Da hat das gesamte Beamtenpersonal auf der einen und die betreffende Bevölkerung auf der andern Seite doch noch ein Wort mitzureden. Der passive Widerstand, in dem die orientalischen Beamten Meister sind, hat schon manchen Reformpasha mürbe gemacht, und eine widerwillige Bevölkerung ist unter Umständen ein sehr steiniger Boden für Reformen, die ihr nicht das geben, was sie vor allem zu haben wünscht.

Nach den Befugnissen des macedonisch-bulgarischen Nationalkomitees ist dies bezüglich des Lambsdorffschen Reformprogramms nun in der That der Fall. Es gebe in dem Stadium, das die bulgarische Volksbewegung dort erlangt habe, viel zu wenig. Unter diesen Umständen könnten die Komitees von dem Plan einer bewaffneten Erhebung nicht ablassen, sondern würden fortfahren, eine solche vorzubereiten und baldigt zum Ausbruch zu bringen. Erst ward der erste April für das Datum der Erhebung genannt, jetzt hört man indes schon von einer Verlegung auf den August.

Was wird oder würde ihr Ergebnis sein, und welche Stellung würde die Socialdemokratie Europas zu ihr einnehmen? Wie aus der Einsetzung in Nr. 47 ersichtlich, hat die Bewegung das bulgarische Volk bis in die Reihen der dortigen Socialdemokratie hinein ergriffen und scheint man dort Zustimmungsaussagen von Seiten der Socialdemokratie der verschiedenen Länder Europas zu erwarten. Zustimmungsaussagen sind eine ziemlich billige Sache, und die Socialdemokratie, die das Selbstbestimmungsrecht der Völker auf ihre Fahne geschrieben hat, kann einer Bewegung, welche unter diesem Banner kämpft, ihre principiellen Sympathie unmöglich verweigern. Aber mit bloßen Zustimmungsaussagen ist recht wenig gethan und, wie das Schicksal der Voeren gezeigt hat, dadurch, daß sie trügerische Erwartungen erwecken, oft sogar denen, an deren Adresse sie gehen, mehr geschadet als genützt. Die bulgarisch-macedonischen Komitees müssen natürlich selbst wissen, über welche Kampfmittel sie verfügen, und ob sie es auf einen Kampf mit Waffengewalt wider die Türkei ankommen lassen können. Aber sie werden und müssen auch wissen, daß sie in einem solchen Kampfe ganz auf ihre eigene Kraft angewiesen sind. In keinem Lande ist die Socialdemokratie in der Lage, die Regierung des Landes zu zwingen, ihnen mit Waffengewalt zu Hilfe zu kommen. Dies festzustellen, gebietet die Rücksicht auf die Bulgaren selbst. Es mag schroff klingen, aber es ist einmal so: wie die Dinge liegen, wäre es ganz unmöglich, auch nur den zehnten Teil der Sympathie in Europa für die Macedo-Bulgaren zu erwecken, deren sich die Voeren in ihrem Krieg wider England erfreuten, und wie arg sind die Voeren von denen im Stich gelassen worden, die sie von Anfang und während des Krieges zum äußersten Kampf aufstachelten!

Ein gleiches Spiel wird die Socialdemokratie nicht spielen. Das heißt aber nicht, daß sie gar nichts für die Balkanvölker thun

kann oder soll. Wenn die reaktionären Mächte ein Interesse daran haben, den politischen status quo mit all seinen Widerwärtigkeiten für die beteiligten Völker und seinen Unsicherheiten für den Frieden Europas aufrechtzuerhalten, so besteht ein solches Interesse für die Socialdemokratie nicht. Die Socialdemokratie hat vielmehr das größte Interesse daran, daß auf dem Balkan Zustände geschaffen werden, die dadurch, daß sie den berechtigten Ansprüchen der einzelnen Nationalitäten Genüge leisten, die Bürgschaft der Dauer an sich tragen. Daß dies keine leichte Aufgabe ist, liegt auf der Hand, und es würden sich die Socialdemokraten in den Balkanländern sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie, die die Dinge aus der Nähe kennen und von den maßlos übertriebenen Aspirationen ihrer Chauvinisten frei sind, einmal daran gingen, ihrerseits ein Programm für die Regelung der Balkanfrage auszuarbeiten, an das sich die Socialdemokratie anderer Länder gegebenenfalls halten könnte. Inzwischen aber kann die Socialdemokratie in den Staaten der Großmächte wenigstens das eine thun, daß sie jedesmal, wenn die Balkanfrage in der einen oder andren Weise auf die Tagesordnung gesetzt wird, dafür agitirt, daß die Regierung ihres Landes ihre Stimme für durchgreifende Maßregeln im Sinne des Selbstbestimmungsrechts der Völker geltend macht und daß das heutige schamhafte Spiel des Hinhalten und Verhehens ein Ende nehme. Verwaltungsreformen sind sehr schön, aber sie dürfen nicht als Mittel ins Werk gesetzt werden, unabweisbar gewordene Reformen der politischen Verfassung zu hintertreiben.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 2. März.

Der Reichstag

erledigte am Montag in einer unerwartet kurzen Sitzung den Rest des Postetats und den Etat der Reichsbroderelei. Während beim Postetat die Abgg. Eichhoff und Lenzmann von der Freisinnigen Volkspartei in der Hauptsache recht untergeordnete Fragen, Titelaukussionen und dergleichen zur Sprache brachten und der Centrumsabgeordnete Sittart die Erbschaft des verstorbenen Abg. Lingers antrat und erweiterte Sonntagsruhe für die Postbeamten verlangte, trat Genosse Zubeil für die Besserstellung der Postkassen ein. Die Schwäger sind noch immer recht schlecht bezahlt, sie werden übermäßig angestrengt, haben selten einen freien Sonntag, ja bei einem Berliner Postamt soll es vorgekommen sein, daß sie acht Tage lang in den Kleidern bleiben mußten, weil sie ununterbrochen Dienst hatten. — Staatssekretär Kraetke bestritt die Richtigkeit dieser Angaben. Wenn er aber dem Rate Zubeils folgt und sich nicht bloß an die höheren Beamten um Auskunft wendet, sondern direkt an die unteren, wird er wohl feststellen, daß seine bisherigen Informationen nicht ausreichend gewesen sind. Genosse Singer regte an, für die Landbriefträger im nächsten Etat ein Anfangsgehalt von 800 M. statt bisher 700 M. einzustellen. Offenlich wird dieser Wunsch, in dem sich alle Parteien des Reichstages einig sind, endlich erfüllt. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich noch bei dem Grundstücksankauf, den die Postverwaltung am Schlesischen Bahnhofe zur Vergrößerung ihres dortigen Betriebes vorgenommen hat. Die Budgetkommission hatte den Preis zu hoch befunden, und um diesem Gefühl Ausdruck zu verleihen, hatte sie 20 000 M. von der Forderung gestrichen. Dadurch sah sich der Staatssekretär veranlaßt, mit dem Grundstücksbesitzer noch einmal zu verhandeln, und siehe da, er hatte unerwarteten Erfolg: der Preis wurde um nicht weniger als 235 000 M. erniedrigt. Das ist wahrhaftig kein Pappenstiel. Genosse Singer stellte fest, daß nur die Energie der Budgetkommission dem Reiche diese Summe erspart hätte, und riet den Reichsverwaltungen, bei Grundstücksankäufen nicht selbst als Käufer aufzutreten, sondern sich sicherer Vermittler zu bedienen, in gewissen Fällen sei der Weg der Expropriation gegenüber gar zu unmaßgebenden Forderungen einzuschlagen. Wird dieser Rat befolgt, dann wird der unerbittliche Wertzuwachs, der den glücklichen Verkäufern von Terrain an den Reichsfinanzen in den Schoß fällt, etwas verringert werden.

Am Dienstag kommt der Reichs-Invalidenfonds, eventuell noch der Etat des Reichs-Eisenbahnnamts zur Verhandlung. —

Die Korumiade.

Ein mehr als ausverkauftes Haus erwartete am Montag die graue Auseinandersetzung zwischen Staat und Kirche, zwischen Merikalismus und Freiheit, zwischen konfessioneller und paritätischer Schule und wie alle die großen Worte heißen mögen. Daß die zentrumshörige preussische Regierung oder die mit dem Centrum verflochtenen Volkparteien irgend etwas thun würden, was die katholische Kirche kränken könnte, war vorauszusetzen. Und die Verhandlung im Abgeordnetenhaus war dem auch ganz und gar das lächerliche Nichts, das wir erwarteten.

Es war ein Duell nach dem Vorbild von Shakespeares „Was ihr wollt!“ Die schlotternden Helmen mußten gewaltig zum Streit der Ehre herangeschleppt werden. Anstandslos mußte ja etwas geschehen, was nach einer Kauferei aussteht. In Wirklichkeit aber hatte man nicht die mindeste Lust zur Auseinandersetzung. Die Centrumsdiplomaten sind gewiß nicht angenehm berührt gewesen, als der Bischof von Trier sich so schroff zu einem Princip bekannte, das sich in der geräuschlosen Prags viel wirksamer durchführen läßt. Der streitbare Bischof hat sich eben noch nicht in die neue Centrumszeit gefunden, die statt des Principes den Kuhhandel setzt. Und die bürgerlichen Parteien wollen bei den Wahlen mit dem Centrum gegen den Ansturz losgehen, wozu diesen Seelenbund durch eine solche Lumperei führen. Ganz besonders charakteristisch war es, daß die freisinnige Volkspartei es unterließ, sich an der Debatte zu beteiligen; sie begnügte sich mit

Die Interfions-Gebühr

Beträgt für die schlaggelassene Kolonelle oder deren Raum 40 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berathungs-Anzeigen 20 Pfg., „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg. (nur das erste Wort frei). Postkarte für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegraphisch-Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“.

der Verlesung einer Leeren und lahmten Erklärung in der zum Frieden väterlich gemacht wurde. Vermutlich wird die „Freisinnige Zeitung“ nun demüthig erklären, daß nur die läppische Obstruktion der Socialdemokratie das Verhalten des Bischofs Korum veranlaßt habe. Wenn es noch irgend eines Beweises bedürft hätte, daß die Wahrscheinlichkeit auf das Centrum den Jollivert Eugen Richter veranlaßt hat, so hat das feige Schweigen bei der Korumrede — denn die verlesene Erklärung bedeutet keine rednerische Teilnahme — diesen Beweis geliefert.

Die nationalliberale Interpellation über die Vorgänge in Trier wurde von dem Abg. H a d e n b e r g begründet, einem der wenigen guten Redner der nationalliberalen Partei. Sachlich war er durchaus faul, nichts von Kulturkampfstimung, nur am Schluß fand er einige stärkere Accente. Sonst war seine Rede echt nationalliberal. Er gab offen zu, daß die Konfessionsschule unbedingtes Princip der katholischen Kirche sei, daß Bischof Korum vom kirchlichen Standpunkt aus durchaus consequent gehandelt habe, und er wußte dem Bischof keinen andern Rat zu erteilen, als daß er — nationalliberal werden möge, d. h. sein Princip in der Praxis verleugnen, inkonsequent handeln möge. Es verdient übrigens hervorgehoben zu werden, daß der nationalliberale Redner nur für die mittleren und höheren Schulen, nicht aber für die Volksschulen die Ausschaltung der Konfession verlangte; dem Volke muß auch nach nationalliberaler Anschauung die Konfession erhalten werden, aber die Bourgeoisie will ihre Kinder nicht allzusehr von dem — Wahlonerium belästigt wissen. Sie wollen nur so viel Religion, als es der bürgerliche Anstand erfordert.

Zur höheren Reihe des Centrums war der Reichskanzler in eigener Person erschienen. Er hielt die Rede, die er bei jeder Gelegenheit hält, ob es sich nun um Venezuela oder China, um das Verhältnis zu England oder den Jollivert, um Kaiserreich oder die Plattenfrage handelt. Graf Wälow schwebt immer noch auf der mittleren Linie zwischen stolzer Energie und weisen Wahhalten. Er bedauerte demgemäß das Verhalten des Bischofs und versicherte seine strenge Gerechtigkeit gegenüber dem Centrum. Das verlangte entschiedene Wort gegen den Merikalismus unterließ er sorgsam. Er begnügte sich mit dem bescheidenen Wunsche, der Bischof möge seinen Erlaß zurückziehen. Das wird er denn auch thun, und es herrscht wieder eitel Freude und Seligkeit. Wälow hat wieder einen Sieg errungen und die künstlich besetzte Kirche — triumphiert! Amüsant war es zu beobachten, wie der Kanzler sich vorbeiprepariert hatte. Er hatte eine nationalliberale Kulturkampfrede erwartet und sich darauf vorbereitet, dem Heißsporn gegenüber die reitende Weisheit der mittleren Linie zu proklamieren. Nun hatte ihm bereits der nationalliberale Redner die mittlere Linie vorweg genommen, und Graf Wälow mußte, um seine mittlere Antwort loszuwerden, eine heißblütige radikale Rede des Interpellanten zu Grunde legen, die thätlich gar nicht gehalten ist.

Das Centrum schickte zunächst einen Mann aus dem Osten, Herrn D i t t r i c h vor, der den Auftrag erhalten hatte, diplomatisch zu reden. Er erfüllte diese Aufgabe in der Weise, daß er nach Art amerikanischer Humoristen die harten Begriffe durch holde, milde Umschreibungen säuselte; wenn jemand sich erhebt, so wird etwa von einem Tode infolge Phosphorung geredet. So nannte Herr Dittreich die bischöfliche Androhung der Verweigerung der Absolution eine „Befehlung in etwas ungewöhnlicher Form“. Die katholische Kirche will nicht etwa die Herrschaft über die Schule, sondern nur den Geist der Schule beeinflussen. Auch ist Herr Dittreich kein Feind der Staatschule, sondern lediglich der paritätischen Schule. Kurz, Herr Dittreich bemühte sich — ein Zeichen, daß dem Centrum das allzu ehrliche Vorgehen des Trierer Bischofs nicht unangenehm ist —, die Harmlosigkeit der Trierer Vorgänge und der katholischen Ansprüche auf dem Wege des Wörtervertauschens zu beweisen.

Während der konservativen und freikonservativen Redner sich im wesentlichen mit dem Bedauern über die kirchliche Voylottierung der Trierer Staatschule begnügten, waren die Bemerkungen des nationalliberalen Professors F r i e d b e r g und insbesondere des Abgeordneten W a r t h gegen die kirchliche Schwäche der Regierung lebhafter und einschneidender; Herr Friedberg beklagte den Zwischenfall allerdings hauptsächlich deshalb, weil er das Wahlkartell gegen die Socialdemokratie stört. Auf der andern Seite trat Herr K o e r e n energischer als der erste Centrumsredner für das Recht des Bischofs Korum ein, das die gesamte katholische Kirche billige. Diese Angriffe von links und aus der Mitte veranlaßten den Grafen Wälow zu einer Wiederholung seiner Rede. Diesmal versicherte er, daß es staatsmännisch sei, unvermeidliche Konflikte durchzulassen, aber unnötige Konflikte zu vermeiden. Was für eine erschütternde Genialität, was für eine tiefe Wahrheit! Der Satz hilft für alle Lagen des Lebens. Wenn der Kanzler die gepanzerte Faust gegen Haiti, Venezuela oder das Polentium erhebt, so wird das einfach als unvermeidlicher Konflikt gebüht! So ihm aber jemand zumutet, den Kampf gegen den Merikalismus oder das Junkertum oder die Kanakrebellen aufzunehmen, so ist ein solcher Konflikt „unnötig“, mithin zu unterlassen. Das diplomatische Lebendigkeit ist gefunden! —

Der Verteidigungskampf der Arbeiterschaft Hollands.

Das von den holländischen Arbeiterorganisationen gewählte Verteidigungskomitee organisiert jetzt mit größtem Eifer den Kampf um die Rechte und Freiheiten in umfassendster Weise. Ueberall im Lande sollen Protestversammlungen abgehalten werden, um auf die öffentliche Meinung einzuwirken und das Volk aufzurufen zu kräftiger Gegenwehr gegen die drohenden Zwangsgesetze. An vielen Orten sind bereits lokale Verteidigungskomitees gebildet, die dort die Protestbewegung zu leiten haben.

Das Manifest des centralen Verteidigungskomitees, das im ganzen Lande verbreitet werden soll, ist jetzt erschienen. Der Charakter der Zwangsgesetze ist darin scharf beleuchtet: „Das Recht zu streiken“, heißt es in dem Manifest, „wird 100 000 Arbeitern entzogen und für alle andern unter der Devise: „Schutz der Arbeit“, verärgert eingezogen, daß auch der kleinste Streik von den Arbeitern bestraft werden soll mit Monaten Gefängnisstrafe. Das Recht zu streiken, die einzige ökonomische Waffe der niederländischen Arbeiterklasse, wird hingerichtet, das ist die trübe Nachricht, die uns aus dem Munde von Niederlands „großem christlichen Staatsmann“ entgegen tönte. Eine Resolution, in der „verächtlich“ über Unternehmer oder Streikbrecher gesprochen wird, ein Wort, eine Gebärde, ein Blick, ja alles kann bestraft werden. Das Posten stehen bei Streiks wird un-möglich, streikende Arbeiter werden als eine Bande der Pest und Inzucht überliefert, die mit Hilfe dieser Kaufschulbestimmungen thätlich machen können, was sie wollen. Schändlich ist die noch angefügte Bestimmung, daß denjenigen, die für solche Thaten bestraft werden, das Recht zu wählen und gewählt zu werden, genommen werden kann, wodurch Urteile über streikende Arbeiter zu entsprechenden Urteilen gestempelt werden.

Und schnell will die Regierung, die christliche Regierung ihren Streik führen. Das Gesetz soll in Kraft treten am Tage der Verkündung. Es geht mit den Gesetzen gegen die Arbeiter schneller als mit den Gesetzen für die Arbeiter. Das Infallgesetz trat 23 Monate nach seiner Verkündung in Kraft, das Justizhaus-Gesetz tritt in Kraft am Tage seiner Verkündung.“ — Das Manifest schließt mit folgenden Worten:

„In den Tagen von jetzt ab, bis daß die Kammer ihren Beschluß gefaßt hat, muß alle Kraft der Agitation gegen diese schändlichen Pläne gewidmet werden, deren Verderblichkeit und Volksfeindlichkeit der Regierung vollkommen bekannt ist, denn bevor sie die Gesetze publicierte, hat sie sich mit Hunderttausenden von Soldaten umgeben. — Arbeiter, schart Euch zusammen, um eure heimtücklich angegriffenen Rechte zu retten!“ —

Ueber den Zeitpunkt, wenn der allgemeine Streik proklamiert werden soll, werden in der bürgerlichen Presse verschiedene, durchaus unzutreffende Mitteilungen gemacht. Das Verteidigungs-Komitee warnt davor, dieser Art Verichten Glauben zu schenken. Die Beratungen des Komitees sind geheim, so daß weder der „Nieuwe Kourant“ noch der „Telegraaf“, die dieser Tage derartige Neuigkeiten berichteten, etwas davon wissen.

Hundert Infanteristen und Kavalleristen sind in Enschede eingetroffen und in der Industrie- und Landbauerschule einquartiert worden. Sie haben wahrhaftig die Aufgabe, die Station zur deutschen Grenze zu bewachen.

Eine „Studentenwehr“ gegen die Arbeiter. Im „Studenten-Wechblatt“ erschien kürzlich ein Aufruf zur Bildung eines Freicorps, das der Regierung im Falle eines allgemeinen Streiks zur Verfügung stehen sollte. Wie jetzt mitgeteilt wird, ist der Aufruf auf Veranlassung des Handelsministers verfaßt worden. Etwa zwanzig Mitglieder der „Studentenwehr“ haben sich am Sonnabend auf einer Liste bereit erklärt, der Regierung in diesen Tagen Hilfe zu leisten. 22 andre Studenten haben unmittelbar darauf ein Circular verbreitet, worin sie sich gegen jene Bestrebungen erklären und zu einer ruhigen und abwartenden Haltung auffordern. Dieses Circular hat eine gute Wirkung ausgeübt.

Ferner schreibt uns unser Amsterdamer Korrespondent unterm 1. März:

Die in meiner letzten Korrespondenz geäußerte Vermutung über die Aussichten für die Annahme der von der Regierung eingebrachten Zwangsgesetze, daß die Abstimmung vom Donnerstag den Sturz der Regierung bedeuten könne, findet in verschiedenen Auslassungen der liberalen Presse und durch kleine Anzeichen auf Seiten der Regierungsmehrheit eine gewisse Bestätigung.

Was die liberale Presse betrifft, so ist zu konstatieren, daß die militärische Eisenbahnbrigade ihr kapitalistisches Herz erfreut, da sie den „Reichs“-Eisenbahndienst sichern soll, d. h. den niederländischen und internationalen Postdienst, wahrscheinlich auch diejenigen Züge, die über Holland die Verbindung zwischen Deutschland und England herstellen; vor allen Dingen deshalb, weil sie hofft, daß militärische Verstärkungen nach eventuell „bedrohten“ Plätzen dann ungehindert vorgenommen werden und Fälle, wie sie bei dem ersten Streik der Eisenbahnbeamten vorliefen, sich nicht wiederholen können, wie z. B. in Amersfoort, wo ein Maschinist sich weigerte, einen Zug mit für Amsterdam bestimmten Soldaten zu bedienen.

Auch die Enquetekommission gefaßt ihr vor allem, weil die Kammer mit ihr die Aenderung des Strafgesetzbuchs hinausschieben kann, dessen unveränderte Annahme den liberalen Gruppen doch etwas zu gefährlich erscheint. In diesem Hinsicht liegt aber die Forderung für die Regierung, da auch der äußerste demokratische Flügel der heterogenen Regierungsmehrheit inzwischen den Verstand wiedergewonnen haben wird. Die drohende Gefahr, einen großen Teil der „kleinen Leute“ zu verlieren, kann ihr durchaus nicht gleichgültig sein. Die oben erwähnten kleinen Anzeichen in dieser Erde sind u. a.: daß bei der Abstimmung am Donnerstag der christliche Demokrat Staatsman die Kammer verlassen hatte, und daß das enfant terrible der anti-revolutionären Partei, de Waal-Maleff, wiederum an „Leberarbeit und akuten Herzleiden“ erkrankt ist. Es ist derselbe, der seiner Zeit den Kriegsminister durch ein gestelltes Amendement bei der Behandlung der Militärgeetze eigentlich zu Falle gebracht hatte, nachher jedoch gegen sein eignes Kind stimmen mußte.

Im Falle eines Streiks beabsichtigt die Regierung den Postverkehr mit unsern nördlichen Provinzen durch Torpedoboote und „bewaffnete“ Dampfer über den Zuider See und Harlingen zu sichern und von dort per Wagen — eventuell unter Polizeibedeckung — nach Leenwarden expedieren zu lassen.

Sonnabendabend war von den Amsterdamer Vereinsvorständen und dem örtlichen Arbeitsekretariat eine Versammlung von allen Vorständen der örtlichen politischen und gewerkschaftlichen Vereine zusammenberufen. Was nie in Amsterdam geschehen, haben die Zwangsgesetze der Regierung erreicht: Die Vorstände von 91 Vereinen waren vertreten! Ein örtliches Verteidigungskomitee wurde ernannt.

Große Arbeiter-Versammlungen in Utrecht und Rhynwegen nahmen, wie der „Frankf. Ztg.“ gemeldet wird, Resolutionen an, welche auf das schärfste gegen die Streikgesetze protestieren. Die antisocialistischen, meist aus Katholiken bestehenden Arbeitervereine in Haarlem und Utrecht dankten der Regierung in Resolutionen für den Gesetzentwurf. — Das Central-Agitationskomitee beschloß, den Generalstreik nicht zu verurteilen. — In parlamentarischen Kreisen ist man der Meinung, daß die Regierung bereits in der zweiten Kammer den Gesetzentwurf zur Annahme bringen, daß dieser jedoch an der liberalen Mehrheit in der ersten Kammer scheitern dürfte. —

Deutsches Reich.

Wahlvorbereitungen.

Das „Kartell der Ordnungsparteien“ in Sachsen. Der Wiederabschluß des sächsischen „Ordnungs“-Kartells ist bereits mitgeteilt und von uns gewürdigt worden. Jetzt teilt die sächsische Presse die näheren Bestimmungen des „neuen Bundes“ mit. Der Pakt wird durch eine kurze Begründung eingeleitet; darin wird gesagt:

„Die gegenwärtige politische Lage erfordert für die bevorstehenden Reichstagswahlen dringender als jemals zuvor den Zusammenschluß aller Angehörigen der Ordnungsparteien gegenüber der revolutionären Socialdemokratie. In keinem Teile Deutschlands ist dieser Zusammenschluß notwendiger, als in unserm engeren Vaterlande. Die Landesvertretungen der konservativen Partei, der nationalliberalen Partei, der Reformpartei und des Bundes der Landwirte haben daher unter Zurücksetzung alles dessen, was sie auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete auch trennen mag, über folgendes Abkommen für die demnächst stattfindenden Reichstagswahlen sich geeinigt.“

Es folgen die Einzelheiten des Abkommens:

1. Der gegenwärtige Bestzustand der vertragsschließenden Parteien wird gegenseitig anerkannt, dergestalt, daß zum Bestzustand der Konservativen der 2. (Wobau), 9. (Freiberg), 11. (Dösch), 14. (Vorna) und 23. (Blauen) Wahlkreis, zum Bestzustand der Nationalliberalen der 12. (Leipzig-Stadt), 15. (Weißwasser) und 21. (Annaberg) Wahlkreis, zum Bestzustand der Reform der 3. (Wauzen), 7. (Reichen) und 8. (Pirna) Wahlkreis zu rechnen sind. Die Anerkennung des Bestzustandes schließt zum mindesten in sich, daß bei den bevorstehenden Reichstagswahlen gegen den Kandidaten denjenigen Partei, welcher der Bestzustand zugesprochen ist, Kandidaten der andern Parteien nicht entgegengestellt werden.
2. Ferner sollen der 1. (Zittau) Wahlkreis zum Bestzustand der Nationalliberalen und der 20. (Zschöben) Wahlkreis zum Bestzustand der Konservativen gerechnet werden.
3. Nach einem frühe

schon getroffenen Separat-Abkommen werden im 4. (Dresden-A.) Wahlkreis ein Kandidat der Konservativen und im 5. (Dresden-B.) Wahlkreis ein Kandidat der Reformen aufgestellt. Die Nationalliberalen haben als Gegenleistung durch das Separatabkommen den Landtagswahlkreis Dresden-Friedrichstadt seiner Zeit zugewiesen erhalten. 4. Bezüglich des 6. (Dresden-Land) und 22. (Reichenbach) Wahlkreises wird den Konservativen, bezüglich des 13. (Leipzig-Land), 17. (Glauchau) und 16. (Chemnitz) Wahlkreises wird den Nationalliberalen und bezüglich des 18. (Zwickau) und 19. (Stollberg) Wahlkreises dem Bund der Landwirte im Vorschlagsrecht für Kandidaten aus ihrer Mitte bis zum 31. März 1903 vorbehalten. Wird von diesem Vorschlagsrecht innerhalb der festgestellten Zeit kein Gebrauch gemacht, so findet weitere freie Vereinbarung unter den Vertragsschließenden statt. 5. Vor diesem Kartell bleibt vorläufig der 10. Wahlkreis (Döbeln) ausgeschlossen, da über den Bestzustand eine völlige Uebereinstimmung nicht zu erzielen war. Jedoch wird für alle Beteiligten die Verpflichtung festgestellt, denjenigen Kandidaten, der mit dem Socialdemokraten in die Stichwahl kommt, thätkräftig zu unterstützen.“

Die „Dresdener Nachrichten“ und andre sächsische „Ordnungs“-blätter feiern den Neuabschluß des Kartells in begeistertem Ueberschwang. Das genannte Blatt bespricht die eifrige Arbeit der Socialdemokratie und meint, daß in den Wahlhoffnungen unfruchtbarer Parteiengenossen „der Faktor der vorausgesetzten Uneinigkeit unter den Ordnungsparteien eine wesentliche Rolle“ gespielt habe. Mit dem Abschluß des Abkommens, als dessen eifrigster Förderer Hofrat Mehnert gepriesen wird, sei daher „allen denen, die in eifriger Sorge um die allgemein staatsverhaltenden Interessen sowohl wie um die Wahrung des patriotischen Ansehens unter den deutschen Bundesstaaten waren, ein Stein vom Herzen gefallen“. Weiter heißt es da:

„Das ist ein politisches Ereignis von nicht zu unterschätzender Tragweite, das einen freundlichen Sonnenblick auch in das Dresden der Königsflucht werfen und dem landesbäterlichen Herzen des Königs Georg in diesen schweren Schmerzbewegungen und unruhigen Tagen Trost und Zuversicht spenden wird.“

Als Erfolg des Abkommens wird in Aussicht gestellt: „Der so abermals erzielte feste Zusammenhalt der Ordnungswähler in Sachsen erfüllt alle staatsverhaltenden Kreise in unfruchtbarer Heimat mit der frohen Zuversicht, daß es den vereinten patriotischen Kräften des Kartells nicht bloß gelingen werde, den weiteren Siegeszug der Socialdemokratie in sächsischen Landen aufzuhalten, sondern ihr auch einen Teil der bereits eroberten Siege wieder abzurufen.“

Schließlich wird dann das sächsische Kartell dem gesamten übrigen Reich als Vorbild empfohlen.

Uns erscheint der begeisterte Ueberschwang der sächsischen Kartellpresse überaus verfrüht. Selbstverständlich ist es unrichtig, daß die Socialdemokratie aus der Voraussetzung der Uebersicht unter den „Ordnungs“-parteiern Hoffnungen geschöpft hätte. Die Socialdemokratie wußte längst, daß die Dinge in Sachsen so kommen würden, wie sie gekommen sind. Das Kartell ist ja eine sehr alte Herde des Landes der Heiligkeit.

Das Kartell hat — abgesehen von den Ausnahmeverhältnissen im Jahre 1887 — schon früher nicht das Vordringen und die Siege der Socialdemokratie gestiftet, es wird auch in den kommenden Wahlen diese Wunderwirkung nicht verfehlen. Im Gegenteil steht fest, daß in einer ganzen Anzahl sächsischer Wahlkreise die Socialdemokratie nur deshalb nicht schon früher zum Siege gelangt ist, weil Parteien vorhanden waren, die gegen das unter konservativer Oberleitung stehende Kartell auftraten und hierdurch noch einen erheblichen Teil der Wähler abhielten, unmittelbar zur Socialdemokratie überzugehen. Dieser Uebergang in das Lager der Socialdemokratie wird naturgemäß gefördert und beschleunigt, wenn die sogenannten Mittelparteien ihren reaktionären Charakter offenbaren durch das intime Bündnis mit dem in Sachsen allenthalben verhasst gewordenen Regiment. Ein Bündnis, das unter der Führung eines Mehnert geschlossen ist, eines Mannes, der besonders zur Entrechtung des sächsischen Volkes bei den Landtagswahlen beigetragen hat, ein solches Bündnis ist auch unfes Erachtens das augenuehmste, was der Socialdemokratie in Sachsen geschehen kann!

Sie sind weit entfernt, den Wahllampf in Sachsen irgendwie leicht zu nehmen. Wir wissen sehr wohl, daß die sächsische Regierung und die herrschenden Kreise mit ungeheurer Aufgebot aller Mittel kämpfen werden, um weiteren Siege der Socialdemokratie zu hindern. Unsere Parteigenossen werden daher in allen Wahlkreisen mit angepanntesten Kräften arbeiten müssen. Aber der Abschluß des famosen „Ordnungs“-Kartells erscheint uns eher als ein gutes Omen für den kommenden Wahllampf! —

Nationalliberale und Kartell.

In dem oben mitgeteilten sächsischen Kartellabkommen wird die besondere Rolle, die dabei die Nationalliberalen spielen, schon durch die hochmüthige Wendung charakterisiert, daß den Nationalliberalen in Dresden als Ersatz für ihren völligen Ausfall bei den Reichstagswahlen ein Landtags-Wahlkreis „zugewiesen“ worden sei. So spricht man nur mit Leuten, die man als Lakaien ansieht.

Noch deutlicher ist die „Kreuz-Zeitung“, welche mit den Vertretern, die man den Nationalliberalen für die Landtagswahlen macht, also Spott treibt:

„Sieht sie (die „National-Zeitung“) denn nicht, daß das nur der Brocken ist, der dem liberalen Gedanken zugeworfen wird, um das Zusammengehen mit der Rechten weniger bedenklich erscheinen zu lassen. Wenn es zum Klappen kommt, d. h. wenn die Erjahwahlen zum Landtage vor der Thür stehen, wird man sich den Konservativen schon wieder zu nähern wissen. Die sächsischen Nationalliberalen sind seiner Zeit vernünftig genug gewesen, unsern Parteigenossen, wie auch der Regierung selbst, zur Durchführung der Wahlreform die Hand zu bieten, und es ist ganz vergebliche Mühe, wenn sie sich den Folgewirkungen dieses entscheidenden Schrittes zu entziehen versuchen. Damit würden sie nirgend Gegenliebe finden, sondern sich nur hoffnungslos zwischen zwei Stühle setzen. Das wäre noch schäner, wenn sie glaubten, sich einerseits die Socialdemokraten vom Halse schaffen, und andererseits ganz nach Belieben nationalliberale Parteipolitik treiben zu können.“

Aulis der Konservativen dürfen die Nationalliberalen in Sachsen sein. Nichts weiter. Fast möchte Mitleid uns erfassen mit den sächsischen Industriellen und Finanzleuten, die nun für Agrarier vom 7^{1/2} Parl.-Joll stimmen sollen!

Im 10. sächsischen Wahlkreise, dem einzigen, der vom Kartell für die Hauptwahl ausgeschlossen bleibt, ist von seiten der Reformpartei der frühere Abg. Zimmermann-Dresden aufgestellt worden. Ein nationalliberaler Kandidat ist noch nicht aufgestellt. Den Wahlkreis vertritt jetzt, seit der Reichswahl im vorigen Jahre, unser Genosse G r ü n b e r g.

Im 3. sächsischen Wahlkreise, aus dem der Antifemite Gräfe zunächst durch seinen Parteifreund Zimmermann verdrängt werden sollte, hat letzterer nunmehr auf die Kandidatur verzichtet und Herr Gräfe will wieder kandidieren.

In Sangerhausen-Gartitzberg will Pastor a. D. Köstliche als Kandidat der vereinigten liberalen Parteien kandidieren, nachdem er erklärt hat, sich im Falle seiner Wahl der Freisinnigen Vereinigung als Hospitant anschließen zu wollen. Die Freisinnige Volkspartei will jedoch einen eignen Kandidaten aufstellen.

Deutsch-Krone. Die Konservativen und Nationalliberalen haben sich im Wahlkreise Deutsch-Krone wieder auf die Kandidatur des Abg. G a m p (Rp.) geeinigt.

Pfaff-Abnied. Das Centrum hat den bisherigen Abgeordneten Rechtsanwalt Jaltin-Großtrechly wieder aufgestellt.

Der schlichte Mann aus der Werkstatt wird auch in seinen neuen Wahlkreise Deutschen einen Gegenkandidaten aus der eigenen Partei erhalten. In dem zum Wahlkreise gehörenden, stark bevölkerten Königshütte stellen die Centrumsmänner den Stadtverordneten Albert Kucharz auf. Man kann sich der fromme Bergmann Kroll bald schlafen legen.

Die radikalpolnische Bewegung in Oberschlesien greift rapide um sich. Der „Gorniosajal“ mußte bereits eine Rotationsmaschine anschaffen. Vom 1. April ab erscheinen neu: „Jotra“ in Gleiwitz, „Dawan Polski“ in Lublitz, „Straz nad Odra“ (Wacht an der Odra) in Kofel. — Die Deutschen errichten gegen das Polentum einen Wiszardturm bei Kattowitz. Wenn das nicht hilft. —

Sie wollen ihn durchaus nicht! Aus New York wird einem Berliner Blatt gemeldet: Der Entschluß des deutschen Kaisers, die Abfindung der Statue Friedrichs des Großen zu vertagen, findet allgemeinen Beifall. Viele Blätter diskutieren die Gründe, weshalb dieses Geschenk den Amerikanern unwillkommen sein müsse; Rochambeau, Lafayette, Steuben seien populär. Die Armeezüge seien entrüstet, daß ein europäischer Monarch den einzigen Vertreter des militärischen Genies in der Kriegsakademie abgeben solle, und erhoffen eine Vertagung ad calendas graecas (frei übersetzt: bis zum St. Nimmerleinstag). —

Ein Geschenk an Venezuela. Dem „Berliner Tageblatt“ wird aus New York gemeldet: Deutsche Offiziere erklären die Behauptung der venezolanischen Regierung, die Deutschen hätten vom „Restaurador“ vor der Rückgabe Gegenstände entnommen, für falsch. Die Deutschen hätten im Gegenteil 12 000 Dollar für Reparatur des Schiffes ausgegeben und 150 Tonnen Kohlen an Bord gelassen, ohne einen Cent dafür zu verlangen.

Danach hätte Deutschland ja Venezuela noch ein Geschenk von 50 000 M. gemacht, um welchen Betrag die Exaltationsrechnung sich vergrößern würde! Wäre es da nicht viel gescheiter gewesen, den reparaturbedürftigen „Restaurador“ den Venezolanern von allem Anfang an ruhig zu belassen? —

Die Phosphorhändler-Kommission

Besichtigte am Sonnabend, gemeinsam mit mehreren Regierungsvertretern, die Händlöhlfabrik von Otto Miram in Wetzhausen bei Kassel, von deren Besitzer, Herrn Schwining, durch das Reich das Verfahren zur Herstellung weißphosphorfreier Händlöhler erworben werden soll. Von den Fabrikanten der Weißphosphor-Händlöhler war in zahlreichen Petitionen wie bei der Besprechung, die in der vorigen Woche stattgefunden hatte, geltend gemacht worden, daß das neue Verfahren für die Arbeiter weit gefährlicher wäre als das alte. Bei letzterem seien nur noch wenige Fälle von Phosphorkreuzen vor, bei ersterem sei diese zwar ganz ausgeschlossen, da statt des giftigen weissen Phosphors der ungiftige rote Phosphor Verwendung finde, dafür sei aber die Gefahr sehr groß, daß infolge des Zutages von chloräurem statt Explosionen und Verbrennungen eintreten können, ja geradezu unvermeidlich seien. Da trotz allen Entgegnungen der technischen Sachverständigen unter den Kommissionsmitgliedern wie der Vertreter des Reichs-Gesundheitsamts jene Fabrikanten bei ihren Behauptungen geblieben waren, hatte die Kommission beschlossen, die Reise nach Kassel anzutreten, wozu das Reichsamt des Innern den Abgeordneten Freischarfmann ausstellen ließ. Am Freitagnachmittag waren 18 Kommissionsmitglieder abgereist; außer der Preussischen Volkspartei waren alle Fraktionen vertreten, die unsre durch Reichhaus und Wurm; ferner Ministerialdirektor Caspar, die Geh. Regierungsräte Lohmann und Sprenger vom Reichsamt des Innern, Regierungsrat Sachse vom Reichspatentamt und zwei Vertreter des Reichsgesundheitsamts. Am Sonnabendmorgen begab sich die Kommission nach der Fabrik, wobei sich ihr die Gewerbe-Aufsichtsbeamten des Bezirks Kassel anschlossen. In der Fabrik wurde in Gegenwart der Kommission die Händlöhlfabrik besichtigt. Ihre Zusammenfassung ist natürlich das Geheimnis des Erfinders Schwining; zur Kontrolle, daß sie dieselbe ist, wie diejenige der bisher von Schwining dem Reichsamt des Innern übergebenen Händlöhler, wurden die in Gegenwart der Kommission hergestellten Händlöhler dem Reichs-Gesundheitsamt zur Untersuchung übergeben.

Bei der Herstellung der Masse gelammten alle antwesenden Kommissionsmitglieder die Ueberzeugung, daß von einer Explosionsgefahr nicht die Rede sein kann. Bei der Wischmühle konnte auch nach Entzündung von Mehl der Masse keine Explosion hervorgerufen werden; bei absichtlich hervorgerufenen Entzündungen brannten die angetrockneten Reste der Masse ruhig und ohne zu spritzen ab, und konnte die Flamme durch einfaches Venegen mit nassem Pinsel sofort gelöscht werden. Vor der Kommission wurden etwa 200 große Schachteln Händlöhler mit der neuen Masse angefertigt und getrocknet. Während die Ware über Mittag im Trockenraum stand, war dieser durch ein Siegel verschlossen und von Gewerbe-Aufsichtsbeamten überwacht, um jede der besichtigten Verdächtigungen seitens der Gegner des neuen Verfahrens, daß etwa andere Händlöhler hergestellt und andere Händlöhler zur Untersuchung gegeben werden, im Reine zu ersticken. Auch beim Verpacken der neuen Händlöhler, das seitens der Gegner als gefährlich geschildert worden war, zeigten sich keine Gefahren oder Schwierigkeiten. Bis nächsten Donnerstag wird das Gesundheitsamt die Untersuchung der Händlöhler beenden haben, so daß voraussichtlich dann die Kommission zur Beschlußfassung kommen wird.

Da in jener Fabrik auch die gebräuchlichen Weißphosphor-Händlöhler hergestellt werden, hatten die Kommissionsmitglieder Gelegenheit, die giftigen Dünste, die dabei entstehen, kennen zu lernen; auch war dort ein Arbeiter beschäftigt, dem durch die Phosphorkreuzen der Hinterkopf zerstört war.

Sonnabendnachmittag reiste die Kommission wieder ab; dem Melkamebedürfnis einer anderen dortigen Händlöhlfabrik nachzukommen, die in einer Kasseler Zeitung verkündet hatte, daß die Kommission auch ihre Fabrik besuchen werde, lehnte die Kommission ab. —

Die ehemalige Kronprinzessin von Sachsen scheint sich nunmehr mit ihren Eltern ausöhnen zu wollen. Sie hat bereits mit ihrer Mutter, der Großherzogin von Toscana, eine Zusammenkunft in Lindau gehabt, wohin sie sich von La Motairie bei Nonn aus begeben hatte. Ein Telegramm aus Lindau meldet: „Die Prinzessin Luise von Toscana wurde hier bei ihrer Ankunft von ihrer Mutter, der Großherzogin von Toscana, empfangen und hat in der Villa, welche dem Erzherzog Ferdinand gehört, Wohnung genommen. In der Begleitung der Prinzessin befand sich der Schwiegersohn des Advokaten Lachenal, Advokat Marc Peter.“

Wie die Presse mitteilt, soll sich das körperliche Befinden der Prinzessin in der Motairie bedeutend gebessert haben, die Ausöhnung mit ihren Eltern wird den Bemühungen ihres Rechtsanwalts Lachenal zugeschrieben. Als Bedingung der Ausöhnung wird die völlige Loslösung der Prinzessin von Giron bezeichnet. —

Partei-Nachrichten.

Der Unterzeichnete ist beauftragt worden, über einige Fragen seine Meinung abzugeben, die seit längerer Zeit größere Kreise der Partei beschäftigen und eine Stellungnahme des Vorstandes nötig machen.

1. Kann es mit den Interessen der Partei für vereinbar erachtet werden, daß Parteigenossen als Redakteure oder Mitarbeiter an bürgerlichen Presunternehmungen tätig sind, in denen an der sozialdemokratischen Partei gehässige oder hämische Kritik geübt wird?

Antwort: Nein!

2. Kann ein Parteigenosse Redakteur oder Mitarbeiter eines bürgerlichen Blattes sein, auf welches obige Voraussetzung nicht zutrifft?

Diese Frage ist zu bejahen, soweit Stellungen in Betracht kommen, in denen der Parteigenosse nicht genötigt wird, gegen die sozialdemokratische Partei zu schreiben oder gegen dieselbe gerichtete Angriffe aufzunehmen.

Im Interesse der Partei sowohl wie im Interesse der in solchen Stellungen befindlichen Parteigenossen liegt es jedoch, daß den letzteren keine Vertrauensstellungen übertragen werden, weil solche sich früher oder später in Konflikt mit sich und der Partei bringen müßten.

Berlin, den 2. März 1903.

Der Parteivorstand.

Ein sozialdemokratischer Parteitag für die Provinz Posen findet im März in Posen statt. Es handelt sich um die Besprechung der Agitation für die bevorstehenden Reichstagswahlen und die Erzielung eines gemeinsamen Vorgehens zwischen den deutschen und den polnischen Sozialdemokraten.

Der schwedische Sozialistische Jugendbund hielt am 21. und 22. Februar seinen vierten Kongress in Stockholm ab. Aus dem Vorstandsbericht ging hervor, daß der Bund, der im Jahre 1901 in 15 Klubs 500 Mitglieder hatte, jetzt 17 Klubs mit zusammen 800 Mitgliedern zählt. Es bestehen aber außerdem noch eine große Anzahl solcher Klubs, die noch nicht dem Bunde angeschlossen sind, so daß die Gesamtzahl der Mitglieder der sozialistischen Jugendorganisationen Schwedens ungefähr 2000 beträgt.

Sociales.

Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts.

Dem Reichstage ist der Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1902 zugegangen. Aus dem Gebiete der Unfallversicherung teilt der Bericht mit, daß im Jahre 1902 bei den Berufsgenossenschaften z. 468 706 Unfälle angemeldet und für 120 856 Unfälle zum erstenmal Entschädigungen festgesetzt wurden. Das bedeutet gegen 1901 wiederum eine starke Zunahme der Unfälle und zwar um 12 446 bei den angemeldeten und um 3520 bei den entschädigten.

Vom 1. Januar 1903 ab sind für die Unfallstatistik der jährlichen Nachweisungen neue Formulare vorgeschrieben, die einige Verbesserungen der Unfallstatistik enthalten sollen. Von weiteren erstrebenswerten Verbesserungen jedoch, sagt der Bericht, wie eingehendere Gliederung nach Geschlecht, Alter, Arbeitsbeschäftigung der Versicherten und Verletzten, müßte mit Rücksicht auf den zunächstliegenden Zweck der Schilderung der Rechnungsergebnisse und auf die den Versicherungssträger nicht nur, sondern vor allem auch den einzelnen versicherten Betrieben hierdurch alljährlich erwachsenden Arbeiten für die jährlich zu liefernden Nachweise abgesehen werden.

Das ist sehr bedauerlich, daß das geschehen ist; ob das geschehen müßte, erscheint uns jedoch sehr zweifelhaft. Es bedeutet, daß man für unvollständige Nachweise, die zur Fortbildung des Arbeiterschutzes außerordentlich wichtig sind, auf die großen bisher nur zweimal erhobenen Statistiken angewiesen ist. Die jährlichen Nachweisungen gerade über Alter, Geschlecht und Arbeitsbeschäftigung der Verletzten wären für die öffentliche Kritik der mit der Art der Verwendung der verschiedenen Arbeiterkategorien zusammenhängenden Unfälle sehr wichtig.

Im Laufe dieses Jahres ist die Veröffentlichung der endgültigen Ergebnisse der Erhebung über die Unfallhäufigkeit in der Landwirtschaft zu erwarten.

In der von ausländischer Seite angeregten Einrichtung einer vergleichbaren internationalen Unfallstatistik hat man bisher noch nichts Praktisches erreicht.

Ueber die Tätigkeit der Berufsorganisationen auf dem Gebiete der Unfallversicherung erfährt man, daß von den 61 dem Reichs-Versicherungsamt unterstellten Berufsgenossenschaften jetzt 58 Unfall-Versicherungs-Vorschriften erlassen haben, während sie bei den 3 anderen noch in der Vorbereitung sind. Dagegen sind erst bei 49 Berufsgenossenschaften 134 technische Aufsichtsbeamte zur Beaufsichtigung der Betriebe angestellt; von diesen sind aber 115 noch daneben als Rechnungsbeamte thätig. Daß diese paar Leute keine ausreichende Kontrolle ausüben können über eine halbe Million Betriebe, ist selbstverständlich.

Verzögert wird es interessieren zu erfahren, daß durch das Reichs-Versicherungsamt jetzt die 60 bisher veröffentlichten Obergutachten un verändert und mit Inhaltsverzeichnis herausgegeben werden; sie sind durch den Buchhandel zu beziehen.

Das Reichs-Versicherungsamt ist mit den oberen Postbehörden in Verbindung getreten, um die Auszahlung der Renten an Sonn- und Feiertagen zu ermöglichen.

Die „Befragung“ der Landwirtschaft durch die Unfallversicherung ist etwas gestiegen; aber sie ist immer noch nicht so hoch, daß die armen Agrarier unter der Last zusammenbrechen müßten; bis zu 1,40 Pf. auf 1 M. Lohn ist die ganze Befragung angeiegen.

Invalidenversicherung und Krankenversicherung.

In unsrer Nr. 33 vom 8. Februar hatten wir nachgewiesen, daß sich die „Leipziger Volkszeitung“ für die Behauptung, Erwerbsunfähigkeit im Sinne von § 16 des Invalidengesetzes werde als identisch behandelt mit der aus dem Krankenversicherungs-Gesetze folgenden Erwerbsunfähigkeit, auf eine obergerichtliche Entscheidung berufen habe, die mit dieser Frage gar nichts zu thun hat, die sich vielmehr nur darauf bezieht, ob eine nach § 30 des Invalidengesetzes auf die Beitragszahlung anrechenbare Krankheit vorliege. Wir wiesen nach, daß gerade der von der „Leipziger Volkszeitung“ citierte Kommentar an der Stelle, wo es sich um die Voraussetzungen für die Rente bei vorübergehender Invalidität handelt, genau das selbe sagt, was die „Leipziger Volkszeitung“ uns gegenüber als eine unbegründete Behauptung bezeichnete. Jetzt antwortet die „Leipziger Volkszeitung“ darauf:

„Der „Vorwärts“ wird durch den von uns in dem früheren Artikel citierten Kommentar zum Invalidengesetz von Dittmann und Gebhard zu seinem Irrtum verleitet, und zwar dadurch, daß er die Erläuterung Nr. 5 (S. 131) nicht bis zu Ende beachtet. Es heißt dort, daß bei einem Rentenbewerber, der auf Grund des § 16 nach 26 Wochen während der Erwerbsunfähigkeit Invalidenrente beanprucht, dieser Anspruch ausgeschlossen werden muß, wenn bei einem Wechsel der Berufstätigkeit das fragliche Drittel noch ertworben werden kann. Soweit reicht das Citat des „Vorwärts“. In dem Kommentar aber heißt es in direktem Anschluß an obige Darlegung noch weiter:

„Indes wird dem freien Ermessen der zur Entscheidung über den Renten-Antrag berufenen Stellen so viel Spielraum zu geben sein, daß dem Versicherten, der nach wenigen Monaten oder Wochen völlig genesen, seine frühere Berufstätigkeit voraussichtlich wieder aufnehmen kann, nicht die Ergriffung eines neuen Berufs zugemutet zu werden braucht. Würde dagegen eine derartige Ansicht auf Besserung nicht bestehen und der Zustand sich als ein möglicherweise dauernder darstellen, so dürfte die Frage, ob bei anderweiter Erwerbstätigkeit im Sinne des § 5 Absatz 4 jenes Drittel (des früheren Einkommens) zu erreichen ist, nicht unberücksichtigt bleiben.“

Wir finden das wirklich ein bißchen harmlos. Zuerst führt die „Leipziger Volkszeitung“ unter Verweisung auf den Kommentar von Dittmann und Gebhard einen Beweis ins Feld, der nichts beweist; wir zeigen ihr, was ihr Kommentar wirklich über den gesetzlichen Zustand sagt und sie kann das nicht bestreiten. Sie muß ihr erstes Beweismittel vollständig fallen lassen, aber statt nun gleichfalls die von uns nachgewiesene mangelhafte Fassung der beiden Gesetze zuzugeben, statt zuzugeben, daß trotz des äußerlichen Anschlusses der beiden Versicherungen aneinander doch noch die organische Lücke bestehen bleibt, die manchem Kranken verhängnisvoll werden kann, soll ihr nun die Hoffnung des Kommentators auf eine sociale Wirkung des

freien Ermessens der zur Entscheidung berufenen Instanzen zur Rettung ihrer vorgefaßten Meinung dienen. Wir haben uns, was wir ausdrücklich hervorheben möchten, keineswegs von vornherein, sondern nur deshalb auf den Kommentar berufen, um zu zeigen, daß die „Leipziger Volkszeitung“ ihn zu Unrecht für sich citierte. Wir halten es im Interesse der Versicherten für richtiger, nicht auf dieses „freie Ermessen“ zu bauen; es hat sich den Versicherten nicht immer günstig erwiesen.

Welkum ist die Kritik, die die Rechtsprechung des Reichs-Versicherungsamts auf dem letzten Gewerbekongress gefunden hat, eine Kritik, die auch von der Reichstags-Tribüne aus den Reihen unsrer Vertreter schon oft und eben erst wieder in den letzten Tagen ertönte. Zur Verteidigung gegen diese Kritik erschien am 1. August 1902 in der „Arbeiterversorgung“ ein Artikel, der allgemein als aus Areifen stammend gilt, die dem Reichs-Versicherungsamt sehr nahe stehen. In diesem Artikel heißt es:

„Daß das Amt bei der Begrenzung der Tragweite der Unfallversicherung heute etwas andern Ansichten huldigt, wie in den ersten Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes von 1894, ist richtig; allein die hierin liegende Einschränkung des Wirkungsbereichs des Gesetzes war im Hinblick auf die schärfere und richtigere Erfassung des Begriffs „Betriebsunfall“ gar nicht zu vermeiden. Es fehlte eben im Anfang an einer juristischen Durcharbeitung dieses Begriffs. Wer sich daran erinnert, welche Verwendung die jelsame Umschreibung in den Urteilen des R.-V.-A. aus der ersten Zeit fand, die unter dem Namen „Bann des Betriebes“ wohl bekannt ist und in Theorie und Praxis viel Verwirrung herbeigeführt hat, wird es der späteren Entwicklung der Rechtsprechung nur Dank wissen, daß sie es verstanden hat, die Begriffsnebel zu zerstreuen, welche die Arbeit verhindert. Eine arbeitserfreundliche Tendenz hat hierbei ebenso wenig eine Rolle gespielt wie bei andern Erkenntnissen, durch welche frühere Anschauungen modifiziert wurden; man überzeugte sich eben durch abermal wiederholte Prüfung der Frage, daß man am Anfang, aus edelsten Motiven und geleitet von einer wahrhaft socialen Auffassung, über das Gesetz und die Absichten des Gesetzgebers da und dort hinausgegangen war.“

Nach solcher Selbstverteidigung braucht man nicht zu erwarten, daß „das freie Ermessen“, auf das die „Leipziger Volkszeitung“ baut, sich in einer den Versicherten günstigen Weise äußern wird. Wir bauen nicht auf eine sociale Auslegung mangelhafter Gesetze, sondern verlangen klare gesetzliche Vorschriften. Wir wissen zu gut, daß unser Gegner in diesem Punkt sonst ebenso denkt, aber — man muß doch recht behalten.

So erklärt sich auch der weitere „Beweis“ der „Leipziger Volkszeitung“:

„Den bündigsten Beweis aber, daß die Erwerbsunfähigkeit im § 16 des Invaliden-Versicherungsgesetzes mit der des § 6 Abs. 2 des Kranken-Versicherungsgesetzes gleichgestellt ist, liefert die Begründung der Novelle selbst. In ihr heißt es, daß dadurch die zeitliche Verbindung der Kranken- mit der Invalidenversicherung hergestellt werden soll. Es wäre sinnlos, von einer zeitlichen Verbindung zu sprechen, wenn die Erwerbsunfähigkeit im Sinne des § 16 des Invalidenversicherungsgesetzes eine andre sein sollte, als nach § 6 Abs. 2 des Krankenversicherungsgesetzes.“

Diese Bemerkung in der Begründung beweist gerade das Gegenteil dessen, was die „Leipziger Volkszeitung“ damit beweisen will; das Wort „zeitlich“ („Ausfüllung der Zeiträume“ heißt es im Original) bedeutet eine Einschränkung und ist gewöhnlich zur Vermeidung der Ausnahme, als ob ein organischer, qualitativer Anschluß vorhanden wäre oder geschaffen werden sollte. Praktisch ist doch der Zustand so, daß allerdings häufig die Kranken so krank sein werden, daß sie auch ohne weiteres als erwerbsunfähig nach dem Invalidengesetze zu gelten haben, so daß für diese Fälle die zeitliche Verbindung beider Gesetze genügt; in andern Fällen aber werden sich die schärferen Anforderungen des Invalidengesetzes geltend machen und da zeigt es sich dann, daß die zeitliche Verbindung“ noch nicht erschöpfend ist. Daher konnte auch der Staatssekretär Graf Posadowsky trotz der fraglichen Bemerkung in der Begründung der Novelle am 27. Februar im Reichstage sagen:

„Besonders bemängelt hat man noch, daß auch nach dem Entwurf das Krankenversicherungsgesetz noch nicht systematisch an die Invalidenversicherung angeknüpft ist, indem der Begriff der Erwerbsunfähigkeit in dem Krankenversicherungsgesetz weiter bemessen ist als in dem Invalidenversicherungsgesetz. Meine Herren, das ist richtig; aber wenn hier eine vollkommene Uebereinstimmung herbeigeführt werden soll, kann sie folgerichtig nicht herbeigeführt werden durch eine Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, sondern nur durch eine weitere Verengung des Invalidenversicherungsgesetzes. Außerdem ist das Invalidenversicherungsgesetz in seiner letzten Novelle von 1899 schon den Vorschriften des Krankenversicherungsgesetzes erheblich näher gekommen.“

Die Kommission, die zur Vorberatung der Novelle eingesetzt worden ist, wird vielleicht doch versuchen, ob sich die Ausfüllung dieser inhaltlichen Lücke nicht durch das Krankenversicherungsgesetz erreichen läßt.

Folgendes Antrag haben die Preussischen im Abgeordnetenhaus eingebracht:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die königliche Staatsregierung zu ersuchen, zur Errichtung von Krankenhaus- und Genußgüterheimen für mittlere und untere Beamte der Staatseisenbahnen eine entsprechende Summe in den nächstjährigen Staatshaushalts-Etat einzustellen.

Aus Industrie und Handel.

Der „Fall Exner“.

Leipzig, den 2. März.

Während der heftigen Verhandlung kam es wiederum zu längeren Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen, den Verteidigern und Exner über die Zulässigkeit von Rückdatierungen. Dann wird als Zeuge der Kaufmann Renner-Hamburg vernommen. Renner belundet, er habe in Hamburg eine Werb- und Farbstoff-Extrakt-Fabrik gehabt. Obwohl diese 11 bis 12 Prozent Reingewinn gegeben, sei von seiner nachträglich in ein Aktienunternehmen umgewandelten Gesellschaft auf seinen Antrag eine Fusion mit der Trebergesellschaft beschlossen worden, weil deren vorzüglich eingerichtete Werk in Glöckstadt, welches die gleichen Artikel produzierte, die Preise maßlos drückte. Auf Verlangen des Verteidigers Dr. v. Gordon erklärt Renner, Schmidt habe keineswegs den Eindruck eines Mannes mit bösen Absichten gemacht. Auf Verlangen des Staatsanwalts erklärt der Zeuge, Schmidt habe ihm das Obligo der Trebergesellschaft bei der Leipziger Bank auf drei bis vier Millionen angegeben. Zeuge Kaufmann Kothe aus Hamburg berichtet dann über von ihm für die Trebergesellschaft vermittelte Aktienkäufe, die stets vorher von der Leipziger Bank genehmigt worden seien.

In der Nachmittags-Sitzung wird das Protokoll der Obligo-Kommission-Sitzung vom 8. Februar 1901 verlesen, in welcher beschlossen worden war, den Kredit der Trebergesellschaft um eine Million zu erhöhen. Ferner wird das Protokoll der Sitzung des Aufsichtsrates der Leipziger Bank vom 21. Februar 1901 verlesen. In dieser Sitzung war beschlossen worden, aus dem erzielten Reingewinn von 5 1/2 Millionen 9 Proz. Dividende zu verteilen.

Darauf werden Briefe Exners und Dr. Genschs an Schmidt verlesen, in welchen diese drohen, sofort die Verbindung abzubreden, wenn sie erfahren sollten, daß Schmidt an der Berliner Börse Interventionenkäufe in Treberaktien vornimmt. In einem andern Schreiben wird Schmidt von Exner mitgeteilt, daß, nachdem jetzt die Aktien zustande gekommen, ihm weitere Mittel nicht gewährt werden

Könnten. In seiner Antwort erklärt Schmidt, wenn ihm weitere Hilfe verweigert werde, sei der Ruin der Treberg-Gesellschaft und der Leipziger Bank unausweichlich.

Weiter wird die Bilanz der Leipziger Bank pro 1900 sowie der in der Generalversammlung vom 28. März 1901 erstattete Rechnungsbericht, zur Klärung über die Beziehungen zu der viel angefeindeten Treberg-Gesellschaft, verlesen. In dem Bericht heißt es: „Die Engagements mit der Treberg-Gesellschaft sind allerdings ziemlich hoch, aber zumeist gedeckt. Wir haben weder alte noch junge Trebergaktien im Besitz, wir haben nur einen großen Posten russische und italienische und einen kleinen Posten französische Tochteraktien, die aber bei uns mit Null zu Buche stehen.“ Alsdann wird die Weiterverhandlung auf Dienstagvormittag 9 Uhr vertagt.

Rarität-Enquete. Am 26. und 27. Februar haben die ersten Kontraktverhandlungen über das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat, mit dem die Unternehmung des Stahlwerks ihren Anfang nimmt, stattgefunden.

An der unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrats Dr. von der Borcht im Reichsamt des Innern abgehaltenen Besprechung beteiligten sich, wie der „Reichs-Anzeiger“ meldet, außer den Vertretern des genannten Syndikats zahlreiche Sachverständige und Interessenten des Kohlenhandels und der Metallindustrie von West- und Süddeutschland. Die Verhandlungen wurden durch einen Bericht des Referenten, Regierungsrats Dr. Voelcker, über die Organisation und die wirtschaftliche Bedeutung des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats eingeleitet. Alsdann trat man in die Besprechung des Fragebogens ein. Zu den einzelnen Nummern des Fragebogens waren zahlreiche Unterfragen gestellt, welche zu einem regen Meinungsaustausch führten. Die Fragen der Organisation des Kohlen-Syndikats sowie seine Preispolitik und der Einfluss auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der von ihm abhängigen Industrien, insbesondere die Wirkungen auf die Lage der Roheisen- und Walzwerk-Industrie, der Maschinen-, Kleinfabrik-, Zink- und Blei-Industrie sowie des Kohlenhandels boten zu eingehenden Erörterungen Anlass. Von dem Vorstand des Syndikats wurden umfangreiche Tabellen sowie die verschiedenen Vertragsformulare und Verkaufsbedingungen zur Verfügung gestellt.

Das stenographische Protokoll über die Verhandlungen wird später im „Reichs-Anzeiger“ veröffentlicht werden.

Bergwerksgesellschaft „Hibernia“, Sierne. Wie in der heute hier abgehaltenen Aufsichtsrats-Sitzung mitgeteilt wurde, bleibt nach Abzug aller Betriebsausgaben sowie der Anteilzinsen ein Reingewinn von 7 862 753 M. (im vorigen Jahr 9 905 654 M.), davon sollen 3 496 946 M. (im Vorjahr 4 001 015 M.) zur Abschreibung verwendet und 3 940 000 M. zur Verteilung einer 10prozentigen Dividende benutzt werden. Der Rest wird auf neue Rechnung vorgetragen. Im Vorjahre gelangten 13 Proz. auf 37 800 000 M., alte und 4 Proz. Dividende auf 1 000 000 M. junge Aktien zur Verteilung.

Arbeitslosigkeit in Braunschweig. Eine vom Gewerkschafts-Komitee in Braunschweig am 15. Februar vorgenommene Arbeitslosen-Zählung ergab, daß dort an jenem Tage 1288 Arbeiter ohne Beschäftigung waren. Von diesen waren 761 verheiratet und hatten zusammen 1561 Kinder.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Aussperrung der Täscher ist am Sonnabend zur Thatsache geworden, wenn auch nicht im vollen Umfange. In einer Brandenburger-Versammlung der Täscher, Koffermacher, Galanterie- und Gürtelarbeiter, die am Sonntag bei äußerst starker Beteiligung tagte, wurde festgestellt, daß bei 14 Firmen 181 Arbeiter und 19 Arbeiterinnen ausgesperrt worden sind, während bei 11 Firmen keine Aussperrung stattfand. Semle, der über diesen Generalstreik der Fabrikanten referierte, teilte mit, daß am Sonnabendabend auf Veranlassung des Gewerbegerichts-Direktors von Schulz vor dem Einigungsamt mit den Vertretern der Arbeitgeber verhandelt wurde. Nachdem beide Parteien ihre Forderungen vertreten hatten, wurden vom Einigungsamt folgende Vergleichsvorschläge gemacht:

1. Der am 15. Februar abgelaufene Tarifvertrag bleibt bis zum 1. Juli in Gültigkeit.
2. Die Parteien verpflichten sich, sofort durch die im alten Vertrag genannte Schlichtungs-Kommission über Abschluß eines neuen Vertrages in Verhandlungen einzutreten. Sollte ein Entwurf bis zum 1. Juni nicht zu Stande kommen, so sind die Parteien verpflichtet, sofort das Einigungsamt anzurufen, damit vor diesem ein neuer Vertrag vereinbart, bezw. von dem Einigungsamt ein Schiedsspruch festgesetzt werde. Es wird bemerkt, daß in dem neuen Vertrag, wie in dem abgelaufenen, die Accordarbeit grundsätzlich nicht ausgeschlossen werden soll.
3. Herr Jährmann wird bis zum 1. Juli 1903, und zwar von jetzt ab, die Hälfte seiner bisherigen Accordarbeiter in Wochenlohn beschäftigen. Der Zustand bei der Firma wird aufgehoben. Herr Jährmann stellt seine Arbeiter sämtlich wieder ein.
4. Die Arbeitgeber heben unverzüglich die über ihre Gehilfen verhängte Sperre wieder auf.
5. Maßregelungen aus Veranlassung der Sperre und des Streiks bei Jährmann dürfen nicht vorgenommen werden.
6. Die Arbeit wird bei den Arbeitgebern von sämtlichen Arbeitern am 3. März wieder aufgenommen, als wenn eine Aussperrung überhaupt nicht stattgefunden hätte.

Nach sehr eingehender Debatte erklärte sich die Versammlung in geheimer Abstimmung mit 136 gegen 65 Stimmen mit einer Einigung auf dieser Grundlage einverstanden. Ein Antrag, den Termin für die Verlängerung des alten Vertrags auf den 15. August festzusetzen, sowie ein weiterer Antrag, die Bedingung aufzunehmen, daß keine Vernehmung der Accordarbeit sowie der Heimarbeit eintreten darf, wurden der Kommission zur Berücksichtigung überwiesen. Die Forderung der weiteren Verhandlungen mit den Arbeitgebern wurde den Mitgliedern der bisherigen Kommission übertragen. Im Laufe der Diskussion erklärte der Vertreter des Vorlesevereins-Verbandes, daß seine Organisation sich mit den Aussperrten solidarisch fühle, und forderte die anwesenden Vorlesevereine auf, genau darauf zu achten, daß keine Streitarbeit gemacht wird.

Die Isolierer und Rohrmüller beschäftigten sich am Sonntag in einer zahlreich besuchten Versammlung mit der Aussperrung bei der Firma Rheinhold u. Co., sowie mit den Vorgängen bei Haack u. Co. Nach eintägigem Aufenthalt ihrer Isolierer hat die Firma Haack u. Co. am Sonnabend die beiden Gemahlsstellen wieder eingestellt und, was die Reisebedingungen anbetrifft, erklärt, daß diejenigen Isolierer, die sich weigern auf Retourbillets zu fahren, nicht entlassen, sondern in Berlin weiter beschäftigt werden sollten. Mit dieser Lösung des Konflikts erklärte sich die Versammlung einverstanden. — Dagegen dauert die Aussperrung bei Rheinhold u. Co. fort. Die Firma erklärte, daß sie bereit sei, an Stelle der Vergütung für Rückfahrkarten die für einfache Fahrkarten wieder einzuführen, aber nur unter der Bedingung, daß die bisher übliche Vergütung für die Reisezeit von 30 Pf. pro Stunde in Wegfall kommen sollte. Das bedeutet für die betreffenden Isolierer, daß sie für die auf der Eisenbahn zugebrachte Zeit, die unter Umständen 18 bis 27 Stunden betragen kann, keine Vergütung erhalten, und das Gehalt für eine solche Reise aus eigener Tasche bezahlen sollen. Die Versammlung lehnte dieses Angebot ab und beschloß einstimmig, darauf zu bestehen, daß die bisherigen Arbeitsbedingungen unverändert erhalten werden. Die Firma Rheinhold u. Co. hatte bisher einen Isolierer gefunden, der sich zu Streikbrecherdiensten gebrauchen ließ. Dieser hat sich jetzt den Aussperrten angeschlossen. — Die Polizei ist auch bei diesem Konflikt wieder eifrig auf den Unternehmer- und Streikbrecher-Schutz bedacht, sowohl das Verbot der Aussperrten, als auch die Arbeitsstätte werden streng bewacht.

Die Aussperrten sind selbstverständlich weit davon entfernt, irgend etwas zu thun, was der Polizei Grund zum Einschreiten geben könnte. — Es wurde noch bekannt gegeben, daß die Isolierer der Leipziger Filiale von der Firma Grünzweig u. Hartmann, die zur Zeit bei den Kühlanlagen auf dem Schiff „Kaiser Wilhelm II.“ in Stettin thätig waren, sich im Aufbruch befinden. Vor Zugang nach dort wird gewarnt. —

Centralverband der Zimmerer. (Zahlstelle Berlin und Umgegend.) In der am Sonntag abgehaltenen Delegierten-Versammlung erstattete Kube Bericht über die Verhandlungen der Ritzschner-Kommission, betreffs der neuen Tarifvereinbarungen. Dieselben haben in letzter Zeit noch eine Ergänzung erfahren dahingehend, daß für die Orte Ober- und Nieder-Schönebeck nebst Johannisthal vom 1. April d. J. ab ebenfalls eine Lohnerhöhung in Kraft treten soll und zwar von 57 1/2 Pfennig auf 62 1/2 Pf., also um 5 Pf. pro Stunde, während für Friedrichshagen und Nöpenitz eine Zulage von 2 1/2 Pf., also 60 Pfennig pro Stunde bewilligt ist. Eine völlige Entziehung dieser Oete in den Lohnbezirk Berlin, woselbst der Stundenlohn belamlich auf 67 1/2 Pf. normiert ist, fand nicht die Zustimmung der Arbeitgeber-Vertreter in der Kommission. Man hat sich deshalb auf vorstehende Lohnsätze geeinigt, wodurch die letzte Differenz, die in der Kommission noch bestand, beseitigt worden ist. Vom 1. April 1904 ab erhöht sich der Lohn in den vorbenannten Orten gerade so wie in Berlin um weitere 2 1/2 Pf., so daß die Lohnsätze bis zum 1. April 1905, also bis zum Ablauf des jetzigen zweijährigen Tarifvertrags als erledigt betrachtet werden kann, falls die Gesamunternehmer der Baubranche den Kommissionsbeschlüssen zustimmen, was bis jetzt noch nicht geschehen ist. Redner legte nun ausführlich die Gründe dar, welche die Vertreter der Arbeitnehmer in der Ritzschner-Kommission zur Annahme dieser Vereinbarungen bewegen haben und ersucht die antretenden Delegierten, im Namen der Zahlstelle ihre endgültige Zustimmung zu denselben zu geben. — In der lebhaften Debatte betonte u. a. auch der anwesende Vertreter des Hauptverbandes, Schrader-Hamburg, die Abmachungen der Kommission, indem er unter diesen Umständen einen Streik für unnötig erklärte. Von den Delegierten erklärten nur die Vertreter der Bezirke Rixdorf und Charlottenburg, daß sich die dortigen Bezirksversammlungen gegen die Kommissions-Abmachungen ausgesprochen hätten, indem sie die sofortige Einführung des 70 Pf. Tarifs, event. durch Eintritt in den Streik verlangen. Es wurde jedoch mit allen gegen vier Stimmen eine Resolution angenommen, welche die Vereinbarungen der Ritzschner-Kommission vollinhaltlich gutheißt. Bemerkenswert wurde aber, daß, falls die Gesamtunternehmer wider Erwarten die Kommissionsvorschläge ablehnen sollten, dann allerdings ein Streik unvermeidlich sei. Auf eine Anfrage hin teilte Kube noch mit, daß die christlich organisierten Zimmerer an den Verhandlungen nicht beteiligt waren, auch keinen Versuch dazu gemacht haben, ihre gänzliche Bedeutungslosigkeit damit also klar erwiesen sei. — Nachdem Knüpfer noch kurz auf den Jahresbericht hingewiesen hatte, wurde die Tätigkeit des alten Vorstandes einstimmig gut geheißen, worauf dann die Neuwahl der Agitations-Kommission für die Provinzialkonferenz der Zimmerer am 7. Dezember vorigen Jahres zum Vorsitzenden beinahten Kollegen Knüpfer wurden dazu noch Kube, Witt, Reimann und Schwarz-Steglich gewählt.

Der Streik bei Newes, Kottel u. Co. ist aufgehoben, da die Plätze durch Arbeitswillige vollaus besetzt sind.

Deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft. Verwaltung Berlin. Kofamentierer. Wegen Maßregelung der Arbeiter bei der Firma Knopfmacher, Straßenerstraße, und Bollmer, Wilhelmstraße, ist Berlin aufs strengste zu meiden.

Der Vorstand.

Deutsches Reich.

In der Luzindöbel-Fabrik von G. Wunderlich in Lübbenau sind Differenzen ausgebrochen. Alle Verhandlungen mit dem Unternehmer sind gescheitert, darauf hin haben sämtliche Kollegen, circa 60 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt. Wir bitten dringend, den Zugang von Tischlern, Drechslern, Polierern, Bildhauern und Raschmännern streng fernzuhalten.

Zahlstelle Lübbenau des Holzarbeiter-Verbandes.

Die Formen in Bayreuth erloschen, den Zugang nach dort fernzuhalten, weil in der Eigengießerei von Henjel Differenzen ausgebrochen sind.

Zugang von Gärtnern, Baumschulernarbeitern und Arbeiterinnen nach Haltenstedt und Mellingen in Holstein ist fernzuhalten.

Deutsche Gärtner-Vereinigung.

Ausland.

Der Subpaster Schuhmacherstreik ist durch gütlichen Ausgleich zum Teil erledigt. Die Eigentümer der Agularischen Schuhfabriken haben den Arbeitern eine Lohnerhöhung von 20 Proz. bei größeren und 30 Proz. bei kleineren Arbeiten zugesprochen und sich ferner verpflichtet, wegen des Streiks keinen Arbeiter zu entlassen; dagegen haben die Arbeiter eingewilligt, daß das sogenannte Stabtarif-System erst vom Jahre 1905 an eingestellt werde. Vorerst sind 450 Arbeiter wieder in Arbeit getreten; die übrigen noch streikenden Arbeiter dürften ebenfalls bald Arbeit finden, da ihre Meister den Agularischen Werkstätten bezüglich der Lohnerhöhung folgen müssen, wollen sie nicht schweren Schaden tragen.

Die Thonwarenbetriebe von Prag und Umgegend sind seitens der Arbeiter gesperrt. Ofenseher und Werkstübenarbeiter befinden sich in einer Bewegung zur Regelung der Arbeitsverhältnisse.

Versammlungen.

Die Mißstände in der „Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft“ wurden am Sonntag in einer in den Germania-Sälen abgehaltenen Versammlung einer gründlichen Erörterung unterzogen. Der Referent Karl Wiesenthal führte unter anderem aus: In der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft sind gegenwärtig etwa 15 000 Arbeiter und Arbeiterinnen thätig. Wie alle Großbetriebe, so brüht sich auch die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft damit, daß sie schon im Interesse einer guten Produktion reichliche Löhne zahlen müsse und zur Erhaltung eines Arbeiterstammes mancher Besondere thue. So seien z. B. in den letzten Jahren je 300 000 Mark für Pensionsfonds, Gratifikationen und Wohlfahrts-einrichtungen auszuwerfen, an deren Verwaltung die Arbeiter hervorragend beteiligt seien. Wie es nun aber in Wirklichkeit mit dieser vielgerühmten Arbeiterfürsorge aussehe, das lehrt ein Blick auf die Löhne. In Peitzlohn erhalten die gelerntten Arbeiter pro Stunde 35 Pf., die Werkzeugmacher in der Brunnenstraße 40 Pf.; nur einzelne darüber. Die ungelerten Arbeiter in den Maschinenlagern 25 Pf., bei 12 bis 15stündiger Arbeitszeit, die Transporkolonnen 25—30 Pf.; Mädchen haben in Peitzlohn 17—20 Pf., im Accord etwa 25 Pf. pro Stunde und sind 10—11 Stunden beschäftigt. Ueberstunden werden nicht höher bezahlt, auch wo sie unfreiwillig geleistet werden. Man verlangt eine Arbeitsleistung von 84 Stunden wöchentlich, was eine Erhöhung der sonst neunstündigen Arbeitszeit auf täglich 14 Stunden bedeutet. Die Accordsätze sind bereits um die Hälfte reduziert worden, dabei erfolgen die Preisfestsetzungen in der Regel erst nach Fertigstellung einer Arbeit, so daß die Arbeiter fast niemals wissen, was sie für ihre Arbeit eigentlich rechtlich zu fordern haben, alles hängt von der Willkür der Meister ab. Für Arbeiterinnen ist ein Wochenverdienst von 6 M. bis hinunter zu 4,25 M. durchaus nichts Seltenes. In der Abteilung des Meisters Engel konnten es die Arbeiterinnen bei einem neuen Accord sogar nur auf 4 1/2 Pf. pro Stunde bringen, und als sie deswegen vorstellig wurden, sagte ihnen der Meister: „Wenn's Ihnen nicht paßt, können Sie ja nach der Friedrichstraße gehen und dort mehr verdienen.“ — Es ist schon vorgekommen, daß Arbeiter nur Stundenlöhne von 15 Pf. erzielten. Eine Frau hatte einmal einen Tagesverdienst von 15 Pf., zwei andre zusammen 1 M., manche brachten nicht einmal das Frantengeld zusammen. In den einzelnen Abteilungen geht es mitunter drunter

und drüber. Ueberstunden, Ausscheln und Nacharbeit wechseln mit einander ab. Dabei verlangen die Meister förmlich blinde Arbeitergehörfam. In verschiedenen Abteilungen ist den Leuten das Sprechen gänzlich verboten, man läßt ihnen sogar kaum die nötige Zeit zur Verächtigung ihrer Bedürfnisse. Es fehlt an Wascheinrichtungen und genügender Ventilation. Da ist es denn kein Wunder, daß laut Ausweis der Krankenkasse reichlich die Hälfte aller Beschäftigten im Laufe des Jahres erkrankt. Wegen der Enge der Anleideräume sind manche Arbeiter gezwungen, ihre Kleider einfach auf den Fußboden zu legen, wo sie dann bald beschmutzt werden. Auch die Schu-Berichtungen lassen vieles zu wünschen übrig, in einer Abteilung laufen sämtliche Schmirgelscheiben ohne solche. Natürlich giebt es bei der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft auch Arbeiterausfälle, sie sind aber bloße Scheinfiguren und haben zu allem Ja und Amen zu sagen; wer opponiert oder in irgend einer Weise auf die Abstellung von Mißständen drängt, wird kurzerhand entlassen. Ein Arbeiter, der von seinem Meister auch willkürlich entlassen werden sollte, wurde auf Veranlassung eines Ingenieurs wieder weiter beschäftigt; doch die Freude währte nicht lange, denn er wurde von dem Meister derartig chikaniert, daß er schließlich selbst seine Entlassung forderte. Mit den Wohlfahrts-einrichtungen hat es ebenfalls eine eigenartige Bewandnis. Eine Bestimmung lautet, wer 10 Jahre bei der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft beschäftigt ist, erhält eine „Prämie“ von 50 M. Die Allerwenigsten nur erreichen diese Prämie, denn die meisten werden schon vorher entlassen. Wie sich die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft um ihre Verpflichtungen herumzubriden sucht, beweist ein kürzlich entschiedener Prozeß, in dem sie derurteilt wurde, an fünf Jubelnde eine Rente zu zahlen, weil diese durch ihre Thätigkeit in dem Vulkanisiererraum gesundheitslich dauernd geschädigt sind. Ein Teil der Meister nimmt für sich das Recht in Anspruch, selbständig Geldstrafen über die Arbeiter zu verhängen, und zwar wegen der geringfügigsten Versehen. Wozu diese Geldstrafen aber verhängt werden, davon bekommt niemand etwas zu wissen. — In dem Ankelwerk Ober-Schönebeck sind die Arbeiter infolge erheblicher Lohnreduktionen in eine hochgradige Erregung geraten. Sie glauben, diese Maßregel durch eine beschiedene Petition an den Direktor wieder rückgängig machen zu können. Dieser empfing auch eine Kommission und versprach dieses und jenes, doch auf eine Erhöhung des Lohnes über 36 Pf. hinaus wollte er sich nicht einlassen. Im Vertrauen auf die kommenden Verbesserungen gingen die Leute wieder an die Arbeit, doch schon am Sonnabend wurde ihnen eine eigenartige Lieberlassung. Einer Anzahl war der Lohn von 34 auf 32 Pf. herabgesetzt worden! Sie wollen jetzt noch einmal vorstellig werden, und wenn ihren Wünschen nicht in etwas Rechnung getragen wird, so beschließen sie die Arbeit einzustellen. — In der Diskussion beschäftigten mehrere Arbeiter die Ausführungen des Referenten in allen Teilen mit dem Bemerkten, sie würden öffentlich sprechen, selbst auf die Gefahr hin, schon in den nächsten Tagen entlassen zu werden. So wie es jetzt sei, könne es unmöglich weiter gehen. Wiesenthal erklärte in seinem Schlußwort, auch die Allgemeine Electricitäts-Gesellschaft sei vor einem Streik nicht sicher, der, wenn auch nur abteilungsweise geführt, doch den ganzen Betrieb zum Stillstand bringen könne. Deshalb möge es sich die Direktion rechtzeitig überlegen, ob es für sie nicht vorteilhafter sei, die geradezu unerhörten Mißstände zu beseitigen. Die allgemeinen Forderungen der Arbeiter und Arbeiterinnen seien: Aufbesserung der Löhne, anständige Behandlung und Abschaffung der wilden Ueberstundenarbeit. In einer entsprechenden Resolution stimmte die Versammlung dem zu.

Achtung! Königtüme Männer! Auf zur socialdemokratischen

Versammlung in Hohen-Schönhausen!

Obigen Mahnruf des Vertrauensmannes des Konserbativen „Vollvereins“ für den Kreis Nieder-Barnim, den das „Ortsblatt“ in seinem Annoncentheile brachte, haben auch wir veröffentlicht. Dem Rufe waren etwa 700 Männer und Frauen gefolgt, unter denen die Landbesitzer reich zahlreich vertreten war. Außer den beiden überwachenden Gendarmen war auch die Ortsbehörde: Polizeidiener, Gemeindevorsteher usw. zur Stelle, während die freiwillige Feuerwehr auf dem Nebengrundstück zur Übung (1) versammelt war. Die „Königtüme“ hörten mit größtem Interesse dem Vortrage des Reichstags-Abgeordneten Zubeil zu. Der Referent schilderte die Rechts- und Verfassungsbrüche im deutschen Reichstage sowie den Anteil, den die Konserwativen, das Centrum usw. an denselben hatten. Ganz verbugt sahen die „Vollvereinsler“ drein, als der Referent Mahnruf: bei der Reichstagswahl müsse jeder Wähler für den Kandidaten der Socialdemokratie, Arthur Stabsbagen, stimmen, mit gar nicht erdenklichem Beifall aufgenommen wurde.

Zur Diskussion aufgefordert, meldete sich nach langem Hören Herr Reimann, der Vater des „Aufbaus“. Der Redner pries die Schuhschle als im Interesse der Arbeiter liegend, bedauerte, daß eine solche „Fürsorge“ mit dem unglücklichen Namen Brotwunder bezeichnet werde und sang das bekannte Lob von der socialen Beschäftigung und dem Arbeiterstand, der auf Kosten der Besitzenden den unanborenen Arbeitern zu gute komme. Die Diskussion gestaltete sich lebhaft, Dänger, Jambiers und Zubeil entfehlten wahre Weisheitsstürme bei Widerlegung der Ansichten des Herrn Reimann. Gegen eine Stimme wurde eine Resolution angenommen, welche den Ausführungen Zubeils zustimmte und die Anwesenden verpflichtete, für die Wahl Stabsbagens einzutreten. Mit einem donnernden Hoch auf die Socialdemokratie und den Referenten fand die imposante Versammlung ihren Abschluß.

Ob die „Königtüme“ noch einmal zu einem solchen Erfolge der Socialdemokratie beitragen werden?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Einwanderung nach den Vereinigten Staaten.

Washington, 2. März. (W. S.) Der Senat hat nunmehr das Gesetz über die Einwanderung, welches bereits von der Kammer angenommen wurde, ratifiziert. Das neue Gesetz verbietet die Landung von Arbeitern, deren Kontrakte im Auslande abgeschlossen wurden, ferner die Landung von Anarchisten und die Landung von solchen Personen, die von gewissen Krankheiten befallen sind, und von mittellose Personen, sowie von Vorbestraften. Dagegen verbietet das Gesetz nicht die Einwanderung von Personen, die weder lesen noch schreiben können.

Sturmnachrichten.

Dover, 2. März. (W. S. V.) Im Kanal herrscht fürchterlicher Seegang. In den an der Südküste liegenden Städten sind die Hafenanlagen und die angrenzenden Straßen stark beschädigt. Mehrere Unglücksfälle ereigneten sich infolge Zusammenbruchs von Bauten.

London, 2. März. (W. S. V.) Einer aus Dover bei Hochs eingehangenen Meldung zufolge riß der Sturm die Dienstwohnung des Admiralsitätsdirektors und die anherhalb der Londonsation liegende Werft eines Großschmiedes fort, wobei der Admiralsitätsinspektor und der Schmied ums Leben kamen und eine andre Person schwer verletzt wurde.

Gefrandet.

Fenzance, 2. März. (W. S. V.) In der letzten Nacht ist eine große Bark in der Nähe von Lands End gefrandet und mit Mann und Maus untergegangen. Man vermutet, daß sie ein deutsches Schiff gewesen ist; ein Rettungsboot, das an Land gespült wurde, trug den Namen „Hambur“, von dem der Quastab „g“ offenbar abgebrochen ist. Näheres ließ sich nicht ermitteln.

Lutesdown, 2. März. (W. S. V.) Der gestern abend von Boston hier eingetroffene Dampfer der Dominion-Linie „Merion“ stieß bei der Weiterfahrt nach Liverpool am Ausgang des hiesigen Hafens auf Grund. Die Flottmachung ist nicht vor heute abend zu erwarten. An Bord sind 25 Kajüte- und 73 Zwischendeckspassagiere.

Reichstag.

271. Sitzung. Montag, den 2. März 1903, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Kraetke. Auf dem Plage des Abg. v. Winterfeld-Mentlin (L) liegt ein großer Strauß aus weißen Rosen und Kamellen.

Präs. Graf Balckem: Unser verehrter Herr Kollege v. Winterfeld-Mentlin vollendet heute in aller Frische sein 80. Lebensjahr. Ich darf im Namen aller Kollegen dem ehrwürdigen Geburtstagskinde die herzlichsten Glückwünsche des Reichstages darbringen, und wünsche, daß auch sein Lebensabend sich als segensreicher für ihn gestalten möge. Die Blumen auf dem Plage des Geburtstagskinds sind im Namen des Reichstages dargebracht. (Lebhaftes Bravo.)

Hierauf wird die zweite Beratung des Postetats beim Kapitel „Betriebsverwaltung“ fortgesetzt.

Abg. Eichhoff (fr. Wp.) bemängelt einige Unstimmigkeiten im Titelbogen der oberen Beamten. So sollten die Ober-Postsekretäre den Titel Rechnungsrat erhalten.

Auf eine weitere Anfrage des Redners erklärt Staatssekretär Kraetke, daß es nicht in der Absicht der Postverwaltung liege, Beamte des höheren Postdienstes vom Aufsichtsdienst auszuschließen, weil sie ein Lebensalter von 40 Jahren erreicht haben.

Ein Freund des Titels Rechnungsrat bin ich nicht. Der Titel, der den Postdienstcharakter zum Ausdruck bringt, ist viel schöner. Doch soll die Sache neu geprüft werden.

Abg. Lenzmann (fr. Wp.): Der Herr Staatssekretär echauffierte sich am Sonntag darüber, daß ich ihm den Vorwurf gemacht hätte, er habe sein Versprechen in Bezug auf die Postassistentenstellen nicht gehalten. Dies Versprechen hat nicht sowohl Herr Kraetke als der Herr Reichs-Schatzsekretär gegeben. — Die Stadt Breglar beschwert sich darüber, daß öfters Postanweisungen nicht gleich ausgezahlt worden seien, weil das nötige Geld bei der Post nicht vorhanden war. Es müßte doch dafür gesorgt werden, daß in den Poststellen etwas mehr Geld im Vorrat liegt.

Direktor im Reichsschatzamt Zwele: Der Vorwurf, den Herr Lenzmann dem Herrn Reichs-Schatzsekretär machte, trifft nicht zu. Herr v. Thielmann hat vielmehr nur gesagt, er werde versuchen, Wünschen des Reichstages in den nächsten Jahren Rechnung zu tragen.

Abg. Lenzmann (fr. Wp.) giebt zu, daß kein feierliches Versprechen mit Unterschrift und Siegel von der Regierung in Bezug auf die Postassistentenstellen gegeben sei, aber die Erklärung der Regierung sei so gewesen, wie sie sonst stets Versprechungen abgibt.

Abg. Sittart (C.) tritt für erhöhte Sonntagsgelöhner für die Postunterbeamten ein. Auch wäre es sehr wünschenswert, wenn die älteren Postunterbeamten etwas weniger zum Nachtdienst herangezogen würden. Sie sind körperlich nicht mehr so rüstig wie die jüngeren Beamten. Redner bittet ferner den Staatssekretär, für die Briefträger Gummimäntel zu beschaffen.

Staatssekretär Kraetke: Wir sind seit Jahren emsig bestrebt, den Postbeamten möglichst viel Sonntagsgelöhner zu verschaffen. An jedem zweiten Sonntage sind jetzt frei 77,6 Proz. aller Beamten, an jedem vierten Sonntage 97,8 Proz.

Auch der Wunsch des Herrn Vorredners in Bezug auf den Nachtdienst der älteren Beamten soll nach Möglichkeit berücksichtigt werden. — Ich gebe zu, daß die jetzigen Mäntel für die Briefträger sehr un bequem sind. Gummimäntel sind aber ebenfalls für jeden, der sich viel bewegt, äußerst lästig. Es werden jetzt Versuche mit leichten Ledermänteln gemacht.

Abg. Eichhoff (fr. Wp.): Der Herr Abg. Singer hat am Sonntag sehr abfällig über das chinesische Mandarinentum der Lipen und Schnüre gesprochen. Die Beamten sind aber selbst ganz anders Meinung über diese Auszeichnungen. Ich möchte den Herrn Staatssekretär bitten, daß er bei der Verleihung von Schnüren so liberal wie möglich vorgehen möchte. Eine ganze Reihe von Beamten sind übergegangen worden, weil sie diese oder jene Ordnungsstrafe in früheren Jahren erlitten haben. Dadurch werden diese Leute doppelt gestraft und vor dem Publikum an den Pranger gestellt. Es sind, wie ich weiß, zum Teil Leute, die beim Publikum große Achtung genießen.

Redner wünscht des weitern, daß alle Bahnpolizisten, die lediglich im Bahndienst beschäftigt sind, gehobene Unterbeamten werden, und daß sich der Staatssekretär mit gemeinnützigen Bauvereinen in Verbindung setzen möge, um seinen Beamten zu menschenwürdigen Wohnungen zu verhelfen. (Bravo! links.)

Staatssekretär Kraetke: Wir nehmen jede Gelegenheit wahr, um unsern Beamten bessere Wohnungen zu verschaffen. In gehobene Stellen können nur solche Bahnpolizisten versetzt werden, deren Tätigkeit über das gewöhnliche Maß des Unterbeamten dienstes hinausgeht. — Geldstrafen sollten bei kleinen Versehen der Beamten nicht gleich erfolgen. Es wird vielleicht manchmal in solchen Fällen unnötigerweise ein lauges Protokoll aufgenommen, wo ein einfacher mündlicher Verweis genügt hätte.

Abg. Jubel (Soc.): Die Postillone hatten früher jede 6 bis 8. Woche einen ganz freien Sonntag. Jetzt aber giebt es auf Grund einer neuen Verfügung des Herrn Staatssekretärs kein einziges Postamt in Berlin mehr, wo die Postillone einen freien Sonntag hätten. Wenn einmal ein Postillon darum bittet, zur Kirche gehen zu können, so wird ihm das wohl gewährt, aber wird nachher so mit Arbeiten überhäuft, daß er sich wohl hätte, diesen Wunsch noch einmal zu äußern. In einem Postamt besteht ein Reservendienst, der die Postillone für eine ganze Woche in Anspruch nimmt; während der sie aus ihrer Kleidung überhaubt nicht herauskommen. Sie haben nur eine zweistündige Mittagspause. Die Nacht verbringen sie auf einem Strohhalm, vollkommen angekleidet, um jeden Augenblick zum Anspannen wieder bereit zu sein. Der Lohn der Postillone von 2,50 M. pro Tag ist in Anbetracht ihres durchaus nicht leichten Dienstes bei Wind und Wetter kein besonders hoher und sollte etwas aufgebessert werden. Der Herr Staatssekretär erklärte im vorigen Jahre, daß 200 Mäntel für Postillone angeschafft seien. Bisher haben die Postillone noch nichts von solchen Mänteln gesehen. Die Mäntel, die sie heute tragen, haben sie sich von ihrem lärglichen Lohn selbst angeschafft. Schließlich wird Beschwerde geführt, daß auf dem Postamt 14 in Berlin der Vorsteher auf alle Beamte einen Druck ausübt, daß sie dem Verein „Frauen- und Löhnerhort“, durch den lediglich Löhner höherer Beamter unterstützt werden, beitreten. Ich bitte den Herrn Staatssekretär, diese Beschwerde zu prüfen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke: Eine Verfügung meinerseits, durch welche die Postillone in Bezug auf ihren Dienst schlechter gestellt werden als früher, ist nicht ergangen. In Bezug auf den Sonntagsdienst bestehen für die Postillone infolgedessen Schwierigkeiten, als die Sonntagsgelöhner gemacht werden müssen, aber nicht immer geeigneter Ersatz zu beschaffen ist. In Bezug auf den Gottesdienst bestehen sehr strenge Verfügungen, ich glaube nicht, daß es ein Beamter riskieren wird, solche Leute schlecht zu behandeln. Weinsache wie ein Märchen klang die Erzählung von dem achtjährigen Reservendienst einzelner Postillone. Solche Lächerlichkeiten haben wir nicht, die das ruhig ertragen, das wäre unverantwortlich, sie würden dann auch nicht den Scheid haben auf der Spitze des Wagens durch belebte Straßen zu fahren, wo sie alle Augenblicke eine gewisse Energie entwickeln müssen. — Am Lohn sind die Postillone den Unterbeamten in Berlin gleichgestellt. Die Mäntel werden ihnen geliefert wie die ganze Uniform. Es erhalten jetzt alle Postillone imprägnierte Mäntel.

Der Löhnerhort sorgt nicht nur für höhere sondern auch für Unterbeamte. Wenn aber ein Vorsteher einen Druck auf die Beamten zum Beitritt in den Verein ausüben sollte, so würde ich das als ungebührlich bezeichnen.

Abg. Jubel (Soc.): Der Reservendienst von acht Tagen für Postillone besteht tatsächlich auf dem Postamt Wilmersdorf. Der Herr Staatssekretär möge seine Nachbarn nicht nur an die Vergesetzten sondern an die Postillone selbst richten, dann wird er die Wahrheit erfahren auch in Bezug auf die imprägnierten Mäntel.

Direktor im Reichs-Postamt Wittfo führt aus, daß der „Löhnerhort“ Unterstützungen in großem Umfange auch an andre Beamten auszahle. Die Summe dieser Unterstützungen ist größer als die von Unterbeamten an den Verein geleisteten Beiträge. (Hört! hört!)

Abg. Singer (Soc.): Ich glaube einem Wunsche des gesamten Reichstages Ausdruck zu geben, wenn ich die Hoffnung ausspreche, daß im nächsten Etat endlich das Anfangsgeld der Landbriefträger von 700 auf 800 M. erhöht werden wird. Bei uns wird der Herr Staatssekretär bei dieser Forderung auf seiner Seite auf Schwierigkeiten stehen. (Bravo!)

Das Kapitel wird hierauf bewilligt.

Bei den „Stellenzulagen“ begrüßt Abg. Eichhoff die Verbesserung der Stellenzulagen für Ober-Postassistenten und Ober-Telegraphenassistenten und für etatsmäßig angestellte Assistenten und hofft, daß darin fortgeschritten wird.

Der Titel wird bewilligt.

Beim Titel „Postagenten“ teilt

Staatssekretär Kraetke mit, daß unter diesen Postagenten sehr viele Personen sind, die einer Unterstüfung, sobald ihnen die Agentur abgenommen wird, gar nicht bedürfen. Eine Pension kann ihnen nicht gewährt werden, da über 45 Proz. dieser Agenten über 50 Jahre alt sind, wenn sie dies Amt übernehmen. In einzelnen Fällen wird denjenigen, die in Not geraten, eine Unterstüfung bis zu 250 M. jährlich gewährt.

Der Titel wird bewilligt, ebenso debattelos der Rest des Ordinariums.

Beim Extra-Ordinarium hat die Kommission von der zweiten Rate von 330 500 M., die zur Erwerbung eines Grundstücks für neue Postbetriebsanlagen am Schlesiischen Bahnhof in Berlin bestimmt ist, 200 000 M. abgesetzt, weil der Preis zu hoch erschien.

Staatssekretär Kraetke: Die Budgetkommission hat die Forderung auf Erwerb eines Grundstücks am Schlesiischen Bahnhof für durchaus gerechtfertigt und im dienstlichen Interesse liegend anerkannt. Aber der Preis erschien zu hoch, und es schien eine Ausnutzung der bedrängten Situation der Postverwaltung zu sein, daß eine so hohe Summe gefordert wurde. Die Folge war die Herabsetzung der Summe um 200 000 M. Ich habe mich daraufhin mit dem Verkäufer in Verbindung gesetzt und ihm gesagt, daß er den Preis ermäßigen müsse. Es ist mir gelungen, eine Ermäßigung des Preises auf 235 000 M. zu erzielen. (Lebhaftes Hört! hört!) Nachdem so dem Wunsche der Budgetkommission Rechnung getragen worden ist, kann ich das Haus nur bitten, den ursprünglichen Antrag zu bewilligen.

Abg. Eichhoff stellt als Berichterstatter den entsprechenden Antrag.

Abg. Singer (Soc.):

So sehr ich mich freue, daß es dem Herrn Staatssekretär gelungen ist, eine nicht unerhebliche Herabsetzung des Kaufpreises herbeizuführen und so wenig ich die Absicht habe, der Bewilligung der vollen Summe zu widersprechen, so sehr muß ich bedauern, daß es erst der sehr energischen Intervention der Budgetkommission bedurfte, um die Verwaltung zu veranlassen, einen Versuch auf Preisherabsetzung zu machen. Die Postverwaltung hat in der Budgetkommission mit einer Energie, die einer besseren Sache würdig gewesen wäre, auf dem Ankauf des Grundstücks zum vorgeschlagenen Preise bestanden. Erst das einstimmige Votum der Kommission hat dann zu neuen Verhandlungen geführt. Man kann von der Postverwaltung nicht verlangen, daß sie ganz fehlerlos ist. Das wäre auch schwer zu erreichen, allem den Sachverhältnissen in der Verwaltung hätte es doch nicht entgehen dürfen, daß die an dieser Stelle für Hinterland geforderten Preise exorbitant hoch sind. Die Erfahrungen, die wir in der Kommunalverwaltung mit Grundstücksverwertungen machen, sollte sich doch auch die Reichsverwaltung zu Nutzen machen. Wenn das Reich immer teurer laufen muß, so liegt das wohl daran, daß den Herren, denen ich durchaus keine mala fides zutraue, immer das Gespenst vorhwehlt, wenn wir nicht zugreifen, bekommen wir das Terrain nicht, und deshalb werden so hohe Preise bewilligt. Der Vorgang, der uns hier beschäftigt, steht nicht ganz vereinzelt da. Ich misgönne ja den Verkäufern ihre Profite in Grundstücksverkäufen nicht. Es gehört zu unserer Wirtschaftsordnung, daß der Wert des Grund und Bodens durch den wachsenden Verkehr, der das Werk der Gesamtheit ist, steigt, ohne daß die Verkäufer irgend eine Arbeit dabei zu leisten haben. Man kann von dem einzelnen nicht verlangen, daß er auf eine so erzielte Wertsteigerung verzichten soll, aber durch williges Eingehen auf exorbitante Forderungen durch die Reichs-Verwaltung wird dieser Vorzug nur unterstellt. (Sehr richtig! bei den Soc.) Man hätte gut, bei solchen Geschäften nicht namens der Reichs-Verwaltung zu verhandeln und als Käufer aufzutreten, denn dann werden besonders hohe Forderungen gestellt. Man sollte sich an zuverlässige reelle Leute wenden und sich von diesen die Terrains an die Hand geben lassen, ohne daß die Verkäufer zu wissen brauchen, auf welchen Rechnung die Anläufe geschehen sollen. Abgriffe sind natürlich auch auf diesem Wege nicht ausgeschlossen. Es kann geschehen, daß über die Person des Käufers das Geheimnis nicht bewahrt bleibt. Im großen und ganzen dürfte die Verwaltung aber bei der Ankaufnahme der Vermittlung von vertrauenswürdigen Personen, die ihr dauernd attached sind, besser als jetzt fahren. Vor einem Systeme möchte ich die Verwaltung warnen, das unter dem Vorgänger des Herrn Kraetke nicht vereinzelt vorgekommen ist, vor dem Systeme, durch bestimmte Personen Terrain ankaufen zu lassen und diesen dann das Terrain mit nicht unerheblicher Erhöhung des Preises abzunehmen. Einem Einwande möchte ich noch begegnen, der sich gegen meinen Vorschlag erhoben hat. Ich bin mir sehr wohl bewußt, daß das Bürgerliche Gesetzbuch das Verfahren, sich durch Schlichter den Ankauf durch Vermittler sichern zu lassen, etwas erschwert hat. Während früher die Schlichter ohne Kosten waren, ist jetzt der notarielle Vertrag erforderlich. Aber die Kosten, die dadurch entstehen, könnte die Verwaltung ruhig auf sich nehmen und eine entsprechende Forderung im Etat einstellen. Sie würde dann immer noch besser fahren als jetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Kraetke:

Der Rat des Herrn Vorredners ist ganz richtig, aber nicht immer ausführbar. Die Postverwaltung hat immer den gangbarsten Weg gewählt und die Verhandlungen so geführt, wie sie sich am besten für sie stellten. Die Schwierigkeit liegt darin, daß das Publikum das erforderliche Terrain so billig wie möglich zu erhalten, dann würde ihm der Verkäufer ins Gesicht lachen und ihm sagen: ich weiß ja ganz genau, für wen du verhandelst. Dann ist es auch sehr schwer, den Verkäufer zu veranlassen, sich auf 6 bis 9 Monate zu binden. Die Verwaltung kann gar nichts anderes thun, als in jedem Falle nach bestem Verfahren zu handeln. Der Wert der Terrains am Schlesiischen Bahnhof, die in Frage kommen, war uns wohl bewußt, aber wir standen in einer Zwangslage. Das noch vorhandene Terrain und das, was die Eisenbahn und abzutreten hatte, reichte nicht aus, und wir hätten, wenn wir das neue Grundstück nicht erworben hätten, um 100 000 M. jährlich teurer und ungewisser gewirtschaftet. Wir haben geduldet auf den Verkäufer und auch eine gewisse Ermäßigung erzielt. Dann kamen die Verhandlungen in der Budget-

kommission. Natürlich macht es Eindruck auf einen Mann, wenn es heißt, er solle auf ein Geschäft von 1 1/2 Millionen Mark verzichten. Dazu kam, daß der betreffende Besitzer sich bereits andres Terrain in Niddorf gesichert hatte und daß ihm deshalb daran lag, mit uns zum Abschluß zu kommen. Daraus erklärt sich die Preisermäßigung.

Abg. Singer (Soc.):

Ich wollte dem Staatssekretär nicht Bortollurfe machen, ich konstatiere nur, daß das Reich hier gegen den Willen der Reichs-Postverwaltung 235 000 Mark erspart hat. Wäre die Budgetkommission nicht gewesen, so wäre dem Besitzer die höhere Summe ruhig ausgezahlt worden. Noch einen anderen Weg möchte ich der Verwaltung empfehlen. Hat man es mit einem Käufer zu tun, der die Zwangslage der Verwaltung ausnutzen will, so wäre es richtig, wenn man das Expropriationsverfahren anwenden wollte. Daß ein öffentliches Interesse vorliegt, wird nicht bestritten werden können. Natürlich darf man nicht in der Vorverhandlung schon einen hohen Preis bewilligen. Denn dann würde der Verkäufer einwenden, daß die Verwaltung schon selbst zugegeben habe, daß sein Terrain sehr viel wert sei. Wenn der Herr Staatssekretär sagte, jene Herren hätten sich bereits andres Terrain gesichert, so bin ich fest überzeugt, daß sie sich das Terrain nur haben an die Hand geben lassen und den definitiven Abschluß erst machen werden, wenn sie genau wissen, daß sie das alte Terrain abgeben müssen. So handeln vorichtige Geschäftsleute. Die Gefahr, daß die Terrains der Reichs-Postverwaltung entzogen würden, war jedenfalls außerordentlich gering. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Die geforderte Summe wird hierauf voll bewilligt.

Zur Erwerbung eines Grundstücks in Obweiler werden gefordert: 124 500 M. Die Kommission hat von dieser Summe 50 000 M. abgesetzt.

Der Reichstag beschließt demgemäß.

Der Rest des Extra-Ordinariums wird debattelos bewilligt.

Bei den Einnahmen erklärt Staatssekretär Kraetke auf einige Anfragen des Abg. Biele, daß das System der württembergischen Postanweisungen, an die ein besonderes Formular zu brieflichen Mitteilungen angeheftet ist, seine großen Schattenseiten habe und sich nicht zur Nachahmung für das Reich eigne. Ein internationaler Paketdienst für Pakete über 5 Kilogramm wäre wünschenswert, ist aber schwer durchführbar, da wir im Inland ein Einheitsporto für solche Pakete haben. Postfreiheit für Korrespondenzen der Handelskammern kann ich nicht in Aussicht stellen. Eine Verbilligung der Fernsprech-Gebühren nach Holland wird angestrebt.

Die Einnahmen werden bewilligt, damit ist der Post-Etat erledigt. Ebenso wird der Etat der Reichsdruckerei ohne Debatte bewilligt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Petitionen, Etat des Reichs-Zubehörfonds und des Reichs-Eisenbahn-Amtes.) Schluß 3/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung vom Montag, den 2. März, 1 Uhr.

Am Ministertische: Ministerpräsident Graf Bülow, Stadt-Präsident v. Hammerstein, Rüdde.

Auf der Tagesordnung steht die Interpellation der Abgg. Bachmann (natl.) und Geissen: „Hat die königliche Staatsregierung Kenntnis davon genommen, daß die katholische Geistlichkeit in Trier im Anschluß an einen Erlaß des dortigen Bischofs von der Kanzel eine Erklärung verlesen hat, welche katholische Eltern, deren Kinder die staatliche höhere Mädchenschule in Trier besuchen, mit kirchlichen Mitteln bedroht?“

Zu welcher Weise beabsichtigt sie die staatliche Autorität auf dem Gebiete des Schulwesens diesen geistlichen Übergriffen gegenüber zu wahren?“

Ministerpräsident Graf Bülow erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Zur Begründung nimmt das Wort

Abg. Hasenberg (natl.):

Der Kampf um die Schule, der bisher mit kleinen Mitteln geführt worden ist, scheint jetzt mit stärkerer Heftigkeit und von einer breiteren Operationsbasis ausgeführt werden zu sollen. Auf Geheiß des Bischofs Korum in Trier hat am 13. Februar die Trierer Geistlichkeit einen Kanzelerlaß verlesen, wonach es den katholischen Eltern nicht erlaubt sei, ihre Kinder in konfessionslose Schulen zu schicken. Falls katholische Eltern „ohne die notwendigen Vorrichtungsmaßregeln“ ihre Kinder einer solchen Schule überweisen, verurteilten sie sich schwer und gehen der Gnade der Absolution verlustig. Diese Kanzelverfügung bildet den Ausgangspunkt unserer Anfrage an die Regierung. Dazu kommt eine vom Bischof Korum veröffentlichte Proklamation, in der er sein Vorgehen rechtfertigt. Wir wollen mit unsern Anfragen seinen neuen Kulturkampf hervorgerufen, sondern nur die Regierung veranlassen, alles zu thun, um einen neuen Kulturkampf unseligen Ansehens von vornherein zu ersticken. (Lebhaftes Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Ich will nicht auf den Frankfurterkrieg eingehen, mit dem die „Trierische Landeszeitung“ das Vorgehen des Bischofs vorbereitet und verteidigt hat, ich halte mich einzig und allein an die geistliche Basis, auf der sich das Vorgehen des Bischofs von Trier und seiner Geistlichkeit aufbaut. Das ist die Auffassung, die die römische Kirche von allen nicht der unbedingten Autorität der Kirche unterstehenden Schulen hat, daß sie schlecht sind und daß in ihnen perniciosissima docendi ratio (die verderblichste Lehrart) betrieben wird. Wer diese Auffassung hat, darf konsequenterweise nicht leiden, daß solche Schulen gegründet und besucht werden. Die römische Kirche sucht den Besuch dieser Schulen auf jede Weise zu verhindern; sie erteilt den darin unterrichtenden Religionslehrern nicht die missio canonica (kirchliche Verurteilung) und bedroht sie mit der Strafe der Exkommunikation. So sucht sie den Glauben zu erwecken, als ob auf diesen Schulen gegen den Glauben und gegen die gute Sitten unterrichtet werde. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Dies Vorgehen richtet sich besonders gegen paritätische Schulen an solchen Orten, wo gleichzeitig katholische Schulen vorhanden sind, es müßte dann eine causa gravis (ein zwingender Grund) zu Gunsten der paritätischen Schule vorliegen. Eine der Hauptaufgaben, die von der katholischen Kirche verlangt werden, falls sie den Besuch einer paritätischen Schule gestattet, richtet sich dahin, daß die Eltern sich über alles unterrichten müssen, was auf diesen Schulen vorgeht, und daß die katholischen Schülerinnen sich jeden Verkehr mit Protestantinnen und Jüdischinnen enthalten. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Auf dieser geistlichen Basis baut sich das Vorgehen des Bischofs von Trier auf, auf Grund dieser Auffassung hat er schon 1883 einen Erlaß an die Geistlichkeit verfaßt. Diese Auffassung stimmt überein mit zahlreichen Kundgebungen des Papstes und mit den Ansichten der katholischen Moralphilosophen. Vom Standpunkt der römischen Kirche ist das Vorgehen des Bischofs Korum in Trier durchaus korrekt. Es kennzeichnet wieder einmal die letzten Ziele der römischen Kirche auf dem Gebiete der Schule. (Lebhaftes Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die grundsätzlichen Forderungen der römischen Kirche werden festgehalten aller neueren Gesehgebung zum Trotz. Aber in der Praxis drängt und bringt man nicht immer auf die Durchführung dieser theoretischen Forderungen. Die römische Kirche kam auch toleranter sein; die Bischöfe verbergen und übersehen unter Umständen die Zwischendungen gegen die kirchlichen Forderungen. Man kann es also

etnem temperamentvollen und für seine Ideale begeisterten Bischof gar nicht bedenken, wenn er handelt wie Bischof Korum. In einem anderen Falle hat ein Kardinal in Amerika in seinem Sprengel sämtliche katholischen konfessionellen Schulen aufgehoben und den Besuch der konfessionellen Schulen empfohlen. (Hört! hört! links.) Das ist dasselbe, was Bischof Korum als schlimmste Sünde verdammt! Bischof Korum meint in seinem Erlaß, die Zeit des Schweigens sei vorüber und die Zeit des Redens sei gekommen! (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Das geschieht in einer Zeit, wo doch am allerwenigsten die katholische Kirche in Deutschland sich über mangelndes Entgegenkommen zu beklagen hat! (Große Unruhe und Widerspruch im Centrum.) Das Vorgehen des Bischofs hat in unserm Volke die tiefste Erregung hervorgerufen, eine Erregung, die selbst in die Kreise der guten, einwandfreien frommen Katholiken hineingebungen ist. (Lachen im Centrum.) Was Bischof Korum damit den Eltern angethan hat, gehört nicht vor unser Forum, wohl aber das, was er damit gegen den Staat unternommen hat. (Zustimmung links.) In den vierzehn Tagen, die die Regierung für die Diskussion dieser Angelegenheit freigegeben hat (Heiterkeit), hat sich überall die Auffassung befestigt, daß es sich hier nicht um eine lokale, sondern um eine die Allgemeinheit aufs höchste interessierende Angelegenheit handelt. Die katholische Presse sucht es so darzustellen, als ob es nur eine interne Angelegenheit der katholischen Kirche sei. Ist etwa eine Kriegserklärung eines fremden Staates gegen uns eine interne Angelegenheit dieses Staates? (Sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Man hat endlich geglaubt, die Regierung würde nur dies eine Symptom zu beseitigen trachten durch Aufhebung eines heilsamen Pfälzergesetzes. (Heiterkeit bei den Nationalliberalen.) Nun ist auch gelangt worden, die Regierung könne mit vornehmer Mißachtung an diesem Vorgang vorbeigehen. Ich halte das für sehr bedenklich. Die vornehme Mißachtung würde doch wohl in weiten Kreisen als Furcht ausgelegt werden. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Es könnte auch für andre ein Anreiz werden, in die Fußstapfen des Bischofs Korum zu treten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Es müßte auch befürchtet werden, daß ein ähnliches Vorgehen auch den Knabenschulen gegenüber angewendet würde. Von der höheren Mädchenschule bis zur höheren Knabenschule ist nur ein Schritt. (Heiterkeit.) Redner verliest aus einer päpstlichen Encyclica eine Stelle, wonach es als erstrebenswert bezeichnet wird, daß Knaben nicht mehr in gemischt-konfessionellen Schulen unterrichtet werden sollen. Das Land hat ein Recht darauf, die Stellung der Regierung kennen zu lernen. Dazu Gelegenheit zu geben, ist unsre Interpellation gestellt.

Es liegt uns natürlich fern, kleinliche Repressalien gegenüber dem Bischof zu fordern. Es handelt sich hier um einen großen geistigen Kampf, in dem man nicht mit kleinlichen polizeilichen Mitteln vorgehen darf. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Regierung muß aber gegen solche, den konfessionellen Frieden störende Bestrebungen energisch einschreiten. Die Auffassung der königlichen Staatsregierung von der Schule ist diametral der der katholischen Kirche entgegen gesetzt. (Sehr richtig! links.) Wir erwarten von der königlichen Staatsregierung eine Erklärung, daß sie ihrerseits unter keinen Umständen gewillt ist, von ihren Schuleinrichtungen irgend etwas preiszugeben. (Sehr richtig! links.)

Das Vorgehen des Bischofs ist ein Einzelfall, aber es ist ein Wetterzeichen. Unter einem solchen Wetterzeichen müßte die Staatsregierung Veranlassung nehmen, ihren ganzen Standpunkt in der Kirchenpolitik einer Revision zu unterziehen. Ich bin der Meinung, daß die Regierung etwas mißfällig an dem Vorgehen des Bischofs Korum ist, durch die Parteilichkeit, durch die Fremdbillichkeit, die sie gegen derartige Uebergriffe bisher zur Schau getragen hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die Staatsregierung muß jetzt von der Periode des Schweigens in die Periode des Redens übergehen. Mir liegt es fern, in konfessioneller Beziehung irgendwo daß zu säen. (Lachen im Centrum.) Es ist oft anerkannt worden, daß sich die katholische Kirche nirgends so gut befindet wie in Preußen. Es soll der Ruhm in unserm Vaterlande bleiben, daß unter der Krone der Hohenzollern jeder nach seiner Façon selig werden kann. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.) Wir wollen Gerechtigkeit über allen Konfessionen gegenüber. Mit der Politik der Freundlichkeit, die die königliche Staatsregierung treibt, mag sie ja die beste Absicht haben.

Wenn die Regierung aber einseht, daß diese Politik der Freundlichkeit, des mutigen Zurückweichens, der großen und kleinen Gaben einen modus vivendi nicht zuläßt, so muß sie von diesem modus vivendi übergehen zum modus belli gerendi (des Kampfes). (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Wir erwarten, daß die königliche Staatsregierung uns eine Antwort geben wird, die Verhütung im Lande schafft, eine Antwort, die ein ähnliches Vorgehen der Kaiserlichen unmöglich macht. Sollten wir uns getäuscht sehen, so haben wir unsre Pflicht und Schuldigkeit getan. Viderant consules, neguid detrimentum res publica capiat. (Wöge die Regierung wachen, daß der Staat nicht Schaden leide.) (Lebhafte Beifall und Händeklatschen bei den Nationalliberalen.)

Zur Beantwortung der Interpellation nimmt das Wort Ministerpräsident Graf Bismarck:

Bevor der Herr Kultusminister auf die Einzelheiten näher eingehen wird, möchte ich folgendes sagen: Ich muß zunächst meinem tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie der Bischof von Trier durch sein Vorgehen den konfessionellen Frieden gefährdet hat (Bravo! bei den Nationalliberalen.), den aufrecht zu erhalten das größte und bis jetzt erfolgreichste Streben der Igl. Staatsregierung gewesen war. Mein Bedauern ist um so lebhafter, als ich zu diesem plötzlichen Vorstoß der Bischof von Trier weder mit noch dem Herrn Kultusminister gegenüber wegen der Trierer Schulverhältnisse irgend welche Schritte gehen hatte. (Hört! hört! bei den Nationalliberalen.) Auch daran möchte ich erinnern, daß meines Wissens weder im Pleban noch in der Kommission dieses hohen Hauses über das Lehrereinnahmenseminar und über die staatliche höhere Mädchenschule irgend welche Veranlassung erhoben worden war. Die Statistiken wurden regelmäßig anstandslos bewilligt. Das Vorgehen des Herrn Bischofs in Trier war um so auffälliger, als auch ihm bekannt sein mußte, daß ich es als meine Pflicht betrachtete, Gerechtigkeit zu üben gegen die Angehörigen beider Konfessionen, ohne Kleinlichkeit, ohne Engbergigkeit gegenüber den einen oder den andern. Der Herr Bischof von Trier konnte nach meiner ganzen politischen Vergangenheit nicht im Zweifel darüber sein, wie aufrichtig ich bemüht bin — das sage ich auch gegenüber gewissen Angriffen des Vorredners —, berechnete Klagen untrer katholischen Mitbürger wirksam abzuwehren. Der konfessionelle Zwiespalt, welcher durch das deutsche Volk geht, nötigt uns, uns ineinander zu schließen und uns miteinander einzurichten. Das aber ist nur möglich auf dem Boden eines praktischen modus vivendi, das ist nur möglich auf dem Boden der Thatfachen, denn Principien sind unverböhnlich. Wenn sich Principien gegeneinander aufstößen, ist keine Verständigung möglich. Principielle Gegensätze mögen und sollen ausgefochten werden auf geistigem Gebiete, mit geistigen Waffen. Wir müssen dennoch trachten, miteinander anzukommen. Wenn auf der einen Seite der Herr Bischof von Trier und auf der andern Seite der Herr Vorredner die Forderung übernehmen würde, so würden wir uns morgen wieder im Kulturkampf befinden. (Lebhafte Dho! bei den Nationalliberalen.) Wir können Preußen nicht so regulieren, daß wir nur Protestanten oder nur Katholiken haben. Wir müssen dem konfessionellen Zwiespalt begegnen im Zeichen der Gerechtigkeit; von Seiten des Staates durch eine objektive Geschäftsführung, von Seiten der Konfessionen durch gegenseitige Duldsamkeit und durch Achtung der Rechte und der Würde des Staates. Das hat leider der Bischof von Trier außer Acht gelassen, als er eine so scharfe Form wählte, welche das Zustandekommen einer Verständigung im hohen Grade zu gefährden geeignet war. Es liegt im Interesse des Staates, die Zwangsgrenzen in der Diözese Trier zu beseitigen. Vor allem muß die Staatsregierung erwarten, daß der Bischof von Trier sein Publikandum zurücknimmt. (Lebhafte Zustimmung links.)

Nach dem Vorgehen des Bischofs ist die Regierung nicht in der Lage, die Angelegenheit mit ihm direkt zu erörtern. Sie hat vielmehr den künftigen Gesandten bei der päpstlichen Kurie aufgegeben, die Aufmerksamkeit der Kurie auf das Vorgehen des Bischofs von Trier zu lenken. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Kurie dafür sorgen wird, daß dieser Zwischenfall ohne weitere für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche störende und für die Allgemeinheit schädliche Folgen bleiben wird. (Beifall.)

Kultusminister Dr. Staudt hebt hervor, daß seitens des Bischofs von Trier keine Beschwerde über die Trierer Mädchenschule an die Regierung gelangt sei. Die Regierung hat eine Untersuchung geführt, ob das jetzige Verhalten des Bischofs Korum irgendwie berechtigt ist und muß diese Berechtigung bestreiten. Die höhere Mädchenschule ist im Jahre 1878 auf einstmigen Beschluß der städtischen Behörden von Trier als paritätische Anstalt gegründet. Im Jahre 1887 übernahm der Staat die Anstalt, zu der inzwischen noch ein Lehrerinnen-Seminar hinzugekommen war, von der Stadt. Die Schule ist nicht konfessionslos, sie ist paritätisch. Kein Katholik ist gezwungen, seine Kinder in die paritätische Schule zu schicken, denn es sind noch zwei katholische Privatschulen da, deren eine von den Urschülerinnen geleitet wird. Aber gerade die Staatschule wurde von den katholischen Eltern bevorzugt. Zur Zeit besuchen neben 168 evangelischen und jüdischen Schülern 202 katholische Schülerinnen die Schule. (Hört! hört! links.) Es unterrichten heute 8 evangelische und 12 katholische Lehrer an der Schule. Die Zusammenlegung des Lehrkörpers ist also gewiß nicht unparitätisch. Im dem Seminar ist allerdings der Unterricht in Deutsch und Geschichte ausschließlich von evangelischen Lehrkräften ausgeübt worden. Ich habe aber bereits angeordnet, daß für diesen Unterricht eine katholische Lehrkraft herangezogen wird. Der einen Klasse, in der vornehmlich Katholikinnen laien, ist Luthers Sendzschreiben zur Lektüre übergeben worden. Ich habe angeordnet, daß dieses Schriftstück mit seinen starken Ausfällen nicht ohne Kommentar und besonderen Hinweis auf das Temperament des Verfassers zur häuslichen Lektüre übergeben wird. Verlesen mögen hier und da vorgekommen sein. Der Lehrkörper der Trierer Anstalt verdient alle Anerkennung. Beide Konfessionen leben im besten Einvernehmen. Die Schüler werden in Gottesfurcht, Königstreue und Vaterlandsliebe zu allem Guten erzogen. Ich hoffe bestimmt, daß das Vorgehen des Bischofs Korum vereinzelt bleiben wird (Lachen links.) und die übrigen Herren Bischöfe ihm nicht zustimmen werden. Einem etwa uns aufgezwungenen Kampfe aber sehen wir mit Ruhe entgegen in dem Bewußtsein, daß das Recht auf unsrer Seite ist. Die Regierung wünscht den Kampf nicht, wird er ihr aber aufgezwungen, so wird sie ihn mit Festigkeit aufnehmen und alle Maßregeln ergreifen, die zur thätigsten Wahrung wichtiger Lebensinteressen des Staates oder zur Sicherung des konfessionellen Friedens unbedingt notwendig sind. (Beifall.)

Abg. Dr. Dietrich (C.): Ich bin erfreut, aus der Rede des Ministerpräsidenten ein scharf ausgesprochenes Rechtsbewußtsein herausgehört zu haben. Er hat betont, daß gegen Katholiken und Protestanten gleiche Gerechtigkeit geübt werden müsse. Mir ist vom Plane eines neuen gewaltigen Kampfes, zu dem das Vorgehen des Bischofs das Wetterleuchten sein sollte, nichts bekannt. Gewiß besteht ein Kampf um die Schule, aber nicht um die Herrschaft in der Schule, sondern um den Geist in der Schule. (Lautes Lachen links.) Die Kirche kann nicht darauf verzichten, in den katholischen Schulen auch den katholischen Geist zur Geltung zu bringen. Das gilt besonders von der Elementarschule. Die katholische Kirche wird auch nie darauf verzichten, daß keiner den Religionsunterricht erteilen darf, der nicht dazu die besondere kirchliche Ermächtigung erhalten hat.

Die Dinge scheinen mir sehr aufgebauscht zu sein. (Dho! bei den Nationalliberalen.) Es ist in der Interpellation die Rede von kirchlichen Zuchtmitteln. Die Absolution ist aber ein Sakrament, dessen Erteilung einen rein dogmatischen Charakter hat. Es handelt sich nicht um die Androhung von kirchlichen Strafen, sondern um eine Belehrung über die Voraussetzungen zum würdigen Empfang eines Sakraments. Warum man in Trier eine etwas ungewöhnliche Form für diese Belehrung gewählt hat, erklärt sich aus den besonderen dortigen Verhältnissen. Ich erinne daran die Explosion eines Jähstochers, der sich in 25 Jahren allmählich angehäuft hat. (Unruhe links.) Es handelt sich nur um eine allerdings etwas ungewöhnliche Form der Belehrung. (Gelächter links.) Freilich ist diese Aktion nicht eine rein dogmatische, sondern auch eine disziplinäre Maßregel. Wer gegenüber einer solchen ein Eingreifen der Regierung verlangt, der fordert etwas, was die Regierung nicht leisten kann und darf, eine Erneuerung des Kulturkampfes!

Die Interpellation charakterisiert das Vorgehen des Bischofs als einen Angriff gegen eine staatliche Schule. Dies Vorgehen richtet sich aber nicht gegen eine staatliche oder kommunale Schule, sondern gegen eine paritätische Schule (Lachen bei den Nationalliberalen.), eine Schule, die dem katholischen Ideale nicht entspricht. Wir fordern konfessionelle Schulen und konfessionelle Bildungsanstalten für die Lehrer wie für die Lehrerinnen. Diese Forderung richtet sich nicht gegen den konfessionellen Frieden. Wir befinden uns in dieser Auffassung in voller Uebereinstimmung mit der konservativen Partei und mit der Unterrichtsverwaltung und Unterrichtspraxis seit fast einem Jahrhundert. Allerdings müssen wir uns schwerwiegenden Gründen in Fällen äußerster Not uns mit paritätischen Schulen abfinden. Ideale sind oft nicht erreichbar. Wenn Bischof Korum solche Konzeptionen nicht machen konnte, so liegt das an den ganz singulären dortigen Verhältnissen. Es lag in Trier keinerlei Bedürfnis zur Gründung einer paritätischen Mädchenschule vor. In dem paritätischen Lehrerinnen-Seminar gab es 72 katholische und nur 18 evangelische Besucherinnen. (Hört! hört! im Centrum.) Die Schuld an der unliebsamen Entwicklung der Trierer Schulverhältnisse tragen vor allem die lokalen Aufsichtsbehörden. Nach den Zusicherungen des Ministers läßt sich erwarten, daß es in Trier alsbald zu einer Einigung kommt, was jeder kirchlich gesunnte Mann nur mit Freuden begrüßen könnte. (Beifall im Centrum.)

Abg. Dr. Friedberg (natl.): Es hat uns mit Genugthuung erfüllt, daß der Ministerpräsident die staatliche Autorität unter allen Umständen wahren zu wollen erklärte. Dagegen bedauern wir es außerordentlich, daß er die schwebenden Fragen zur Entscheidung der römischen Kurie als höchster Instanz vorlegen will. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Wir hätten es für richtiger gehalten, wenn seitens der Regierung unmittelbare Abwehrmaßregeln gegen das störende Vorgehen des Bischofs Korum ergriffen würden. (Unruhe im Centrum.) Der Ministerpräsident wird die Sache gewiß durchaus diplomatisch behandeln, ich bezweifle aber, ob er in Rom etwas erreichen und Vorbeeren für Preußen erlangen wird. Auf jeden Fall wünschen meine Freunde nicht, daß er durch Konzeptionen Vorteile für den Staat zu erreichen sucht. (Lebhafte Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die do ut des-(Aushandels-)Politik gegenüber Rom hat dem preussischen Staate immer nur Nachteile gebracht. (Lebhafte Zustimmung links.) Ueberrast hat mich die Charakterisierung meines Freundes Hadenberg als eines Kulturkämpfers im Geiste. Diese Worte des Grafen Bismarck waren mir geradezu unbegreiflich. Abgeordneter Hadenberg hat mit einer betwundernswürdigen Objektivität gesprochen. (Sehr wahr! bei den Nationalliberalen.) Lebhafte Widerspruch im Centrum.) Wir wünschen keinen neuen Kulturkampf, wohl aber, daß der Ministerpräsident endlich zu der Ueberzeugung gelange, daß er mit einem Entgegenkommen gegen das Centrum nicht weiter kommt, und daß er endlich die starke Position ausruhe, die die Regierung in unserm Vaterlande Gott sei Dank noch inne hat. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.) Ohne Zweifel ist Bischof Korum selbst der Urheber der unerfreulichen Verhältnisse in Trier. Wir hoffen, daß die Regierung unbedingt festhält an dem paritätischen Charakter der höheren Mädchenschule zu Trier und niemals einer Beseitigung dieses Systems zustimmt. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.) Die katholische Kirche ist berechtigt, der preussischen Staatschule Konkurrenz zu machen und

ihre in katholischen Gegenden gewissermaßen das Blut auszusaugen. Wir aber wollen nicht, daß die Erziehung der staatlichen Schule gefährdet werde durch ultramontane Ansprüche. Bischof Korum hat geradezu unverantwortlich gehandelt, indem er in einem Moment, wo die Parteien sich zusammenschließen müssen auf dem gemeinsamen Boden des Vaterlandes, eine solche Brandfackel in unserm Vaterland hineinschleudert hat. (Sehr richtig! b. d. Natl. Leb. Dho!-Rufe im Centrum.) Diese Verweigerung der Absolution bedeutet die Boykottierung einer preussischen Staatschule. (Sehr richtig! links.) Dr. Dietrich sagte, diese Verweigerung sei weiter nichts gewesen als eine etwas ungewöhnliche Beteuerung. Nun, ich habe die Ausführungen des Kollegen Dietrich als eine etwas ungewöhnliche Beteuerung empfunden. (Große Heiterkeit und sehr gut! bei den Nationalliberalen.) Wir verlangen, daß der Staat tapfer und unentwegt eintrete für die paritätische, staatliche Schule. (Lebhafte Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (L.) verliest namens seiner politischen Freunde folgende Erklärung: Wir betrachten die Frage, ob und wie katholische Kirchenbehörden kirchliche Zuchtmittel anwenden, im allgemeinen als eine innere kirchliche Angelegenheit, wir können aber im Staatsinteresse daran nicht vorbeigehen, wenn unter Androhung solcher Maßnahmen der Bevölkerung generell der Besuch einer staatlichen Schule unterjagt wird. In dieser Hinsicht betrachten wir das Vorgehen der Trierer Geistlichkeit zwar nur als einen lokalen Vorgang, in welchem aber doch als einen solchen, der vom staatlichen Standpunkt aus nicht hingenommen werden kann. Es wäre richtiger gewesen, wenn der Bischof von Trier durch Abordnung oder Zulassung eines geeigneten Religionslehrers es ermöglicht hätte, daß die Religionslehre an der Mädchenschule und dem Seminar ausreichend wahrgenommen wurde. Wir stehen grundsätzlich auf dem Boden der konfessionellen Schule, aber die Volksschule einerseits und die mittleren und höheren Schulen andererseits dürfen nicht ganz mit demselben Maßstab gemessen werden. Von diesem Standpunkt aus bedauern wir das Verhalten der katholischen Geistlichkeit in Trier und erachten es als eine Pflicht der Behörden, eine Zurücknahme oder angemessene Aenderung der erfolgten Maßregeln in einem Sinne herbeizuführen, der der Würde und den Interessen des Staates entspricht. (Bravo! rechts.)

Abg. Frhr. v. Jedlich (H.): Ganz so milde wie mein Vorredner kann ich doch nicht urteilen. (Heiterkeit.) In der ganzen Bevölkerung hat das Vorgehen des Bischofs in Trier wie ein Blitzstrahl aus heiterem Himmel gewirkt. In der jetzigen Zeit wäre es die Aufgabe aller christlichen Konfessionen, gemeinsam zu kämpfen gegen Bestrebungen, die sowohl die Grundlagen des Staates wie der christlichen Religion umstürzen wollen. Wir hätten nichts dagegen, wenn die katholische Kirche nur akademisch ihre Forderungen verträte. Aber sie darf sie nicht in die That umsetzen. Vor allen Dingen muß aber beurteilt werden, daß die Boykottierung von der Kanzel herab proklamiert worden ist. (Zustimmung.) Die Ausführungen des Herrn Dietrich haben wohl mehr Bewunderung erregt, als überzeugend gewirkt. (Sehr richtig!) Das Vorgehen des Trierer Bischofs bedeutet eine Provokation, die sich kein Staat gefallen lassen würde. Hoffentlich findet das unqualifizierbare Vorgehen des Bischofs von Trier, ohne Rücksicht auf die Verhandlungen in Rom, seine volle Sühne. (Beifall.)

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Bp.) giebt im Namen seiner Freunde folgende Erklärung ab: Nach unserer Auffassung ist das Verhalten des Bischofs Korum geeignet, die Gefühle Andersdenkender aufs tiefste zu verletzen. Die Angriffe des Bischofs Korum auf den paritätischen Unterricht sind um so weniger zu verantworten, als sie nicht durch besondere Verhältnisse erklärlich erscheinen. Die katholische Kirche unterscheidet zwischen dem, was sie unbedingt verteidigen muß, und dem, was ertragen werden kann: tolerari posso. Der heutige modus vivendi wäre ohne das tolerari posso nicht zu erreichen gewesen. Nur die Anwendung dieses Grundgesetzes hat dem Staate die Möglichkeit, gewisse „Waffen“ auf dem Festboden niederzuliegen, gegeben.

Auf wirtschaftspolitischen Gebiete sind gegenwärtig die Gegensätze auf das schärfste zugespitzt. Auch die Verschärfung der Klassen-gegenstände macht sich immer weiter bemerkbar. Wenn nun auch auf konfessionellen Gebiete Zwietracht gefäet wird, dann ist zu befürchten, daß vor Dah und Ertritterung ein gefährliches Zusammenwirken aller auch in solchen Fragen, deren Lösung allen gleich am Herzen liegt, nicht mehr möglich sein wird. Wir erwarten von der Staatsregierung, daß sie den konfessionellen Frieden in Trier wiederherstellt und die Rechte des Staates nach jeder Richtung hin zur Geltung bringt. (Beifall links.)

Abg. Dr. Barth (fr. Bg.): Die Regierung hat auf dem Gebiete des Schulwesens bisher immer eine bellagende Stellung eingenommen. Hätte Bischof Korum nicht gewagt, daß die Politik der Staatsregierung gegenüber der katholischen Kirche eine Politik der Schwäche ist, er würde nie gewagt haben, der Regierung einen solchen Schlag ins Gesicht zu versetzen. (Lebhafte Zustimmung links.) Unruhe im Centrum.) Ein Schlag ins Gesicht ist es, diese ungewöhnliche Form der Belehrung zu wählen. (Heiterkeit links.) Der Bischof von Trier wird bei der Forderung der konfessionellen Mädchenschulen natürlich nicht stehen bleiben. Er wird schließlich noch konfessionelle Universitäten verlangen. (Heiterkeit und sehr richtig! links.) Das ist einfach konsequent. Je schwächer ein Staat ist, um so provokatorischer tritt die römische Kirche auf. (Zustimmung links.) Herr Hadenberg sagte mit großer Befriedigung, bei uns hätten die Katholiken es so gut wie nirgends. Ich meine, stolz können wir darauf nicht sein. (Lebhafte, vielfache: Sehr wahr! links.) Es ist gleichbedeutend mit dem Zugeständnis, daß wir schwächer sind wie jede andre Regierung. (Unruhe im Centrum.) Gehen Sie doch nach Frankreich. Wenn dort ein französischer Bischof es wagen würde, mit kirchlichen Zuchtmitteln eine staatliche Mädchenschule zu boykottieren, er würde binnen 24 Stunden mit den staatlichen Zuchtmitteln Belamtschaft machen. (Lebhafte Zustimmung links.) Dort hätte die römische Kurie nicht 14 Tage verstreichen lassen, ohne sich bei der französischen Regierung zu entschuldigen. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Im Falle Korum wird wieder die alte römische Politik getrieben werden. Man wird zunächst mit allerlei unverbindlichen Redensarten den Staat hinzuhalten suchen. Man wird ihm dann irgend ein Zugeständnis machen und sich dann den Schein geben, als ob man unterlegen wäre, während man in Wirklichkeit einen Triumph feierlich gefeiert hat. (Lebhafte Zustimmung links.) Wie bescheiden der Staat bei uns geworden ist, das haben wir kennen gelernt, als mitgeteilt wurde, daß es endlich nach heftigen Bemühen gelungen sei, eine katholisch-theologische Fakultät in Straßburg zu errichten. In Wirklichkeit war das kein Triumph des Staates, sondern ein Triumph der Kirche. (Sehr richtig! links.) Wenn bei einem Entgegenkommen, wie es die katholische Kirche bei uns genießt, der Bischof Korum sich derartige Uebergriffe herausnehmen kann, so ist das ein Beweis dafür, wie fieber die katholische Kirche sich bei uns fühlt. Dafür hat die öffentliche Meinung ein freies Verständnis. So ist die Erklärung der konservativen Partei resoluter und schärfer ausgefallen, als man nach der Stellung der konservativen Partei zum Centrum erwarten konnte. (Sehr wahr! links.) Diese Abwehrklärung der Konservativen hat zum Ausdruck gebracht, daß die 2/3 Protestanten Preußens durch das Vorgehen des Bischofs Korum sich im höchsten Grade beunruhigt fühlen. (Sehr wahr! links und rechts.) Man könnte heute schon die Frage aufwerfen, ob es angezeigt wäre, die Protestanten mögen sich zusammenkommen, um Parität gegenüber der katholischen Kirche zu verlangen. (Lebhafte sehr wahr! links.) Heute werden in der That die Katholiken bereits anders behandelt wie die Protestanten. Wenn ein Generalsuperintendent etwa wie der Bischof Korum handelte, — es ist ja eigentlich gar nicht anzudeuten (Großer Lärm im Centrum) — wer weiß was mit ihm geschehen würde. Wir wollen ja gar nicht, daß die Katholiken schlechter

behandelt werden, wir wollen nur wirkliche Parität. Herr Dietrich meinte, es handle sich nicht um einen Kampf um die Schule, sondern um den Geist in der Schule. (Weiterkeit links.) Das Centrum ist also so gütig, die Schulen weiter vom Staate erhalten zu lassen, aber der Geist muß erst von der Kirche approbiert sein. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir sind der Ansicht, daß die Kirche nicht die erste Violine zu spielen hat. (Sehr wahr! links.) Der Kampf um die Schule ist ein solcher, bei dem die Staatsregierung im Volke einen festen Halt hat, da sie sich auf die breiten Massen der Bevölkerung stützen könnte. Wenn die Verhandlungen in diesem Hause die Regierung an das „Landgraf werde hart“ gegenüber der katholischen Kirche erinnert haben, sind sie nicht ungenützt gewesen. Solange die Regierung aber eine Politik der Schwäche treibt, so lange wird sie sich von der katholischen Kirche a la Korum behandeln lassen müssen. (Lebhafte Beifall links.)

Abg. Koeren (C.)

nimmt als Vertreter des Wahlkreises Trier das Wort und polemisierte gegen den Abg. Dr. Barth. Man hat es so dargestellt, als habe man nur notwendig gehabt, die Mißstände zur Kenntnis der Regierung zu bringen. So liegt die Sache aber gar nicht. Die Unzufriedenheit mit den Zuständen datiert von der Zeit der Gründung der Schule aus dem Jahre 1878. Die Regierung übernahm die Schule ohne Religionsunterricht und führte sie ohne Religionsunterricht weiter. Die Schuld an den jetzigen Vorgängen trägt nicht Herr Korum, sondern die Regierung allein. (Lebhafte Zustimmung links.) Was haben die Interpellanten mit dem zweiten Teil der Interpellation beabsichtigt? Doch nichts anderes, als kulturkämpferische Stimmung herbeizurufen und die Regierung zu veranlassen, noch schärfer gegen die Katholiken vorzugehen, als sie es bisher getan hat. (Lebhafte Widerspruch links.) Herr Hadenberg hat es ja auch bestritten. Er hat es sogar zweimal getan. Aber wer sich zweimal entschuldigt, der macht sich selbst verdächtig. Ich glaube, Sie haben nicht die Absicht, daß der Bischof Korum abgesetzt oder ausgewiesen wird, oder daß er ins Gefängnis geworfen wird. Es bleibt also nur der Zweck, in kulturkämpferischer Richtung die Regierung scharf zu machen. Der Bischof Korum wollte nichts anderes als Parität. (Lachen links.) Wollen Sie uns deswegen einen neuen Kulturkampf aufzwingen, so schießen wir ihn nicht, wir werden aus dem neuen ebenso gestärkt wie aus dem alten hervorgehen. Die katholische Regierung hat sich niemals die Herrschaft über die Schule anmaßen wollen. Ebenso gut wie der Staat und die Familie hat auch die Kirche ein Recht auf die Schule. Sie hat die Pflicht über die religiöse Erziehung der Kinder zu wachen und diese kann nur auf konfessioneller Grundlage zweckentsprechend erfolgen. Die katholische Kirche macht Ausnahmen in Bezug auf Gymnasien und Hochschulen, sie wendet aber das Prinzip streng an bei Schulen, in den die Schülerinnen die ersten Grundlagen des Wissens erhalten. Herrn Hadenberg ist wohl bekannt, daß der Generalsuperintendent Bekander die paritätischen Schulen die Schulen der Unbilligkeit und Charakterlosigkeit genannt hat. Was wollten die Interpellanten mit dem Worte Nuchtmittel sagen? Die Absolution ist ein integrierender Teil des Sakraments, aber kein Nuchtmittel. Ob die Absolution zu erteilen oder zu verweigern ist, das ist allein Sache des Beichtvaters und kein Beichtvater, kein Seelsorger wird sich da von irgend jemand hineinreden lassen, selbst nicht von einem Beschlusse des Abgeordnetenhauses, der unter Zustimmung des Centrums gefaßt worden wäre. (Sehr gut! im Centrum.) Die ungläubigen Verhältnisse der Schulen in Trier haben das Vorgehen des Bischofs Korum völlig gerechtfertigt, sie machen jede Verteidigung Korums überflüssig. Die Trierer Verhältnisse sind aber wirklich unerhört. Schon die Gründung der paritätischen Schule war ein Akt verletzender Imparität, ein zweiter solcher Akt folgte bei der Gründung des Seminars. (Sehr richtig! im Centrum.) Trier ist die einzige Stadt — außer Posen —, in der ein paritätisches Lehrerinnen-Seminar besteht. (Hört! hört! im Centrum.) Es ist Thatsache, daß Katholikinnen zurückgesetzt worden sind. Der Leiter der Schule hat erklärt, er lasse nur solche Examinandinnen zu, die die paritätische Schule von früh an besucht hätten. Die Folge davon war, daß die Eltern, welche ihre Kinder das Lehrerinnen-Seminar machen lassen wollten, diese nicht auf die katholischen Privatschulen schicken konnten, sondern auf die paritätische Schule angewiesen waren. (Sehr richtig! im Centrum.) Unter gleichen Verhältnissen hätte das gesamte Episkopat und die gesamte katholische Geistlichkeit in derselben Weise gehandelt wie Bischof Korum. (Große Unruhe links.) Ich danke den Interpellanten dafür, daß sie Gelegenheit gegeben haben, daß die unbillbaren Trierer Schulverhältnisse in weiten Kreisen bekannt werden. Hoffentlich sorgt jetzt der Kultusminister für die Beseitigung dieser unbillbaren Verhältnisse! (Lebhafte Beifall im Centrum, Zwischen bei den Nationalliberalen.)

Ministerpräsident Graf Bismarck:

Ich muß verschiedene im Laufe der Debatte gefallene Bemerkungen richtig stellen und werde dabei um so ruhiger sprechen, je temperamentvoller die letzten drei Redner sich geäußert haben. Gegenüber Dr. Friedberg möchte ich konstatieren, daß ich nicht gesagt habe, wenn sich Bischof Korum an mich gewandt hätte, würde ich alle seine Beschwerden ohne weiteres abgelehnt haben. Ich habe vielmehr gesagt, daß Bischof Korum nach meinem ganzen Charakter von mir erwarten durfte und erwarten mußte, daß ich seine Beschwerde in sachlicher Weise prüfen würde. Gegenüber Herrn Koeren bemerke ich, daß die Schuld an dem Konflikt in der Diözese Trier nach meinem pflichtgemäßen Ermessen lediglich den Herrn Bischof von Trier trifft. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Diese Schuld wird nicht verringert durch den Hinweis auf die Verhältnisse von 1878/79, als der Kulturkampf auf seinem Höhepunkt stand. Der Herr Bischof von Trier hatte die Pflicht, den Weg der direkten Verständigung mit der Regierung und mir zu betreten, bevor er einen Schritt unternahm, der von mehr als einer Seite als ein Weiterleiten gedeutet worden ist, der dem Sturm vorantreibt. Als ein Mann, der aufrichtig den religiösen Frieden wünscht, hoffe ich, daß es sich nicht um ein Weiterleiten vor dem Sturm, sondern um ein Weiterleiten nach dem Sturm handelt. (Weiterkeit links.) um das letzte Aufzeichen der kulturkämpferischen Neigungen. Wenn es aber zum Sturm kommen sollte, so würde Regierung die Verantwortung dafür nicht tragen.

Nun hat Herr Dr. Friedberg mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich mich nach Rom gewandt hätte. Auf einen ähnlichen Vorwurf hat in einer kirchenpolitischen Debatte in diesem hohen Hause mein großer Amtsvorgänger Fürst Bismarck einmal gesagt, daß er sich niemals befinden würde, auch ausländische Hilfe zu akzeptieren und, wie er sich ausdrückte, zu erbitten, und er glaubte, daß damit den deutschen Interessen gedient würde. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die den Fürsten Bismarck bei jeder Gelegenheit zitieren. Es giebt heute Verhältnisse, auf die Aufstellungen der Lage vor 10 oder 20 Jahren nicht mehr passen. Aber das eben zitierte Urteil des Fürsten Bismarck ist heute noch vollkommen zutreffend, denn es war gegründet auf eine richtige Einsicht in das Wesen der Diplomatie und in die innere Struktur unserer konfessionellen Verhältnisse. Ich war also nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet, dem kaiserlichen Gesandten beim päpstlichen Stuhle die Weisung zu erteilen, daß er die Kurie hinweisen möge auf die Folgen, die das Vorgehen der Trierer Geistlichkeit haben müßte, wenn nicht eine Remedur erfolgte. Nun hat Herr Friedberg Bezug genommen auf meine Aeußerung, wenn auf der einen Seite Bischof Korum und auf der anderen Seite Dr. Hadenberg die Führung übernehme, so würden wir uns bald genug in einem neuen Kulturkampf befinden. Ich muß demgegenüber feststellen, daß Dr. Hadenberg selbst vom kirchlich-katholischen Standpunkt aus das Verfahren des Bischofs Korum ausdrücklich gebilligt, ja beinahe glorifiziert hat (Unruhe bei den Nationalliberalen), während ich das Verhalten auch vom kirchlich-katholischen Standpunkt aus beflagte und es für schädlich für die katholischen Interessen halte. Dr. Hadenberg hat den Bischof Korum vom kirchlich-katholischen Standpunkt vollkommen in Schutz genommen. (Große Unruhe bei den Nationalliberalen.) Damit hat er die Principien in den Vorder-

grund gehoben, die, wenn sie gegeneinander ankämpfen, eine Verständigung unmöglich machen müssen. Ich zweifle übrigens auch daran nicht, daß, wenn man etwa die Abg. Koeren und Dr. Barth zusammen einpfercte, sie sich auch niemals verständigen würden. (Große Heiterkeit.) Die konfessionellen Streitigkeiten in Deutschland haben niemals irgend jemand Vorteil in der Sache gebracht, sondern stets nur beiden Theilen Schaden. Deshalb müssen mehr als anderswo bei uns konfessionelle Kämpfe vorsichtig, behutsam, praktisch, staatsmännisch behandelt werden. Das sollte man weder in Trier, noch in diesem hohen Hause vergessen.

Abg. Dr. Barth hat gemeint, ich scheute vor einem Konflikt zurück. Ich gehöre nicht zu denjenigen, die bei jeder Gelegenheit und um jeden Preis einen Konflikt wollen, die das gefährliche Spiel mit dem Feuer gewissermaßen als Sport betreiben, denen der Konflikt Selbstzweck, die vielleicht nur auf irgend einen Hausbrand warten, an dem sie ihre Suppe kochen können. (Weiterkeit links.) Schon im Interesse unserer Aktionsfähigkeit nach außen suche ich Konflikte zu vermeiden, die mit unsrer Konzentration auch unsre Thätigkeit hemmen müßten. Aber wenn Dr. Barth meint, daß ich auch solchen Konflikten aus dem Wege gehen würde, die im Interesse der Gesamtheit ausgefochten werden müßten, so befindet er sich in einem groben Irrtum. Solchen Konflikten werde ich sicherlich nicht aus dem Wege gehen. Notwendige Konflikte müssen aufgenommen und durchgefochten werden, unnütze Konflikte zu provozieren ist thöricht.

Abg. Dr. Barth ist weiter zu sprechen gekommen auf die Errichtung der katholischen theologischen Fakultät in Straßburg. Ich erachte diese Vereinbarung, die schon von meinem Amtsvorgänger, dem Fürsten Hohenlohe angestrebt worden und von mir weitergeführt worden ist, für eine gute, weil sie beiden Theilen zum Nutzen gereicht. (Zustimmung im Centrum.) Ein Beweis dafür, daß dieses Abkommen auch im Interesse des Reichsgedankens lag, ist dies für mich, daß das Zustandekommen dieses Abkommens auf das heftigste bekämpft worden ist von den Protestanten in Elsaß-Lothringen und von deren ausländischen Bundesgenossen. Daß sich diesen der Abg. Dr. Barth beigefügt hätte, hätte ich allerdings nicht angenommen. (Weiterkeit rechts und im Centrum, Unruhe links.)

Es ist mir auch vorgeworfen worden, daß ich gegenüber einer großen Partei dieses Hauses und des Reichstags im Centrum zu viel Entgegenkommen zeigte. Ich bin gegen solche Vorwürfe ziemlich abgerüstet. Sie machen auf mich ebensowenig Eindruck, als wenn mir beispielsweise Dr. Barth und seine freihändlerischen mandatorischen Freunde vorwerfen, ich befände mich in völliger Abhängigkeit von den Agrariern, oder wenn umgekehrt gesagt wird, daß ich das Klostergeizig — ich bitte um Verzeihung wegen dieses Ausdruckes (Weiterkeit links) — nur aus besonderer Liebeshuldigkeit gegen Dr. Barth konzediert hätte (Weiterkeit links), oder daß ich mich bei meiner Flottenpolitik von den Aldeutschen ins Schlepptau nehmen ließe, oder daß ich mit den Sozialisten koalierte. Die Wahrheit ist, daß ich mich keiner Partei zu eigen gebe und daß infolgedessen jede Partei von Zeit zu Zeit finden wird, ich thäte mehr für die andere als für sie selbst. Die Regierung muß über den Parteien stehen, sie kann wohl zeitweise mit dieser oder jener Partei regieren, sie kann und wird sich aber von keiner Partei regieren lassen. Die Staatsregierung sieht auf dem Boden des modus vivendi, den die politische Weisheit des Fürsten Bismarck verbunden mit der politischen Weisheit des noch jetzt regierenden Papstes gefunden hat. Wie aufrichtig wir bestrebt sind, den religiösen Frieden aufrecht zu erhalten, geht ja auch hervor aus den Angriffen, die deshalb gegen uns und gerichtet sind. Aber der Frieden muß auch von Seiten der Kirche und ihrer Organe gewahrt werden. (Sehr richtig! rechts.) Wir werden jeden Versuch, die Würde und die Rechte des Staates zu verletzen, mit Entschiedenheit zurückweisen. Wir sind tolerant gegen die Uebersetzung anderer, aber gegenüber der Intoleranz können und werden wir nicht tolerant sein können. (Beifall im Centrum, Unruhe rechts.)

Kultusminister Staudt

stellt gegenüber dem Abg. Koeren fest, daß es in der Unterrichtsverwaltung nicht gelungen sei, für viele Häher der paritätischen Trierer Mädchenschule katholische Lehrerinnen zu gewinnen.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen.

Persönlich bemerkt

Abg. Dr. Hadenberg (nat.) gegenüber dem Ministerpräsidenten: Er habe den Bischof Korum nicht in Schutz genommen, sondern nur nachgewiesen, daß Bischof Korum korrekt gehandelt habe nach den principiellen Grundsätzen seiner Kirche, daß die Praxis aber eine andere sei und daß er entgegen der übrigen Geistlichkeit diese theoretischen Grundsätze auffallenderweise in die Praxis umzusetzen versucht habe.

Abg. Dr. Barth (fr. Vg.): Der Ministerpräsident hat gesagt, ich hätte ihn gewissermaßen in einen Konflikt mit der römischen Kirche hineingehoben wollen. Ich habe im Gegenteil angeführt, daß die Staatsregierung durch übertriebene Schwäche und Nachgiebigkeit es dahin bringt, daß ein solcher Konflikt ertöndet. Weiter hat der Ministerpräsident darauf hingewiesen, daß das Zustandekommen der katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg von den Protestanten und deren auswärtigen Freunden mit speziellem Augen angesehen worden sei, und er hat hinzugefügt: „daß Dr. Barth sich diesen auswärtigen Gesinnungsgenossen der Protestanten beigegeben würde, habe ich nicht erwartet.“ Darin liegt der Vorwurf, daß die Erwägungen, von denen ich bei meiner Artikel ausgegangen bin, auf derselben Linie liegen, wie diejenigen, aus denen heraus die Protestanten und ihre auswärtigen Freunde das Abkommen beurteilt haben. Niemand — und am wenigsten der Ministerpräsident — kann darüber im Zweifel sein, daß gegenüber einem preussischen Abgeordneten in diesen Worten ein schwerer Vorwurf liegt. Der Ministerpräsident hat auch nicht den Schatten eines Beweises dafür angeführt, daß dieser Vorwurf irgendwie begründet sei. Ich muß deshalb mit aller Entschiedenheit eine derartige Unterstellung als unpassend zurückweisen. (Beifall links; Unruhe rechts.)

Ministerpräsident Graf Bismarck: Gegenüber den letzten Ausführungen des Abg. Dr. Barth möchte ich feststellen, daß ich nicht gesagt habe, daß die Protestanten in Elsaß-Lothringen und ihre ausländischen Gesinnungsgenossen das Abkommen zwischen dem Staate und der Kurie über die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg mit speziellem Augen angesehen hätten, sondern ich habe gesagt, sie hätten sie hartnäckig bekämpft. Wenn ich weiter gesagt habe, daß der Abg. Dr. Barth sich in dieser hartnäckigen Bekämpfung in der Beurteilung in dem Tadel dieses Abkommens auf dieselbe Linie gestellt hätte mit den Tadeln, so ist es mir natürlich nicht eingefallen, ihm dieselben Motive zu unterstellen, von denen die Protestanten ausgegangen sind. (Rufe: Aha! links.) Die Protestanten und ihre ausländischen Freunde haben das Abkommen bekämpft aus Feindschaft, aus Malice; wenn Dr. Barth dies Abkommen nicht billigt, so geschieht das, weil er es noch nicht genügend kennt (Weiterkeit rechts), weil er es, wie ich glaube, nicht genügend versteht (Weiterkeit rechts und im Centrum, Unruhe links). Wenn er sich eingehender mit dem Abkommen beschäftigen wird, so wird er mit mir die Ansicht teilen, daß es den Interessen des Reiches entspricht.

Präsident v. Kröner: Die durch die Rede des Ministerpräsidenten wieder eröffnete Debatte ist geschlossen, weil sich niemand zum Worte gemeldet hat. (Weiterkeit links.)

Abg. Dr. Dietrich (C., persönlich): Herr Dr. Barth hat mir die Worte zugesprochen, daß er werde hier ein Kampf geführt nicht um die Schule, sondern um den Geist in der Schule. Einen solchen Kampf habe ich nicht geführt. (Große Heiterkeit und Widerspruch links.) Ich habe nur gesagt, daß dieser Kampf nicht der Herrschaft in der Schule gelte, sondern dem Geiste in der Schule. (Weiterkeit links. Ruf: Das ist ja dasselbe.)

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr (Rest des Bau-Etats).

Schluß 5 1/2 Uhr.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dietz Verlag) ist soeben das 22. Heft des 21. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Theologische Kathedralpredigten. — Socialismus und Landwirtschaft. Von H. Kautsky. 1. Die Entwicklung der Theorie. 2. Die Position des Marxismus. — Kartellfragen. Von Heinrich Lenz. 3. Die angebliche größere Wirksamkeit der Kartelle. — Socialpolitische Umschau. Von Emanuel Baum. Die Krankenversicherungs-Novelle. — Literarische Rundschau: S. Bölsche, Das Liebesleben in der Natur. Von Oda Oßberg, Wilhelm Bölsche, Von Sonnen und Sonnenhübschen. Von Strix Grottelw. Max Kraft, Das System der technischen Arbeit. Carol D. Wright, L'Evolution industrielle des Etats-Unis. Von J. German. — Notizen: Die neunjährige Thätigkeit der Berner Arbeitlosenklasse.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungspreisliste der Postanstalten ist die „Neue Zeit“ unter Nr. 5075 eingetragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probestummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Archiv für sociale Gesetzgebung und Statistik“. Das neueste Doppelheft dieser im 16. Jahrgange erscheinenden von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen Zeitschrift (Berlin, Carl Heymanns Verlag) hat folgenden Inhalt: Abhandlungen: Verus und Besch. Von Prof. Dr. Werner Sombart in Breslau. — Die Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes. Von Dr. F. Schuler, ehemaligem schweizerischen Fabriksinspektor. — Die Mühsche nach dem Lande. Von Prof. Dr. Emil Banderwede, Mitglied der Deputiertenkammer in Brüssel. — Ein Reformprogramm für die Wohnungs- und Anliehungsfrage in Deutschland. Von Dr. Karl v. Wangold in Dresden. — Gesetzgebung: Deutsches Reich. Der Gesetzentwurf betreffend Kaufmannsgerichte. Von Dr. R. Flech, Stadtrat in Frankfurt a. M. — Gesetzgeberische Fortschritte auf dem Gebiete des Wohnungswezens. Von Dr. Hugo Lindemann in Stuttgart. — Degerloch etc. etc. — Literatur: Literatur von und über Gewerkschaften. Besprochen von Dr. Adolf Braun in Nürnberg. — Schul, W. v., Das Gewerbegerichtsrecht in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. September 1901. Besprochen von Stadtrat Dr. Karl Flech in Frankfurt a. M.

„Der Arbeitsmarkt“. Halbjahresheft der Centralstelle für Arbeitsmarkt-Berichte (Herausgeber Dr. A. Raftrow, Berlin, Verlag von G. Reimer). Die als Organ des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise erscheinende Zeitschrift enthält in Nr. 11 des 6. Jahrganges unter anderem: Die Arbeitsverhältnisse in den Betrieben der Marine- und Heeresverwaltung. — Allgemeines: Reichstags-Debatte über Reichsstatistik und Arbeitsmarkt. — Internationaler Arbeitsmarkt. — Situationsberichte aus einzelnen Gewerben: Bergbau und Eisenindustrie (Abfahrverhältnisse im Ruhrkohlenbergbau. Die Rantandindustrie Ostpreußens im Jahre 1902); Buchbinderei (Vordringen des Großbetriebes. Geschäftsgang in Leipzig, Berlin, Breslau, Dresden, Jena); Brauereigewerbe (Zunahme der Beschäftigten im Brauereigewerbe); Wälder (Lebhaftes Geschäftsgang). — Statistisches Monatsmaterial: Internationale Streitstatistik. — Vorkurze. — Haushaltskosten. Konsum: Lebensmittelpreise im Februar. — Mitteilungen aus deutschen Arbeitsnachweise-Verbänden: Verband deutscher Arbeitsnachweise. Rundschreiben betr. Statistik.

„Das Gewerbegericht“, Monatsheft des Verbandes Deutscher Gewerbevereine. Herausgeber Dr. Raftrow, Charlottenburg, Berlin, Dr. Flech, Frankfurt a. M. (Verlag von Georg Reimer in Berlin). Die Zeitschrift enthält in Nr. 6 des 8. Jahrganges außer der Rechtspredung in deutschen Gewerbe- und Verwaltungsgerichten (Solingen, Charlottenburg, Hamburg, Gewerbegericht und Landgericht Würzburg), anderen deutschen Gerichten (Oberlandesgericht Marienwerder) u. a.: Das Schicksal der Kaufmannsgerichte. Von Privatdozent Dr. Raftrow. — Der Stand der Gewerbegerichtsreform in Frankreich. Von Prof. Raoul Dab. — Verlesung und Verlehen. Volksausweise in Leipzig. — Eingungsdämmer. Akademie-Sitzung über Eingungsdämmer. — Recht des Arbeitsvertrages. Lohnvertrag zwischen Vater und Sohn. — Allgemeines, Rundgebungen und Literatur betr. Kaufmannsgerichte. — Statistik der mährischen Gewerbegerichte für 1902. — Das Gewerbegericht Wien und die Arbeitsgerichte. — Literatur. Waltrauf, Verbot der Konkurrenz. — Verbandsangelegenheiten. Verbandstag 1903.

Dr. Felice Cotta. Serum, Bismarck, Westphälischer, Ueberlieferung von H. Luidde. Berlin SW. G. Vermählter Verlag 1903.

German Jahrbuch. Es läßt der junge Kaufmann seinen Charakter? 40 Seiten. Preis 50 Pf. Verlag von Hubert, Leipzig.

The National Review. Edited by L. J. Maxse. March 1903. Edward Arnold, 37 Bedford Street, Strand, London.

Dr. Eugen Jäger. Die Wohnungsfrage. Zweiter (Schluß) Band. Berlin 1903. Verlag der „Germania“.

Socialdemokrat. Wahlverein
I. d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreis.
Todes-Anzeige.
Am 1. März verstarb unser
Mitglied, der Metallarbeiter
Albert Herrlinger
Reinholdsdorferstr. 3, nach langem
Leiden an der Schwindbrucht.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Mittwoch, den 4. März, nach-
mittags 4 Uhr, vom Trauerhause
aus nach dem neuen Kaiser-
Kirchhofe, Reinholdsdorf, Berliner-
strasse, statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
246/14

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
(Zustellstelle Charlottenburg).
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß am Sonnabend, den 28. Fe-
bruar, unser Kollege
Wilhelm Bernsee
verstorben ist.
Eure seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, den 3. März, nach-
mittags 3 Uhr vom
Luisen-Kirchhofe aus statt. 79/9
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.
Die Beerdigung findet
am Sonnabend an der Lungen-
kirchhofe statt.
Die Beerdigung findet am Dien-
stag, den 3. März, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
Simeons-Kirchhofes aus statt.
Die trauernden
hinterbliebenen Brüder.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und Kranzpenden bei dem
Begräbnis meiner lieben Tochter
und Schwester sagen wir allen Freunden
und Verwandten sowie den Mit-
gliedern des Turnvereins „Fichte“
unsern herzlichsten Dank. 2572b
Frau Emilie Lehmann
nebst Kindern.

**Central-Verein der
Bildhauer Deutschlands.**
Verwaltung Berlin.
Am 28. Februar d. J. verstarb
nach kurzem Leiden unser Kollege,
der Modelleur
Fritz Warminsky
im 38. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet am Dien-
stag, den 3. März, nachmittags
4 Uhr, von der Leichenhalle des
alten St. Thomas-Kirchhofes,
Hildorf (Hermannstrasse) aus statt.
Um rege Teilnahme bitten
Der Vorstand.
20/3

Dankfagung.
Für die große Teilnahme und
Kranzpenden bei der Beerdigung
meines imigeblichen Mannes, meines
herzigen Vaters
Theodor Bleeck
sagen wir allen Bekannten, Freunden
und Verwandten unsern herzlichsten
Dank. 2660b
Die trauernden Hinterbliebenen
Hedwig Bleeck nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Mannes **Gotthard Gendrick**
sage ich dem Personal von **Schneider**
u. Co., dem Verein der **Waldhühner**
und **Delger** und dem **Gewerbeverein**
„**Überio**“ meinen innigsten Dank.
2575b **Frau Gendrick** nebst Kindern.

Dankfagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie für die her-
lichen Kranzpenden, welche mir an-
lässlich des Heimganges meines ge-
liebten Mannes, des Restaurateurs
Gustav Fromm
zu teil geworden sind, spreche ich hier-
mit allen Verwandten, Freunden und
Bekanntem meinen tiefgefühlten Dank
aus. 2579b
Die trauernde Witwe **Anna Fromm**.

Socialdemokratischer Wahlverein
f. d. 4. Berl. Reichst.-Wahlkreis (6sten).
Dienstag, 3. März, abends 8 1/2 Uhr, Or. Frankfurterstr. 117:
Versammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubell.** 2. Dis-
kussion. 3. Verschiedenes.
Am zahlreichsten Besuch ersucht
Der Vorstand.

Socialdemokratischer Wahlverein
für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis.
Dienstag, den 3. März, abends 8 1/2 Uhr:
Versammlung
im **Moabiter Kasino, Wilsnaderstr. 63.**
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Kullski** über: **Demokratischer Liberalis-**
mus. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Gäste, auch Damen haben Zutritt.
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Vorstand.

Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr:
Volkversammlung
in der **Conhalle, Friedrichstr. 112.**
Tages-Ordnung:
1. **Der Faschismus und seine inneren Feinde.**
Referent Reichstags-Abgeordneter **Eduard Bernstein.**
2. Diskussion. 245/13
Zahlreichen Besuch erwartet
Der Einberufer.

Konsum-Verein Charlottenburg.
G. G. m. b. H.
Dienstag, den 3. März 1903, abends 8 Uhr:
Oeffentliche Versammlung
im **Volkshaus, Rosinenstr. 3** (großer Saal).
Tages-Ordnung: 105/20
1. Vortrag über: **„Die Konsumvereine und Rabatt-Sparvereine“.**
Referent Herr **Bartel-Berlin.** 2. Freie Aussprache.
Die Konsumvereins-Mitglieder sowie die Mitglieder der Rabatt-
Sparvereine werden gebeten, recht zahlreich zu erscheinen.
Der Aufsichtsrat. 3. H.: **Max Knöfel.**

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Morgen Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr:
General-Versammlung
im großen Saal des **Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.**
Tages-Ordnung:
1. Beschlußfassung über Einführung des **paritätischen Arbeits-**
nachweises. 2. Eventuelle Wahl eines Arbeitsvermittlers. (Zurücklegung der
Anstellungsbewerbungen.) 3. Eventuelle Wahl von fünf Mitgliedern zum
Sinnforum. 4. Verbands-Angelegenheiten.
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder
dringend notwendig. Mitgliedsbuch legitimiert.
23/11 Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Arbeitervertreter-Verein.
Am Donnerstag, den 5. März, abends 8 1/2 Uhr:
Große Versammlung
im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15** (großer Saal).
Tages-Ordnung:
Die neue **Krankenterversicherung-Novelle** unter Berücksichtigung der
Versicherungspflicht der Gewerkschaftsbeamten und anderer ähnlicher Institute.
Referent: Stadtverordneter **Dr. Friedberg.**
Sämtliche Gewerkschaftsbeamte, Krankenkassen-Vorstände und Ver-
waltungsbearbeiter sind hierzu dringend eingeladen.
Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Gäste haben Zutritt.
53/4 Der Vorstand.
NB. Sämtliche schriftliche Sendungen sind an den Vorsitzenden
Fr. Pischel, Gartenstr. 61, alle Geldsendungen an A. Stump, Schwedter-
straße 51, zu richten.

Central-Verband der Maurer etc.
Zweigverein Berlin.
Mittwoch, den 4. März, abends 8 Uhr, in **Kellers Festhale, Koppen-Str. 29:**
General-Versammlung
aller zum Lohngebiete Berlin und Umgegend gehörigen Verbands-Zahlstellen.
Tages-Ordnung:
1. Geschäftsbericht und Abrechnung vom Jahre 1902. 2. Beschlußfassung über die Verlängerung
des Vertrages.
Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert das Erscheinen aller Mitglieder.
Verbandsbuch legitimiert — ohne dasselbe kein Eintritt.
Die Verbandsleitung. 3. H.: **Karl Panser.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Mittwoch, den 4. März 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Vertrauensmänner-Versammlungen.

Süden: bei **Rotzkopf, fecht Doberstein, Wassertorstr. 68.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Verbands-
Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Süd-Westen und Westen: in **Habels Brauerei, Bergmannstr. 5-7.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kontrollkommission. 2. Bericht der
Vertrauensleute. 3. Verschiedenes.

Moabit: bei **Jocksch, Turmstr. 84.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Vertrauensmänner. 2. Verbands-
Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Wedding und Gesundbrunnen: bei **Herrn Raabe, Kolbergerstr. 23.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Ver-
bands- und Werkstatt-Angelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Rosenthaler und Schönhauser Vorstadt:
bei **Wernau, Schwedterstr. 23/24.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Werkstatt-Kontrollkommission. 2. Ver-
bands-Angelegenheiten. 3. Werkstatt-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Osten u. Nordosten: bei **Mann, Straußbergerstr. 3.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Obleute. 2. Werkstatt-Angelegenheiten.
3. Verbands-Angelegenheiten. 4. Verschiedenes.

Südosten: bei **C. Behrend, Mantuffelstr. 95.**
Tagesordnung: 1. Werkstatt-Angelegenheit. 2. Verschiedenes.

Modell- und Fabrik-Tischler
bei **Dieke, Altkirchstr. 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Bericht der Vertrauens-
leute. 3. Verschiedenes.
Drechsler.
Osten bei **Matthes, Koppenstr. 41.**
Norden bei **Schmin, Brunnenstr. 150.**
Südosten und Südwesten bei **Tramm, Ritterstr. 123.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Verbands-Angelegen-
heiten. 3. Verschiedenes.
Jede Werkstatt muß vertreten sein. Auch die in Tischlereien beschäftigten
Drechsler haben einen Delegierten zu entsenden.

Musikinstrumenten-Arbeiter.
Abends 8 1/2 Uhr im **Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Saal V.**
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Branchen-Angelegen-
heit, der Streich bei der **Hirma Bloesdorf u. Klotz, Thierstr. 5.** 3. Ver-
schiedenes.
NB. Die Mitglieder sind verpflichtet, für die Vertretung ihres Betriebes
Sorge zu tragen.
Die Kommission.

Bezirk Friedrichsberg.
Mittwoch, den 4. März 1903, abends 8 1/2 Uhr, bei **Lutterbüse,**
Friedrich-Str. 11:
Vertrauensmänner-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Bericht der Kommission. 2. Werkstattfragen. 3. Wahl
des Bezirksleiters. 4. Verbandsfragen und Verschiedenes. 79/10

Portefeinler und Ledergalanterie-Arbeiter
Berlins.
Oeffentliche Versammlung
aller Berliner Portefeinler u. Ledergalanterie-Arbeiter u. Arbeiterinnen.
Mittwoch, den 4. März, abends 8 1/2 Uhr,
in **Graumanns Sälen, Nauenerstr. 27.**
Tages-Ordnung: 1. Die Ausperrung der **Taschner Berlins.**
Referent: Sekretär Genosse **Weyher vom Sattler-Verband.**
2. Welche Stellung nehmen die Berliner Portefeinler dazu ein. Referent:
Verbandsvorsitzender **Weinshild aus Offenbach.** — 3. Diskussion.
Bei dieser höchst aktuellen Tages-Ordnung ist es not-
wendig, daß kein Berliner Portefeinler fehlt und wird pünktliche
und zahlreiche Beteiligung erwartet.
Der Einberufer.

Wichtig für Dreher!
Praktische Anleitung für Dreher in
der Berechnung der Wechselläder.
In dem Buch erklärt ein Fach-
mann kurz und für jedermann ver-
ständlich die Berechnung der Wechsellä-
der. (In einigen Stunden zu er-
lernen.) 24006
Preis nur 1.50 Mark.
Zu beziehen d. Verlagshandlung
Joh. Ellguth in Rath-Düsseldorf.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41.
Spezialarzt für 63/16
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12 2-4.

Verband der im Vergoldergewerbe beschäft.
Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Filiale Berlin.
Sonntag, den 7. März er., in den Gesamtträumen
der **Alhambra, Wallnertheaterstr. 15:**
13. Stiftungsfest.

Mitwirkende:
Künstler-Orchester. — Opernsänger: **Gezr Kilbansky.** —
Recitation: **Fr. Anna Hedeler.** — Instrumentalisten: **The Sarnos.**
(Während des Konzerts bleiben die Saalthüren geschlossen.)
Nach dem Konzert: **Grosser Ball.** 225/4
Beginn bräc. 8 1/2 Uhr. — Billeis incl. Tanz: Herren 50 Pf., Damen
30 Pf., sind in den Zahlstellen, sowie bei allen Vertrauensleuten erhältlich.
NB. Der Zahlabend fällt an diesem Tage aus. Der Vorstand.

Tischler-Verein zu Berlin.
Sonntag, den 7. März, in **Alfens großem Saal,**
Hofenheide 13-15:

Grosser Wiener Masken-Ball.
Anfang 9 Uhr. — Billets sind bei **Vipke, Kottbuserstr. 59; Kühn,**
Gräffstr. 69/70; **Breschmid, Mantuffelstr. 36; Riemer, Pring-**
str. 64 und allen übrigen Vorstandsmitgliedern zu haben. 198/5
Die Veranstaltung fällt am Sonntag aus. Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 863.
Mittwoch, den 4. März 1903, abends 8 1/2 Uhr:

Konferenz der Vertrauensleute des Ostens
bei **Gold, Große Frankfurterstr. 133.**

Mittwoch, den 4. März 1903, abends 8 1/2 Uhr:
Konferenz der Vertrauensleute des Westens
bei **Kumke, Bülowstr. 59.** 112/15

Mittwoch, den 4. März 1903, abends 8 Uhr:
Bersammlung
der **Hobler, Bohrer, Fraiser usw.**
in **Wends Klubhaus, Königsgraben Nr. 11a.**
Tages-Ordnung:
1. „Der Ausbau des Unterstützungswesens im Verband.“
Referent: Kollege **Scheller.** 2. Diskussion. 3. Werkstatt-Angelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet
Die Ortsverwaltung.

Aktiva.		Bilanz am 31. Dezember 1902.		Passiva.	
An Bank-Gkonto	500	Per Geschäftsanteile der		Genossen	549
Kassa-Gkonto	58	Reservefonds-Gkonto			63
Gewinn- und Verlust-					
Gkonto	53				
	58				
	938				612
	938				612
Gewinn- und Verlust-Gkonto.					
Einkrittsgebühren	63	Dem Reservefonds über-		wiesene Einkrittsgebühren	63
Beträge zu d. Gründungs-		Kosten der Gründung			114
kosten	91	Unkosten-Gkonto			30
Verlust 1902	53				83
	58				
	938				208
	938				208

Eingetreten in 1902: 7. Ausgeschlossen in 1902: Kein Genosse. Die
Zahl der Genossen betrug am 31. Dezember 1902: 64. Die Gesamtsumme
der Genossen beträgt 3200 Mk.
Straßau, 1. März 1903.
Bau- und Erwerbsgenossenschaft „Vorwärts“.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Julius Victor. Gustav Roland.

30 Tage zur Probe!



„Venus“ ist das
einfachste und bequemste
„Fernglas“.

hat eine bezahlte Vergrößerung, wie solche nur durch ausgezeichnete
und teure Feldstecher erreicht werden kann, bequem in der West-
tasche zu tragen, per Stück gegen Einsendung von nur 1.70 Mark
(auch Briefmarken) frei ins Haus.

Haupt-Katalog über optische Waren,
Haushaltungsgüter, Waffen, Lederwaren, Gold u. Silber-
waren, Musik-Waren, Rauch-Italienien versenden umsonst
und franco

Kirberg & Comp. in Foche bei Solingen.
Weltweites Fabrikationsgeschäft Solinger Stahlwaren
mit Versand direkt an Private.

Berlin **Alexander-Platz. H.** **Fr. Hahn** **Berlin** **Alexander-Platz. H.**
Ecke Landsbergerstrasse. **Hervorragende Auswahl in wollenen und seidenen**
Damen-Kleiderstoffen **Waschstoffen, Waschseide.**
Nach auswärts bitte Proben zu verlangen.

Landes-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Badens.

Dffenburg, 28. Februar.

Im alten Stammlokale der Dffenburger Sozialdemokratie, der Brauerei Mundinger, trat heute abend 8 Uhr der Landes-Parteitag unserer badischen Genossen zusammen...

Die Präsenzliste ergibt die Anwesenheit von 48 Delegierten aus 33 Orten, außerdem sind die badischen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten, die Vertreter der Parteipresse...

Nach Feststellung der Geschäfts- und der Tagesordnung erstattet der Verleger des „Volksfreund“ in Karlsruhe, Genosse Eugen Ged, den Jahresbericht des Verlags. Mit dem Spätjahr 1902, besonders aber mit dem Jahreswechsel 1902/03 hob sich der Abonnentenstand des Blattes erheblich...

Die Sonntagsberhandlungen begannen um 9 Uhr in der „Mittelhalle“. Sie wurden eingeleitet durch den Geschäfts- und Kassenericht des Landesvorstandes, aus dem wir das Wesentliche schon mitgeteilt haben.

In der Diskussion kommt mehrfach der Gedanke zum Ausdruck, daß eine durchgreifende Besserung der Organisationsverhältnisse erst zu erreichen sei mit der Anstellung eines besoldeten Parteisekretärs...

Den Bericht über die Tätigkeit der Landtags-Fraktion erstattet Adolf Ged. Er weist auf den Widerspruch hin, der zwischen der Haltung der badischen Regierung in der Zollfrage und den statistischen Feststellungen des bekannten Heftischen Buches über das Interesse der badischen Bevölkerung an der Erhöhung der Getreidezölle besteht...

Die von unsrer Fraktion befürwortete empfehlende Ueberweisung der Eisenbahnerpetition betr. Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der untersten Eisenbahn-Angestellten wurde infolge der unfeindlichen Haltung des Centrums abgelehnt.

Die Entwidlung der Klosterfrage bedeutet einen Erfolg des Centrums. Sie entfachte einen neuen Kulturkampf und verurteilte in der nationalliberalen Partei eine Zersplitterung und Zerfahrenheit, wie sie schlimmer nicht zu denken ist.

In der Diskussion meint Kolb-Karlsruhe, die Fraktion hätte in der Frage der Main-Redarbahn den Bestrebungen der Verpreihung der süddeutschen Eisenbahnen einen energischeren Widerstand entgegenzusetzen und geschlossen gegen den neuen Vertrag mit Preußen stimmen sollen.

Die sozialpolitische Rückständigkeit der preussischen Eisenbahnverwaltung wurde auch, falls ihr Einfluß im Süden verläßt würde, auf unsre Bahnen übertragen werden, in Hessen Lage man heute schon über die Reducierung der Löhne der Eisenbahnarbeiter.

Einhorn-Mannheim begründet zwei Anträge betreffend eine Enquete über die Verhältnisse der Volksschule sowie die Einführung der Schularzte.

Dreesbach-Mannheim konstatiert, daß er im Landtag nicht im Prinzip gegen die Regulierung des Oberheins gesprochen, sondern die Angelegenheit, so wie sie im Vertrag der drei Uferstaaten figiert war, lediglich als eine Finanzfrage betrachtet habe und verhindern wollte, daß Baden zu Lasten herangezogen würde...

In der Abstimmung über die zu diesem Punkt der Tagesordnung gestellten Anträge wird der Anregung, eine Kommission einzusetzen, die über die Einrichtung der Schulhäuser, die Ziele des Unterrichts, die Zahl der Schüler, die Anstellung von Schularzten, die Höhe des Schulgeldes etc. eine Enquete veranstalten soll, ferner der Antrag auf Einbringung einer Motion im Landtage, die die Gemeindevorstände auf den Sonntag verlegt, angenommen.

Ueber die Stellung der badischen Sozialdemokratie zu den bevorstehenden Reichstags- und Landtagswahlen referierte Reichstags-Abgeordneter Dreesbach-Mannheim: Hinsichtlich der Wichtigkeit der bevorstehenden Reichstagswahlen könnten vergleichsweise nur die Wahlen von 1878 und 1887 in Betracht kommen.

Der nächsten Jahrzehnte mit bestimmt werden. Die parlamentarische Vollmehrheit des Reichstags habe infolge der ungerechten Wahlkreis-einteilung nicht die Mehrheit der Wählerkraft hinter sich...

der nächsten Jahrzehnte mit bestimmt werden. Die parlamentarische Vollmehrheit des Reichstags habe infolge der ungerechten Wahlkreis-einteilung nicht die Mehrheit der Wählerkraft hinter sich, daraus habe das Recht unsrer Fraktion resultiert, den Zolltarif mit allen Mitteln zu bekämpfen...

Die bürgerlichen Parteien werden diesmal alles gegen uns aufbieten, ein Kampf werde anheben, wie er kaum jemals da war. Das Kartell der Rechten werde allem Anschein nach zur Wahrheit werden.

Ohne Diskussion stimmte die Versammlung einstimmig der folgenden vom Referenten eingebrachten Resolution zu: Der Parteitag verpflichtet die Parteigenossen, wie bei den bisherigen so auch bei den bevorstehenden allgemeinen Reichstagswahlen in allen badischen Kreisen eigne Kandidaten aufzustellen...

1. für Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts, 2. für den Abschluß langfristiger, möglichst günstiger Handelsverträge unter energischer Wahrung der wirtschaftlichen Interessen des Volkes; 3. gegen jede neue indirekte Steuer auf die Lebens- und Genussmittel des Volkes...

Die Stellungnahme der Partei in den einzelnen Wahlkreisen zur Stichwahl kann nur im Einverständnis mit dem Landesvorstand erfolgen. Zu den im Spätherbst dieses Jahres stattfindenden Erneuerungswahlen zur zweiten Kammer führte der Referent Dreesbach-Mannheim das Folgende an:

Von 63 Mitgliedern der zweiten Kammer scheiden in diesem Jahr 32 aus, und zwar 13 Nationalliberale, 10 Centrum, 4 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 1 Konservativer, 1 Landwirtschaftlicher. Es verbleiben 13 Centrum, 11 Nationalliberale, 2 Sozialdemokraten, 2 Demokraten, 2 Freisinnige, 1 Antifeminist.

Die absolute Mehrheit einer der beiden Parteien ist bei der nächsten Wahl ausgeschlossen. Es müßten, wenn das geschehen sollte, die Nationalliberalen 23 Sitze erhalten, d. h. zu den bisherigen 9 gewinnen. Dagegen kann sich die relative Mehrheit, die jetzt noch auf Seiten der Nationalliberalen ist (24 gegen 23 Centrum), sehr leicht zu Gunsten des Centrums verschieben.

Seit 1891, wo wir uns zum erstenmal mit Erfolg an der Landtagswahl beteiligten, haben wir den Kampf in erster Linie gegen die Nationalliberalen geführt, und zwar, weil diese Partei damals absolut und im Grunde mit der Regierung im reaktionären Sinne herrschte.

Hierzu wurde ohne Diskussion die folgende Resolution einstimmig angenommen: Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, im ganzen Lande nach den Reichstagswahlen sofort die Organisation und Agitation für die im Herbst dieses Jahres stattfindenden Landtagswahlen energisch in die Hand zu nehmen.

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, im ganzen Lande nach den Reichstagswahlen sofort die Organisation und Agitation für die im Herbst dieses Jahres stattfindenden Landtagswahlen energisch in die Hand zu nehmen. Ueberall da, wo auch nur Aussicht auf agitatorischen Erfolg vorhanden, sind geeignete Kandidaten und Wahlmänner aufzustellen.

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, im ganzen Lande nach den Reichstagswahlen sofort die Organisation und Agitation für die im Herbst dieses Jahres stattfindenden Landtagswahlen energisch in die Hand zu nehmen. Ueberall da, wo auch nur Aussicht auf agitatorischen Erfolg vorhanden, sind geeignete Kandidaten und Wahlmänner aufzustellen.

Der Parteitag empfiehlt den Parteigenossen, im ganzen Lande nach den Reichstagswahlen sofort die Organisation und Agitation für die im Herbst dieses Jahres stattfindenden Landtagswahlen energisch in die Hand zu nehmen. Ueberall da, wo auch nur Aussicht auf agitatorischen Erfolg vorhanden, sind geeignete Kandidaten und Wahlmänner aufzustellen.

Ein von Kolb-Karlsruhe gestellter Antrag, es für unzulässig zu erklären, daß der in Karlsruhe-Bruchsal sein Mandat verteidigende Genosse Adolf Ged eine zweite Kandidatur in Dffenburger Kreise annimmt, wird mit großer Mehrheit angenommen.

Als Sorori wird einstimmig Mannheim wiedergewählt, die Wahl des Landesvorstandes dem Sorori überlassen. Die nächste Landesversammlung findet wiederum in Dffenburg statt.

Nach einem begeisterten Schlußwort des Vorsitzenden Dreesbach, der insbesondere zur Einsetzung aller geistigen und materiellen Kräfte der Parteigenossen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen aufforderte, wurden die Verhandlungen mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Eine Volksversammlung findet am Mittwoch in der Tonhalle, Friedrichstr. 112, statt. Reichstags-Abgeordneter Genosse Eduard Bernstein referiert über den Faschismus und seine „inneren“ Feinde. Bei der Entfaltung, welche die Gräueltaten des Faschismus in der zivilisierten Welt hervorgerufen haben, erwartet zahlreichen Besuch der Parteigenossen.

Johannisthal. Die Versammlung des Wahlvereins findet heute Dienstag, abends 8 1/2 Uhr, bei Senfleben statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Lokalkommission. 2. Bericht der Gemeindevertreter. 3. Vereinsangelegenheiten.

Lokales.

Die „Arania“ hat am Montagmorgen einen Kreis ihrer Freunde zu einem außergewöhnlichen Vortrag eingeladen. Es handelte sich um die Vorkführung photographischer Aufnahmen in natürlichen Farben, die von Prof. Dr. A. Niethe-Charlottenburg nach dem sogen. additiven Verfahren hergestellt wurden.

Reines Licht kann bekanntlich nicht nur durch Mischung aus den sogenannten sieben Spektralfarben, sondern auch aus drei Grundfarben, rot, grün und violett zusammengesetzt werden; jeder Maler ist im Stande, mittels dieser drei Farben unter Zuhilfenahme eines weißen Untergrundes ein Bild in den natürlichen Farben um so vollkommener herzustellen, je reiner begibt, gefättigter diese Farben gewählt werden.

Wenn dann diese drei Negative zur Erzeugung der Projektionsbilder wie sonst üblich benutzt werden und durch optische Mittel auf die gleiche Bildfläche geworfen, aber je rot, grün und blau durchleuchtet werden, muß das entstehende Gesamtbild dem Original vollkommen gleich in Farbe und Zeichnung sein.

Die Wirkung der mit diesem Apparat vorgeführten Bilder war überraschend. Blumenstücke, Stillleben, Landschaften und Porträts erschienen auf das feinste nuanciert und merkwürdigerweise in einer Plastik, fast so stark wie sie sonst nur das Stereoskop spendet. So feierte die Photographie ihren schönsten Triumph, indem sie die Natur selbst in ihrer vollen greifbaren Farbenpracht wiedergab.

Für die Freibank, die am 1. April in Berlin auf Grund des Ausführungsgesetzes zum Reichs-Fleischbeschau-Gesetz errichtet wird, wird eine Verordnung vorbereitet, die, wie die „Allgemeine Fleischereizung“ zuverlässig erfährt, im wesentlichen folgende Bestimmungen enthalten wird: Die Freibank wird sich auf den Rinderfleischhof befinden und nur von der Thierärztl. aus zugänglich sein.

Der Betrieb wird unter polizeilicher Aufsicht durch einen Unternehmer erfolgen. Freizeittiere dürfen von dem Unternehmer nur unter Zustimmung der Polizei- und Gemeindefürsorge errichtet werden. Zum Verkauf kommt alles minderwertige und bedingt taugliche Fleisch, sowie die Reste der zur Trichinenschau benutzten Fleischproben.

Die unmitteldare Annahme von Fleisch, das an anderen Orten als minderwertig oder bedingt tauglich befunden wurde, ist verboten. Da Fleisch ist nach zwei Qualitäten gesondert zu verkaufen. Den einzelnen Käufern darf an einem Tage nur einmal Fleisch verkauft werden, und zwar höchstens in der Menge von 5 Pfund.

Die unmitteldare Annahme von Fleisch, das an anderen Orten als minderwertig oder bedingt tauglich befunden wurde, ist verboten. Da Fleisch ist nach zwei Qualitäten gesondert zu verkaufen. Den einzelnen Käufern darf an einem Tage nur einmal Fleisch verkauft werden, und zwar höchstens in der Menge von 5 Pfund.

Die unmitteldare Annahme von Fleisch, das an anderen Orten als minderwertig oder bedingt tauglich befunden wurde, ist verboten. Da Fleisch ist nach zwei Qualitäten gesondert zu verkaufen. Den einzelnen Käufern darf an einem Tage nur einmal Fleisch verkauft werden, und zwar höchstens in der Menge von 5 Pfund.

Die unmitteldare Annahme von Fleisch, das an anderen Orten als minderwertig oder bedingt tauglich befunden wurde, ist verboten. Da Fleisch ist nach zwei Qualitäten gesondert zu verkaufen. Den einzelnen Käufern darf an einem Tage nur einmal Fleisch verkauft werden, und zwar höchstens in der Menge von 5 Pfund.

Die unmitteldare Annahme von Fleisch, das an anderen Orten als minderwertig oder bedingt tauglich befunden wurde, ist verboten. Da Fleisch ist nach zwei Qualitäten gesondert zu verkaufen. Den einzelnen Käufern darf an einem Tage nur einmal Fleisch verkauft werden, und zwar höchstens in der Menge von 5 Pfund.

Die unmitteldare Annahme von Fleisch, das an anderen Orten als minderwertig oder bedingt tauglich befunden wurde, ist verboten. Da Fleisch ist nach zwei Qualitäten gesondert zu verkaufen. Den einzelnen Käufern darf an einem Tage nur einmal Fleisch verkauft werden, und zwar höchstens in der Menge von 5 Pfund.

Fortissimo und Pianissimo kamen stimmungsvoll zum Ausdruck und namentlich die vierstimmig vorgetragenen Wiederwendeten dem Lehrer und Chorleiter Jander, der das ungewöhnliche Werk der Emschulung und Leitung übernommen hatte, das beste Lob. Der Ueberblick aus dem Konzert, das am nächsten Sonntagmittag 12 Uhr wiederholt wird, kommt einem wohlthätigen Zweck zu gute; es ist für den Verein Kinderhort der Prenzlauer- und Schönhauser Vorstadt bestimmt. Dieser Umstand hat wohl dazu beigetragen, daß das Auditorium überaus gemischt war; in der Folge zeigte sich der Kultusminister neben Wirklichen Geheimräten und einfachen Stadträten, Ränge und Manege aber waren vom „besten“ und „besseren“ Publikum wie von den Eltern der Konzertgeber so dicht gefüllt, daß selbst der Mand der Manege als Sitzplatz in Anspruch genommen werden mußte.

Von der Fählung der leerstehenden Wohnungen Berlins, die am 1. Januar 1903 erneut vorgenommen worden ist, wird jetzt dem städtischen Statistischen Amt ein vorläufiges Ergebnis mitgeteilt. Schon im Jahre 1901 hatte sich in Berlin wieder eine Vermehrung der leerstehenden Wohnungen bemerkbar gemacht. Das Jahr 1902 hat nun eine weitere und erhebliche Vermehrung gebracht, so daß von den Wohnungen ohne Gewerberäume am 1. Januar 1903 bereits wieder 4514 Wohnungen leerstanden. Das ist viel, verglichen mit den Fählungsergebnissen vom 1. Januar 1902 und 1901 (22584 bzw. 1761 leerstehende Wohnungen dieser Art), vielleicht auch noch von 1900 (3230), aber wenig gegenüber dem Ergebnis von 1899 (8446). Bei den kleinsten Wohnungen ist seit 1901 die Zahl der leerstehenden am härtesten gestiegen. Am 1. Januar 1901, 1902, 1903 standen leer von den Wohnungen ohne (heißbares) Zimmer 7, 12, 14 Wohnungen, von denen mit einem Zimmer 519, 761, 1000, mit zwei 288, 533, 1227, ferner mit drei Zimmern 182, 357, 857, mit vier 155, 245, 424, weiter mit fünf 206, 203 288, mit sechs 136, 182, 221, mit mehr als sechs Zimmern 234, 284, 350 Wohnungen. (Weiter Betradt bleiben 4, 7, 125 Wohnungen ohne Angabe der Zimmerzahl.) Am zahlreichsten sind die leerstehenden Wohnungen in den äußeren Stadtteilen, in denen neue Straßen entstanden sind, so im Königsviertel (540 leerstehende Wohnungen) und im östlichen Teil des Stralauer Viertels (501), auch auf dem Wedding (448) und im westlichen Teil Moabits (400). Wie stark allerdings an diesen Zahlen die noch gar nicht bezogenen Neubauten beteiligt sind, ist aus der vorläufigen Mitteilung des Statistischen Amtes noch nicht zu ersehen.

Die Ursache der Fahrstuhl-Unfälle. Man schreibt und: In der Gerichtszeitung des „Vorwärts“ (Nr. 44) ist ein Urteil der Strafkammer enthalten, nach welchem mehrere Personen einen Fahrstuhl fahrlässig geführt haben sollen. Das Unglück selbst aber war, wie gewöhnlich, durch den alten von der Polizei gebildeten Konstruktionsfehler des Fahrstuhls herbeigeführt, der sich in Bewegung setzen konnte, ohne daß die Fahrstuhlschür vorher geschlossen ist. Derselben lebensgefährlichen Einrichtungen haben alle Fahrstühle, z. B. in unseren großen Warenhäusern. Es ist nur zu verwundern, daß den Führern nicht viel öfter der Kopf durch diese schönen Konstruktionen abgehauen wird. Die Polizeiverordnung über Einrichtung der Aufzüge vom 24. September 1898 enthält zwar einen § 8, in dem es ausdrücklich heißt: „Die Fortbewegung des Fahrstuhls darf nicht eher erfolgen können, als bis die Thür nach dem Fahrstuhlschließ wieder geschlossen ist.“ Aber diese Anordnung bezieht sich nur auf Lastenaufzüge, für Personenaufzüge wird sie nicht gehandhabt, und da es sich um eine Verordnung gegen Untermieter handelt, so ist die Handhabung doch eine andre, als wenn es sich um Streifenarbeiter handelt. Aufgabe der Organisation der Handels- und Transportarbeiter sollte es sein, die Ausbeutung jener Polizeiverordnung für Personen-Fahrstühle mit aller Energie zu fordern, besonders auf die Abänderung der vorhandenen Fahrstühle zu dringen und, ähnlich wie aus dem Wädereigerwerb, aus allen großen Geschäften, wo Fahrstühle sich fortbewegen können ohne vorherigen Schluß der Thüren, so lange öffentlich zu berichten, bis dieser lebensgefährliche Zustand beseitigt ist.

Franz Geseinus, Direktor des Berliner Pfandbriefamtes, Geheimer Rat und Stadtdirektor von Berlin, ist am Montag im 81. Lebensjahre nach kurzem Krankenlager gestorben. Geseinus ist am 5. November 1822 zu Halle a. S. geboren, studierte dort und in Berlin, wurde hier Stadtdirektor und am 30. Mai 1861 Stadtrat. Am 24. April 1873 wurde er beim Ausschcheiden aus seinem Amte Stadtdirektor und bald darauf Direktor des Pfandbriefamtes der Stadt Berlin, das in den letzten Jahren einen großen Umfang erreicht hat.

Eine neue Eingabe um Freigabe der Karwoche — mit Ausnahme des Karfreitags — sowie des Ostersonntags für Darbietungen, musikalische und Gesangsvorträge ersten Inhalts hat der Verein Berliner Varietés- und Konzerthaus-Besitzer an das Polizeipräsidium gerichtet. Der Schutzverband der vereinigten Berliner gastwirtschaftlichen Verbände hat die Petition mitunterzeichnet.

Der ehemalige Rechtsanwalt Gustav Platow, der zur Zeit die ihm subsidierte Gefängnisstrafe von 1 Jahr 3 Monaten verbüßt und im nächsten Monat seine Schuld geföhnt haben würde, hatte sich gestern auf eine Nachtragsanfrage wegen Untreue zu verantworten. Der Angeklagte, der jetzt den Eindruck eines recht kranken Mannes macht, war seiner Zeit gefänglich, in schwerer Notlage aus den ihm zu bestimmten Zwecken übergebenen Geldern Ausgaben persönlicher Natur gemacht zu haben. Nachträglich war nun noch ein solcher Fall zur Anzeige gekommen. Ein Mandant hatte ihm 820 M. behufs Hinterlegung überhandt und der Angeklagte hatte hiervon nur 200 M. bestimmungsgemäß verwendet, das übrige aber zur Begleichung dringender persönlicher Verbindlichkeiten benutzt. Er war auch in diesem Fall voll gefänglich und wurde zusätzlich zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Von einem Raubmordversuch wird aus dem Vorort Neu-Weißensee gemeldet. Dort wohnt im Hause Sedanstraße 53 in Neu-Weißensee die 76jährige Rentnerin Witwe Josephson. Am Sonnabendabend 6 Uhr kam die berechtigte Anna Radon, geb. Stud, Lehrerin, 27 zu Neu-Weißensee wohnhaft, mit der Witwe zu Frau Josephson, ihr eine Stellung zu besorgen, mit Rücksicht darauf, daß ihr eigener Vater, der Gärtnerarbeiter aus dem jüdischen Friedhof sei, der Frau Josephson, die täglich dort das Grab ihrer Tochter, der Frau Salomonski, besuche, nicht unbekannt sei. Die Wittvellerin hielt sich eine Stunde in der Wohnung der alten Dame auf; dann zeigte Frau Josephson der Radon ihre gesamten Wohnräume. Vor der Speisekammer löschte dabei die Radon plötzlich die Lampe aus, überfiel die nichtsahnende alte Frau, traktierte sie mit Faustschlägen und würgte sie. Dann sperre sie die Frau in die Speisekammer ein, begab sich in die Vorderräume der Wohnung und räumte dort sämtliche Spinden und Kästen aus. Darüber verging wieder eine Stunde, während der sich die alte Dame wieder einmischen erholte und die Speisekammer zu verlassen vermochte. Mit einem häßlichen Schimpfwort fiel die Radon von neuem über die Josephson her und schlug und würgte die alte Frau, bis sie bestimmungslos liegen blieb. Dann entfernte sich die Radon unter Witznahme von verschiedenen Gegenständen, eines Teppichs, einer Palme, einer Geldtasche und anderer noch nicht festgestellter Sachen. Erst um 1/2 12 Uhr in der Nacht kam Frau Josephson wieder zu sich; sie verließ ihre Wohnung und rief um Hilfe. Der Verwalter Kabeitow nahm sich der Ueberfallenen an und schlug Lärm. Der Kriminalpolizei, die sofort benachrichtigt wurde, gelang es, die Radon in ihrer Wohnung festzunehmen, wo sie sich zu Bett gelegt hatte. Die Verbrecherin wurde sofort der Frau Josephson gegenübergestellt, die sie erkannte und als Täterin bezeugte. Auch die geraubten Gegenstände wurden beschlagnahmt und die Radon in Untersuchungshaft genommen.

Zu der Brandstiftung in der Chausseest. 95 wird gemeldet, daß die Schankwirts Schwabe und Juchs aus der Haft entlassen worden sind. In Haft gehalten wurden dagegen der 36jährige Cigarrenhändler Paul Ochahfi und seine Geliebte Anna Pariz, die er für seine Ziehfchwester im Hause ausgab. Die Kriminalpolizei fand in dem Laden Ochahfis einen Centruntschloher und ein Weil, die mit Staub bedeckt waren und mit denen Ochahfi die Wand des Schwabeschen Lokals durchbrochen hatte. Der Verhaftete, der seit dem 1. Oktober vorigen Jahres sein Geschäft in der Chausseest. 95 betrieb, hatte sein

Geschäft mit 1000 M. versichert und zum Schein an seine Geliebte verkauft. Diese versicherte es für 8000 M. Als es brannte, war gar kein Vorrat da; man hatte alles beiseite geschafft.

Eindreher stalteten in der Nacht zum 28. Februar dem Bureau des Vereins deutscher Schuhmacher in der Bahnamstr. 10 einen Besuch ab. Sie erbrachen den Ring-Gasmesser und den Säurestisch. Erbeutet haben sie etwa 8 M. aus dem Schreibstisch, ca. 4 M. aus dem Ring-Gasmesser, für 3—4 M. Postwertzeichen, 200 Cigaretten und ein Paar fast noch neue Stiefel. Das Mitgliedebuch sowie Lokal- und Arbeitslokalen Nr. 14 851, auf den Namen Friedrich Weber lautend, sowie die Invalidentafel desselben ist ebenfalls mitgenommen worden, worauf man achten wolle, falls Mißbrauch damit getrieben wird.

Aus einem Eisenbahnzug stürzte auf der Fahrt nach Berlin ein Schulknabe aus Hohen-Neuendorf, der Sohn des dortigen Baumeisters Werner. In einem Abteil befanden sich mehrere Knaben aus den nördlichen Vororten, die in Berlin die Schule besuchten. Plötzlich sprang die Thür auf und der genannte Knabe fiel aus dem Wagen auf den Bahndamm, wo er ohnmächtig liegen blieb. Er wurde von Spaziergängern aufgehoben und nach Hermsdorf gebracht, von wo die Eltern ihn später abholten; der Knabe ist jetzt erkrankt.

Abgestürzt ist gestern nachmittag ein bei der Firma Plath u. Purgel beschäftigter Dachdecker von dem Dache des Neubaus Wabersche Straße 19. Beim Löcherbohren für die Leiterstufen beschäftigt, muß der Arbeiter wohl das Gleichgewicht verloren haben und so stürzte er, nachdem er auf das Schinddach aufgeschlagen, in die Tiefe, wo er mit gebrochenem Schädel liegen blieb. Der herbeigerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Eine neue Kuppel-Affaire beschäftigt die Gerichts- und Polizeibehörde. Die unverheiratete Marie Vredow wurde in Untersuchungshaft genommen, weil dieselbe, wie durch die bisherigen Ermittlungen festgestellt ist, in ihrer Wohnung am Schiffbauerdamm 34 schulpflichtige Mädchen Herren zu unzüchtigen Zwecken zugeführt hat. In ihrem auf elegante Ausstattung, in zwei Zimmern bestehenden Quartier empfing die Vredow, die schon mehrfach vorbestraft ist, zahlungsfähige Herren, mit denen sie fortgesetzt in Verbindung stand. Die Bekanntschaft ihrer Opfer machte die Vredow, indem sie vor den Schulen junge Mädchen ansprach und sie unter allerlei Vorwänden in ihr Haus lockte. Dort haben u. a. die 13 Jahre alten Mädchen Kartes und Gespiel längere Zeit verkehrt. Beide sind nach ihren Angaben mit einem Dr. jur. P. und einem cand. chem. K. sowohl in wie außerhalb des Vredowschen Quartiers zusammengekommen. Während K. seine Bekanntschaft mit den Kindern zugeibt, stellt Dr. P. bisher jeden Verkehr mit denselben in Abrede.

Feuerbericht. Ueber ein Duzend Brände hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu beseitigen. Sonnagnachmittag wurde sie nach der Leipzigerstraße 115/116 gerufen, weil hier durch die Explosion eines Metallbehälters ein Brand entstanden war, der aber noch im Entstehen unterdrückt werden konnte. Längere Zeit hatte die Wehr aber in der Mühlentstraße 49 zu thun, wo auf einem Boden Feuer ausgekommen war, das bei Anbruch des ersten Löschzuges schon eine größere Ausdehnung erlangt hatte. Betten, Gardinen, Kleidungsstücke gingen gegen Abend in der Friedrichstraße 76 in einer Wohnung in Flammen auf, während in der Prenzlauerstraße 33 Möbel und Wäsche durch Feuer beschädigt wurden. Nach der Fallisadenstraße 16 wurde die Wehr vorher gerufen, weil hier durch Selbstentzündung von Preßhölzern ein Brand entstanden war. Infolge mehrmaliger Meldung wurde ein größeres Löschangebot nach der Oranienstraße 156 gerufen. Es handelte sich indes lediglich um „blinden Lärm“, weshalb die Züge ohne weiteres wieder abrückten konnten. In der Lüderstraße 51 mußte in der Nacht zum Montag ein Feuer beseitigt werden, das in einer Schuhmacherwerkstatt ausgekommen war. Körbe und Kleidungsstücke waren in der Muskauerstraße 4 auf einem Hängeboden in Brand geraten, dessen Ablöschung jedoch in kurzer Zeit erfolgen konnte. Außerdem hatte die Wehr im Laufe des Sonntags noch von einigen andern Orten Alarmierungen zu verzeichnen, doch handelte es sich in diesen Fällen um Brände, die ein sonderliches Eingreifen der Wehr nicht erforderten.

Zeugen gesucht. Die Personen, welche am Sonnabend, den 21. Februar, in der achten Abendstunde dem Aufritt beigewohnt haben, der sich in der Rantewellstraße zwischen einem Polizeilientenant und einem Knaben und dessen weiblicher Begleitung abspielte, werden gebeten, sich Sorauerstr. 28, Hof, Quergebäude im Keller bei Frau Gasrowsta zu melden.

Die Personen, welche an der Ecke der Prenzlauer Allee und Friedenstraße am Sonnabend, den 21. Februar, morgens gegen 7 Uhr, gesehen haben, wie eine Frau von einem Wagen der Straßenbahn herabstürzte, werden gebeten, sich bei Post, Friedrichsfelderstr. 38, vorn III, zu melden.

Aus den Nachbarorten.

Die Rixdorfer Deputation beschäftigte sich in ihrer letzten Sitzung mit der Frage der Ausgestaltung des Submissionswesens. Man kam zu dem Resultat, daß es das zweckmäßigste sei, das Verfahren beizubehalten, das in der Regel bisher von der Deputation bei Vergebung städtischer Arbeiten und Lieferungen geübt worden ist. Dies ging dahin, städtische Arbeiten und Lieferungen öffentlich auszuschreiben und den Zuschlag an den Mindestfordernden zu erteilen, sobald das Angebot nicht Proben usw. den Bedingungen entspricht und der Bewerber nach allen Richtungen hin als zuverlässig erscheint; jedoch werden bei geringen Preisunterschieden in Rixdorf ansäglich Bewerber bevorzugt. Der Vorschlag, den Zuschlag dem Bewerber zu erteilen, dessen Angebot dem Mittel aus allen Angeboten am nächsten kommt, wurde verworfen. Es wurde u. a. dagegen geltend gemacht, daß bei Befolgung dieses Vorschlags beispielsweise der Bau des Kaiser Friedrich-Realsgymnasiums, der auf 265 770 M. zu stehen kam, um 18 446 M. teurer geworden wäre. Abgelehnt wurde auch ein weiterer Vorschlag, eine auf Rixdorfer Meister beschränkte Unternehmerliste zu führen und auf Grund derselben die städtischen Arbeiten und Lieferungen im engeren Submissionsverfahren zu vergeben. Die Ablehnung dieses Vorschlags wurde damit begründet, daß auch bei seiner Durchführung eine Verteuerung der Bauten eintreten würde und daß die Unternehmer einzelner Gewerbe in Rixdorf in zu geringer Zahl vertreten seien.

Eine trübliche Gemeinde. Seit ungefähr vier Jahren beschäftigt die Gemeinde Neu-Langsdorf im Frankfurt-Rebuser Kreise ein neues Schulhaus zu bauen, jedoch ist diese löbliche Absicht infolge eines tragikomischen Gemeindefolles bislang noch immer nicht zur Ausführung gekommen. Die Gemeinde wollte nämlich, daß die neue Schule auf dem alten Grundstück errichtet werde, dem Ortsoberster schen dies aber zu klein. Ein Verwandter von ihm, Namens Ludwig, der ebenfalls in der Gemeindevertretung sitzt, erwarb deshalb ein andres Grundstück unter der Hand für 4500 M. und bot dieses der Gemeinde als zum Schulbau besonders passend für 6300 M. zum Kauf an. Für ein solches Spekulationsgeschäft aber zeigten die übrigen Gemeinderatsmitglieder nur wenig Verständnis, sie lehnten den Kauf ab. Seit dieser Zeit gab es ständigen Ärger in dem Dorfe. Auf der einen Seite steht die Mehrheit der Gemeindevertreter, auf der andern die Dorfshonoratioren, zu denen sich in letzter Zeit auch der Ortspfarrer gesellte hat. Die Folge war ein ewiges Hin und Her von Klagen und Beförderungen, vom Landrat zum Kreisamt, von der Regierung zum Bezirksamt, vom Kreisamt zum Verwaltungsgericht. Inzwischen hatte die Regierung kategorisch den Bau des Schulhauses auf einem neuen Grundstück angeordnet und dazu ebenfalls das Ludwigische Grundstück empfohlen. Dem Druck von oben folgend, beschloß dem auch die Gemeindevertretung, das besagte Grundstück zu kaufen, jedoch nur unter der Bedingung, daß die an sich nur arme Gemeinde zu dem ganzen Schulbau nicht mehr wie 6000 M. zu zahlen brauche, die übrigen Kosten solle die Regierung tragen. Letztere war damit einverstanden und der Kauf wurde abgeschlossen. Später aber verlangte die Regierung, daß die Gemeinde anstatt der 6000 nunmehr 12 000 M. zahlen solle. Es folgte wieder eine Klage mit rechtskräftiger Abweisung der Gemeinde. Diese aber setzte sich energisch auf die Hinterbeine und ließ eine Aufforderung des Landrats, eine entsprechende Summe als Laurate in den Etat einzusetzen, unbeachtet. Nunmehr verfügte der Landrat die Zwangsabtretung,

über deren Rechtmäßigkeit jetzt die Klage beim Ober-Verwaltungsgericht schwebt. Mit der politischen Gemeinde war aber auch die Kirchengemeinde aufgefordert worden, 500 M. zum Schulbau beizusteuern. Als auch diese sich weigerte, schritt die Regierung kurz entschlossen zur Pfändung der ganzen Gemeinde. Es erschien ein Vollziehungsbeamter und pfändete bei jedem Einwohner Sachen in der Werthhöhe des auf ihn entfallenden Betrages, hier den Hausrath, dort eine Ziege, Hühner usw., wobei es mißunter zu den feinsten Auftritten kam. Währenddem aber hatte der Gemeindevorsteher Ludwig das besagte neue Schulgrundstück an die Kreditbank in Peshin verpfändet, und diese machte nun ebenfalls an die Gemeinde eine Forderung von 6300 M. geltend. Die Gemeindevertretung verzögerte auch hier die Zahlung, indem sie sich auf die vorerwähnte Klausel in dem Kaufkontrakt berief, wonach das Grundstück nur dann als gekauft galt, wenn die Gemeinde nicht mehr wie 6000 Mark zum Schulbau zu zahlen brauche. Es kam zur Klage vor dem Landgericht in Frankfurt a. O., und dieses entschied zu Gunsten der Gemeinde. Der Zustand in dem Dorfe läßt nun an Verwirrung nichts zu wünschen übrig. Während der Kauf des Schulgrundstücks gerichtlich als ungültig erklärt ist, läßt die Regierung lustig weiter pfänden, um die Gelder für daselbe Grundstück und den darauf zu errichtenden Neubau einzutreiben. In der That ein lästiges Gebahren. Da die endgültige Entscheidung der höheren Instanzen noch aussteht, so darf man gespannt sein, wie lange sich die Errichtung des so notwendigen Schulhauses noch hinzögern wird.

Friedrichsfelde. Der Gesamtertrag unserer Gemeinde balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 270 800 M. gegen 290 550 M. im Vorjahre. Das Gemeindevermögen beträgt 506 912,70 M. (im Vorjahre 370 766,67 M.), die Schuldenlast 405 345 M. (im Vorjahre 320 810 M.). Es werden erhoben im folgenden Jahre: Zur Staatseinkommensteuer 120 Proz. infl. Kreissteuer, zur Grundsteuer 240 Proz., zur Gebäudesteuer 240 Proz., zur Gewerbesteuer 180 Proz. Einen wesentlich höheren Ansat haben erfahren die Einkommensteuer und Gebäudesteuer. In der Ausgabe stehen Titel Gemeindehaushalt und Grundbesitz 6011,85 M. (7197,90), Schulverwaltung 103 012,50 M. (86 954,99), Armenverwaltung 14 811,25 M. (13 547,25), Straßenpflasterung, Beleuchtung, Reinigung usw. 55 433 M. (41 895), Feuerlöschwesen 9448 M. (4156). Die für unsere Ort so nötige Kanalisation wird im Etat mit keinem Wort erwähnt. — Die Gemeindevertretung hat beschlossen, vom 1. April d. J. die Fleischbeschau in Gemeindeverwalt. zu übernehmen, auch will sie ein polizeiliches Schlachthaus errichten. Bemerkenswert ist, daß in den Kreis der dem Untersuchungszwange unterworfenen Schlachtthiere auch gleich Hunde mit einbezogen sind.

Eine Gasolin-Explosion richtete Sonntagabend 5 Uhr auf dem Bahnhofe Rahnsdorf eine arge Verwüstung an. Als der zur Erleuchtung des Bahnhofes dienende Gasolinapparat in Thätigkeit gesetzt werden sollte, explodierte einer der Ballons und in einem Augenblick stand der ganze östliche Teil des Bahnhofes in Flammen. Fensterscheiben, Eisengitter und Mauerwerk barsten und die Stichtimmen loderten zu beiden Seiten des Perrons empor. Leider ist bei diesem Unglück auch ein Menschenleben gefährdet worden; der Bahnwärter Körpa aus Klein-Schönebeck erlitt lebensgefährliche Brandwunden und mußte nach dem Krankenhaus in Wilhelmshagen gebracht werden. Da weitere Explosionen befürchtet wurden, mußte der Verkehr der Züge während dreier Stunden unterbrochen werden; erheblichen Schaden erlitten die im Gepäckraum lagernden Stücke wie Reisegepäck, Fahrräder usw. Das Feuer wurde von den telephonisch herbeigerufenen Feuerwehren aus Rahnsdorf, Friedrichshagen und Klein-Schönebeck gelöscht; der Bahnhof blieb während der Nacht fast völlig dunkel und konnte nur notdürftig durch Petroleumlampen und Petroleumkerzen erleuchtet werden.

Eine öffentliche Versammlung der Blumen-, Blätter-, Palmen- und Feder-Arbeiter und Arbeiterinnen findet am Mittwoch, den 4. d. M., abends 8 1/2 Uhr, in den Arminshallen, Kommandantenstr. 20, statt. Der Vorsitzende der General-Kommission wird referieren über: „Wohlbuch erringt die Arbeiterchaft sich auskömmliche Existenz und Geistesfreiheit“.

Centralverein der Bureau-Angestellten Deutschlands (Mittelschulstr. Berlin). Heute abend 9 Uhr bei Gängel, Rosenfalestr. 57: Mitglieder-Versammlung. Vortrag über: „Die Arbeiterchaft-Obergebung und die Bureau-Angestellten“. Gäste willkommen.

Gerichts-Zeitung.

Einen hartnäckigen Kampf gegen alle möglichen Behörden führt der Kaufmann Max Dziedziuch, der gestern wegen Hausfriedensbruchs, Widerstandes, Bedrohung, Beamteneileidung usw. vor der ersten Strafkammer stand. Er ist bereits mehrfach mit verschiedenen beamteten Personen, Richtern, Staatsanwälten u. a. in Konflikt gekommen und verbüßt zur Zeit eine aus solchem Grunde ihm auferlegte Gefängnisstrafe in Plöbensee. Er macht einen anständigen, aber sehr verbissenen Eindruck und aus seinen ganz klaren und logischen Ausführungen klingt der Groll über angeblich allenthalben und namentlich von Behörden ihm zugesühtes Unrecht heraus. Er lebt von seiner Ehefrau getrennt und liegt mit ihr in Scheidung. Wie er behauptet, hat er einen der Ehe entproffenen Jungen bei einer Schwester in Rathbor in Pflege gegeben, von dort soll die Mutter des Knaben listiger Weise roeggelockt und ihn zu sich nach Berlin genommen haben. Sie selbst fand Beschäftigung und Unterkunft bei dem Droguisten Reichel. Der Angeklagte wollte sich diese Verwendung der Dinge nicht gefallen lassen und setzte alle Mittel in Bewegung, um den Knaben wieder in seine Gewalt zu bringen, es gelang ihm aber nicht. Schließlich, als er feige gestellt hatte, daß der Junge sich bei der Mutter befand, wandte er sich an die Polizei, erhielt aber von dem zuständigen Polizeilientenant die Auskunft, daß sich die Polizei in solche Privatangelegenheiten nicht einmischen könne. Aus einer jedenfalls mißverständlich ausgefallenen Forderung des Polizeilientenants will der Angeklagte herausgelesen haben, daß niemand etwas dagegen haben könne, wenn er sein Kind sich mit Gewalt holte, und diesen Weg beschritt er alsdann. Er kaufte sich einen Revolver und ging, mit diesem bewaffnet, in das Rische Geschäft, wo er Lärm machte und sein Kind rekrutierte. Er mußte energisch hinausgewiesen werden. Am 3. Juni ging er wieder dorthin und traf Frau R. an, von der er gleichfalls energisch die Herausgabe des Kindes verlangte. Er ließ sich auch nicht abweisen, sondern zog den mit Plagpatronen geladenen Revolver und drohte, daß ein Unglück geschehen würde, wenn man ihm das Kind nicht gäbe. Es blieb nichts andres übrig, als Polizeibeamte zu holen, die den gefährlichen Mann zur Wache abführten. Dort scheint es zu einem heftigen Aufritt gekommen zu sein, denn der Angeklagte wurde schließlich in eine Zelle gesteckt. — Er hat über das Verhalten der Polizei beim Polizeipräsidium in zwei Eingaben lebhaft beklagt und die sofortige Suspension des Polizeilientenants und der beteiligten Schulleute verlangt. Die Eingaben enthalten schwere Beleidigungen. Der Angeklagte behauptete darin, daß die Beamten kein Recht gehabt hätten, ihn zu fixieren und daß er eigentich befehligt gewesen wäre, sie die Strahnenräuber über den Haufen zu schießen. Man habe ihn auf der Wache in eine auf einem Abort gelegene stinkige Zelle gesperrt und Nacht mit Zuhältern und Dirnen zusammen im grünen Wagen nach dem Polizeipräsidium befördert, obgleich er wiederholt Geld zur Bestellung einer Trofsche angeboten habe. Am nächsten Tage um halb 10 Uhr sei er dann ohne weiteres entlassen worden. Er drohte damit, daß er sich an das Abgeordnetenhause und den Justizminister wenden werde usw. usw. Er hat dann auch Strafanzeigen gegen die Polizeibeamten wegen thätlicher Beleidigung, Freiheitsberaubung usw. gerichtet, die aber ohne Erfolg geblieben sind. Die ganze Art der Veteidigung des Angeklagten und der Inhalt seiner vielen neuen Eingaben an das Gericht veranlassen den Staatsanwalt zu dem Antrage, die Sache zu vertagen und durch Vernehmung ärztlicher Sachverständiger zunächst festzustellen, ob der Angeklagte geistig gesund ist. — Der Gerichtshof entsprach diesem Antrage.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 3. März 1903. Etwas wärmer, teilweise aufläurend, vorwiegend trübe mit Regenschauern und lebhaften südwestlichen Winden.



Herrenuhren.
Stahl-Remontoiruhr von 6,50 Mk. an.
Silb. Remontoiruhr von 8,— Mk. an.
Gold. Remontoiruhr von 22,— Mk. an.
Gold. Doppel-Gebäude (Savonette) von 35,— Mk. an.

Lange goldene Damen-Uhrketten,
 echt Gold, gesetzlich gestempelt, v. 14 Mk. an.
Echt gold. Ringe, gesetzl. gest., v. 1,25 Mk. an.
Echt gold. Brochen, gesetzl. gest., v. 5 Mk. an.

Damenuhren.
Stahl-Remontoiruhr . von 6,50 Mk. an.
Silb. Remontoiruhr . von 8,50 Mk. an.
Gold. Remontoiruhr . von 14,— Mk. an.

Für jede bei mir gekaufte Uhr leiste 3jähr. schriftl. Garantie.

Goldwaren-Industrie

Belmonte & Cie.

Königstr. 46.

Elektrischer Kraftbetrieb.
 Großhandel. — Export. — Versand nach allen Ländern.
 Goldwaren • Uhren etc.
 Einzelverkauf Eingang A. und B.

In der sich den Verkaufsräumen anschließenden Fabrik sieht man durch riesige Glaswände das Arbeiten der durch zwei elektrische Kraft-Motoren betriebenen Maschinen neuester Konstruktion, welche zur Herstellung von Goldschmuckwaren dienen.

30%
 bequemer zu ersparen, wer in der bekannten
Tuchfabrik-Niederlage Koch & Seeland
 Berlin C., Rosstrasse 2
Reste
 in Herren-Stoffen, passende Masse für Anzüge, Paletots, Hosen und Kinderanzüge etc., kauft!

Echte Patzenhofer Biere
 Patzenhofer Hell 30 Fl. 1/2 T. M. 3.00
 Patzenhofer Marine 3 M. 1/2 T. M. 3.25
 Patzenhofer Dunkel 1/2 T. M. 3.50
 Patzenhofer Crystal 28 Fl. 3 M. 1/2 Hl. M. 3.00

Gefällige Bestellungen an
Patzenhofer Brauerei
 NO. Landsberger Allee 24/27
 Telefon VII, 2200 u. 5335.
 NW. Strom-Strasse 11/16
 Telefon II, 127 und 678.

Mehlhandlung von Johannes Friese
 Lindenstr. 2 (am Bellealliance-Platz) Hof rechts (fr. Zimmerstr. 39)
 empfiehlt ihre anerkannt besten Mehle als:
Kaiser-Auszug (reines Pester)
 1/2 Ctr. = 2,25; 5 Pfd. = 0,90; 1 Pfd. = 0,20.
Weizenmehl 00 (halb Auszug) 2354L.
 1/2 Ctr. = 2,00; 5 Pfd. = 0,80; 1 Pfd. = 0,18.
 do. **0 (Haynau 00)**
 1/2 Ctr. = 1,75; 5 Pfd. = 0,70; 1 Pfd. = 0,16.
 Gutfördernde, sauber verlesene Mälenfrüchte zu folgenden Preisen.

Tuchstoffe
 Paletotsstoffe — Cheviots, Reste spottbillig.
Molkenmarkt 12-13
 Carl Engel, „Ecke zur Rippe“.
Anschneiden!
 Viele Gelegenheitskäufe in Objekten und Apparaten 1/10, 1/15, 1/20, Billigste Bezugsquelle! **Trockenplatten**, garantiert fehlerfrei.
 45 95 190 4
Sopierahmen, ff. da Arbeit, 35, 50, 75, 130.
Postkarten, glänzend und matt, 10 St. 0,35. 6502*
Goldstapp-Zitative 1,50.
Seife ganz tauchfest, schwarzes Wollwäcker, 30 Gramm 1 Stk.
 Rat, Unterrichts u. Dunkelkammer frei.
G. Leisinger, Reinholdenstraße 56 b.
5 1/2 Pfund Brot 50 Pf.
Backware
 6 Stück für 10 Pf.
Albrechts Bäckereien:
 Drängelstraße 9, Kranzstraße 19, Reichenstraße 28, Lantierstr. 2, Wartheallee 11, Stand 222/23, Wartheallee 11, Stand 16/18

Billigste Bezugsquelle für Nähmaschinen.
 Nur erstklassige deutsche Fabrikate.
 Wegen Ersparnis der Ladenmiete und weil ich keine Reisenden unterhalte, bin ich im stande, die Maschinen 10 Proz. billiger zu verkaufen wie jede Konkurrenz. Jeder Käufer zahlt also bei mir für eine Nähmaschine bis 17 Mark weniger.
Bei Barzahlung höchster Rabatt.
Aug. Günther, Mechaniker, Naunynstr. nur 43, nahe Oranienplatz.

Achtbare Leute, die sich als Cigarren-Händler etablieren wollen, belieben sich zu wenden an Adolf Adler, Belfortstrasse 25.

Kleine Anzeigen.

Verkäufe.
Restaurant, besteht 30 Jahre, pers. Küchsch., Anfragen Klosterstraße 13 bei Sandl. 25036
Wollverkauf • Kugel, Kammern, Milchseife, Wiegelschen billigt. Vorban, Kleine Marktstraße 28.
Gardinenhand Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*
Hochverehrte Herren-Kleidung, Sommerpaletots aus feinsten Stoffen herrlichend 18—22, Kleider 7—11 Mark. Verkauf Sonnabend, Sonntag, Deutsches Kaufhaus, Dagerstraße 63, 1 Trepp. 15268*
Herren-Garderobe nach Maß, feine Arbeit, großes Stofflager, Paletot 30 Mark, Anzug 30 Mark. Jede von 5 Mark an. Markt beim Hauptbahnhof, liefert den Handwerker verdienen. Teilzahlung gestattet. A. Dörge, Dresdenstraße 109.
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Feinere Sachen enorm billig. Zufahrt, Compitor-Klosterstraße 25A. früher Barnimstraße 4 und 5. Sonntag geöffnet.
Stoppdecken (pottblig) Badrill Weinstube 20. 439*
Teppiche (fehlerrichte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Haderstraße Markt 4. Bahnhof Seite. 11975*
Teppiche, Gardinen, Portieren, Tischdecken (pottblig) Leihhaus, Reanderstraße 6. 63/12*
Betten, Stoppdecken, Wäsche, Anzüge, Remontoiruhren, Regulatoren, Kleider (pottblig) Leihhaus, Reanderstraße 6. 63/12*
Möbel, Pianino, Spiegel, Bilder (pottblig) Leihhaus, Reanderstraße 6. Teilzahlung gestattet. 63/12*
Wäschepflege 28,00, Säulen, Schränke 50,00, Truemein, geschlossen mit vorzüglichen Federboden 40,00. Hoch-elegante Ornamente, Sofas, Schreibtische, Büffets, Küchenmöbel, herrliche Farben. Eigene Werkstätten. Kostlose Auswahl. Orichowich, Mariannenstraße 7a. 15308*
Kanarienvogel 5,00 an Papagei, auch wohl, Buchweizen, (schöne) Dausfinken, Zehnte, Elstern, Meisen (Kranichstraße 57 (Vogelhandlung).
Kanarienvogel, Federvogel, Vorkäufer, Auswähl, (schöne) Kanarienvogel, Fischer, Wollstraße 15.

Möbelsuchende Brautleute. Ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel verkauft Möbelgeschäft zu Friedrichsden. Zeitgebende Garantie. Reich billig. Auch Teilzahlung. Beschäftigung erbeten. Hornsd. Tischlermeister, Dresdenstraße 124. Nur stellen, kein Laden. 14098*
Möbelmagazin Meyer, Ungeländstraße 38. Feinst Möbel, Teppiche, Gardinen in bester Ausführung zu billigen Preisen. Teilzahlung gestattet. 15162*
Möbelangebot. Im Ausländer-Möbelgeschäft, Reichenstraße 25, Hochbahn-Hallestraße 10, Dresdenstraße, sollen verschiedene gediegene Ruhbaumöbel-Einrichtungen verkauft werden, darunter hochfeine Salongarnituren, Bureaufaseln, Ruhbaumplanos, Büchertische, Anlehnstische, Ruhbaumtische, Schreibeische 25,00, kunstnagelneue Stuhleiten mit prachtvoller Diabende 22,50, hochleganter Säulentrumeau 30,00, prachtvolle Salontische, schon 18,00, Dinnertische 8,00, reichgestickte Uebergardinen, Spachtelstühle, Kallgardinen, Stoppdecken, Salonbilder, Standuhren, Wäschekästchen 5,00, verschiedene Gegenstände (pottblig). Abende, Auktionator. 15348*
Möbel-Kaufverlauf! Kleider, Bettische, Küche, Stühle, Wäschekästchen, Spiegel, Küchenmöbel, Kommoden, nur noch kurze Zeit. — Coullante Zahlungsbedingungen. Mantelstraße 7, Hof 25355
Kranenfabrik für Zimmer und Straße (kauflich und leihweise) in allen Preislagen. Kopp, Klosterstraße 25. 128/17*
Teppiche mit farbenschönen Bildern, niedrige Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*
Opelbäume, Küchenmöbel, Holzhaus billig. Dierich, Wollstr. 76. *
Wringmaschinen aus Abgang, ohne Anzahlung, Bestmann, Gollnowstraße 28, nahe der Landbergerstraße. 15018*
Nähmaschinen, Langschläger, 12 Mark. Biederstein 8 Mark. Bestmann, Gollnowstraße 28, nahe der Landbergerstraße. 15028*
Nähmaschinen, Rolle bis 10 Mark 1 ner Teilzahlung Nähmaschine (kauflich oder nachweil). Alle Systeme. Karte erbeten. Borchert, Schreinerstraße 60, parterre. 24958*
Nähmaschinen ohne Anzahlung, nachlässig 1,00. Bobbin, Ringelstr. 30, Adler, Schnellläufer, Turmstraße 30, Bernauerstraße 47B. 15042*

Pianino, gut erhalten, sofort verkauflich Ritterstraße 120, L. 5710*
Techniker, Elektro, Maschinen, Bauteile etc. erhalten bestenpreise. Spezialverle der technischen Schiffschiff zum Selbstunterricht. Ohne Anzahlung, Teilzahlung monatlich vier Mark. Offerten: „Buchhandlung Best“, Postamt Hiltnerdorf - Berlin.
Cigarren, nur an Niedervertäuf, in Sumatra, Mexiko, Vorkunden, liefert sehr billig. Offerten „Cigare“, Postamt 31. 25138*
Stoppdecken billig! Badrill Große Frankfurterstraße 9, parterre. 437*
Junger Mann verkauft elegante Wäsche, Garnitur, Säulentrumeau, einzeln, Händler ausgeschlossen. Dagerstraße 2, L. 25775
Vorläufige elegante Herrenhosen aus feinsten Stoffen 9 bis 12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Linden 21, II. 15368*
Gardinen, (pottblig), Gardinen-Fabrik, Grüner Weg 80, parterre. Kein Laden. 15428*
Teppiche, neue (unbedeutende Fadenfehler), auch einzeln, (pottblig) abzugeben Königstraße 29/31, im Laden. 15415*
Barbier-Geschäft, Kundschaft ausserm Hause, billig. Räder, Röhler, Frankfurter Allee 147, 3 Treppen.
Schloßerei sehr billig verkauflich. Grannenberg, Köpckestraße 148.
Kanichen, Meerischweine, Landtauben verkauft (pottblig) Elefen, Behnstraße 8. 4134
Panellsofa 55,00, Garnitur rot und grün, Ruhbaumwirtschaft, Ueber-gardinen, Teppich, auch einzeln, ganz billig, passend Brautleute. Friedrichstraße 113, II rechts. 65/12
Kinderwagen zu verkaufen bei Ordnung, Wollstraße 5. 433
Nähmaschinen ohne Anzahlung, Woche 1 Mark. Ringelstr. 30, Bobbin, Schnellläufer, schnellste Lieferung. Bernauerstraße 91. 4146
Vorortbanstellen, Wald, Wasser, Quadratmeter 40 Pfennig an, mündlich. Wollstraße 67a, I. 420*
Malzbrauerei, Blutwässer, für Blatarme, Brustkrank, Schwächliche, Gesichtszunahme, bessere Gesichtsfarbe, überaus, 14 Flaschen 3 Mark, 1/2 Liter 2,50 erhaltend. Nicht Hochzeits, Qualität entspricht. Vorier - Kellerer Ringler, Bernauerstraße 119. 91/13*

Ringelstr., Bobbin, Schnellläufer, ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte 12,00. Postbestellung Köpckestraße 69/61, Landbergerstraße 82 und Brunnenstraße 97. *
Wirtschaft verleiht sofort, auch einzeln, darunter Säulentrumeau 35,00, Panellsofa 45,00, Wäschekästchen 10,—, Bettstellen, Schränke, Kühe, Stühle, Delgambe, preiswert. Fast alles neu, Gartenstraße 85, I links, nahe Steintorbahn. Verkaufsstamm bis April stehen. 4134*
Vorkaufgeschäft verkauft billig Wollstraße 69. 491
Rechtsbureau Hofstraße 39. *
Rechtsbureau, Hildebrand, Berlinerstraße 26. Rat und Beistand in Prozesssachen, Strafsachen. 4132*
Kunstabteilung von Frau Kolosch, Steinmetzstraße 48, Quartiergebäude hochparterre.
Unbedroffen an eleganten Herrenanzüge, Sommerpaletots nach Maß 40 Mark, Seidkleider nach Maß 11 Mark, beste Stoffe, vornehmlicher Schnitt. Deutsches Kaufhaus, Dagerstraße 63, 1 Trepp. 2414
Genossen! Wästen verleiht billig Weinstube, Kleine Andreasstraße 12.
Betten reißt gründlich täglich kehrt, Alte Jacobstraße 57—59.
Wirkstoff! Wer sich über die rechtlichste Gewissheit unter Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Bundes gegen Wirtstoff, welche unentgeltlich verschickt werden vom Berliner Arbeiterverein, Königgräberstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 1615*
Budenstände für ein großes Sommerlokal zu vergeben. Hoppe, Adlerstraße 21. 497
Verein bis 125 Personen in eleganten Saal und Kuchl frei. Schwedlerstraße 28. 15288*
Vereinsszimmer Lang, Alte Jakobstraße 69. 14714*
Vereinsszimmer zu vergeben. Goldammer Stangenbier. Frantz, Hornstraße 8. 445*
Vereinsszimmer zu 60 Personen und kleinere noch einige Tage in der Woche zu vergeben. Oster Schulte, Webersstraße 46a. 449*
Sommerhäuschen kauft „Wald“, Postamt Kaitzhorst. 2567b

Regelbahnen (prachtvolle) empfiehlt Gustav Tempel, Vorkagen 56. (Zur Wolligen Ecke). 4117*
Vereinsszimmer, Vier, Alte Jakobstraße 110. 14748*
Maurer und Zimmerer, welche sich in ihrem Fache weiter ausbilden möchten, erhalten jederzeit gründlichen Unterricht im Zeichnen, Berechnen der Baukosten, Aufzeichnung von Rechenbüchern-Berechnungen über zu bebauende Grundstücke, um vor der Bebauung den Reingehören zu ermitteln. Ferner Kostenanschläge sämtlicher Bauhandwerker, Holzrechnung etc. Honorar mäßig. Garantierte Ausbildung zu tüchtigen Vorkern sowie selbständigen Unternehmern in kürzester Zeit. Unterrichtsstunden abends und Sonntag. G. Karasch, Maurermeister, Weinstube 71. 2564b
Rechtsbureau Habisch, Grüner Weg vierundneunzig (Andreasplatz), Gerichtsschreiberei, Eingabengeldsche, Wertstellung. 25785*
Potenzbureau Dammann, Brannenstraße 57, Wollplatz, bis abends neun. 25458*
Arbeiter • Gesangsverein sucht tüchtigen, leistungsfähigen Dirigenten, erste Kraft, möglichst für Donnerstag, Sonntag 30 Mark monatlich. Offerten sind zu richten an Georg Panzer, Köpenick, Bahnhofstraße 27. 56/7
Vermietungen.
Wohnungen.
Koppenstraße 24 IV, 2 Stuben, Korridor, Küche zum 1. April, 32,50 Mark pro Monat, zu vermieten.
Wollstraße 63 zum 1. April zu vermieten 2 Stuben, Küche, Kammer und 2 Stuben, Küche, Kammer 2571b*
Arbeitsmarkt.
Stellengesuche.
Jubiläer Suchender, welcher nur Anwaltsdienste bezieht, bittet um Anwendung kaufmännischer Arbeiten. Seher, Dresdenstraße 26, Entree.
Hilber Suchender bittet um Arbeit. Stühle werden zu den billigsten Preisen gefertigt, werden abgeholt und unentgeltlich zurückgeliefert. Adresse: Wollstraße 27, II. Kläfer.
Achtung! Posamentierer!
 Wegen Verlegung ist die Werkstatt von L. Knopfmacher, Stralauerstr. 56, geblieben; besichtigen die Firma Vollmer, Wollstr. 20. 153/3*
Jon. Stalinski.

Suche Beschäftigten. Frau Klara, Gubenstraße 16, Unter Seitenflügel Keller. 450
Stellenangebote.
Wärmeschleifer auf Möbelplatten verlangt Reich Zelle, Tiefenstraße 12.
Werkzeugschleifer, langjährige Erfahrung, Maschinenbau, dauernde leitende Stellung, verlangt Metallwarenfabrik, Gehaltsanfrage, ausführliche Offerte unter U. I Expedition dieses Blattes. 25655
Blusen und Blusenenden- Arbeiterinnen, die große Posten liefern können, mit Vorlage, Gedrucker Ruben, Scharenstraße 12/13. 64/5
Ein tüchtiger Junge für nachmittags gesucht, eventuell von Eltern ab in Lehre treten. Anfertigung von deutschen Musikinstrumenten. Karl Gersien, Lindenstraße 155. 476
Intelligente, feine Damen (nicht unter 30 Jahren) erhalten adäquate, einbringliche Lebensstellung, eventuell Nebenberuf. Offerten mit näheren Angaben unter T. I Expedition dieses Blattes. 25625
Mamiell auf Badelid und Saccos verlangt ausserm Hause Wärmehilf, Hauptstraße 27. 25606
Schneiderin als Arbeiterin verlangt Räder, Hildebrand, Kaiser Friedrichstraße 235. 25615
Schwarz Schürzenmacherin in, ausserm Hause. Schürzenmacheri Trogisch, Vorkagenstraße 17. 4146
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 40 Pf. pro Zeile.
Achtung! Klavierarbeiter!
 Die Kollegen der Klavierfabrik von Blasendorf & Kloss, Thauerstr. 5. 78/5 befinden sich im Streik. Der Betrieb ist für alle Arbeiter gesperrt. Die Werkstatt-Kontrollkommission des Holzarbeiter-Verbandes.
Achtung! Posamentierer!
 Wegen Verlegung ist die Werkstatt von L. Knopfmacher, Stralauerstr. 56, geblieben; besichtigen die Firma Vollmer, Wollstr. 20. 153/3*
Jon. Stalinski.

Verantwortlicher Redakteur: Carl Reid in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Ad. Wöste in Berlin. Druck und Verlag: Vorkagen.